

Stenographisches Protokoll.

51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 7. Mai 1947.

Inhalt.

1. Nationalrat.

Entschließung des Bundespräsidenten, betreffend die Einberufung des Nationalrates zur Frühjahrstagung 1947 (S. 1406).

2. Personalien.

- a) Krankmeldungen (S. 1406);
- b) Entschuldigungen (S. 1406);
- c) Beurlaubungen (S. 1406);
- d) Zuschrift des Landeshauptmannes von Kärnten, Wedenig, betreffend Zurücklegung seines Mandates als Nationalrat — Kenntnisnahme (S. 1406).

3. Bundesregierung.

- a) Bericht der Bundesregierung über die Staatsvertragsverhandlungen in Moskau:
Bundeskanzler Ing. Dr. h. c. Figl (S. 1407),
Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber (S. 1410).

Debatte:

Redner: Fischer (S. 1418), Speiser (S. 1426), Weinberger (S. 1433) und Bundesminister für Inneres Helmer (S. 1444).

Entschließungsanträge Fischer:

- 1. abgelehnt (S. 1425 u. S. 1445) —
- 2. nicht genügend unterstützt (S. 1426);

Entschließungsantrag Speiser und Genossen (S. 1430) — angenommen (S. 1445);

Resolutionsantrag Weinberger und Genossen (S. 1444) — angenommen (S. 1445).

- b) Schriftliche Beantwortung der Anfragen 74/J, 76/J, 77/J und 78/J (S. 1406).

4. Ausschüsse.

Zuweisung des Antrages 82/A (S. 1406).

5. Immunitätsangelegenheit.

Begehren des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Nationalrates Heinrich Widmayer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre — Immunitätsausschuß (S. 1406).

6. Regierungsvorlagen.

- a) Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betreffend das Apothekerkammergesetz (345 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1406);
- b) 5. Rückstellungsgesetz (349 d. B.) (S. 1406) — Ausschuß für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (S. 1407);
- c) Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Rechtes auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (350 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1406);
- d) Anhaltelagergesetz (351 d. B.) (S. 1406) — Verfassungsausschuß (S. 1407);
- e) 2. Preisregelungsgesetznovelle (352 d. B.) (S. 1406) — Verfassungsausschuß (S. 1407);

- f) Bundesverfassungsgesetz zur Durchführung des Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes über die Ausübung von Berufen und den Betrieb von Unternehmungen durch minderbelastete Personen (353 d. B.) (S. 1406) — Hauptausschuß (S. 1407);

- g) Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz (354 d. B.) (S. 1406) — Ausschuß für Handel und Wiederaufbau (S. 1407);

- h) Bundesgesetz über eine Abänderung des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 569, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien (355 d. B.) (S. 1406) — Ausschuß für Unterricht (S. 1407);

- i) Bundesgesetz über die Wirksamkeit von Eheschließungen vor Funktionären der Besatzungsmächte (356 d. B.) (S. 1406) — Justizausschuß (S. 1407);

- j) Bundesverfassungsgesetz, womit die Geltungsdauer der Vorschriften über die Anwendung der Todesstrafe und das Schwurgerichtsverfahren vorübergehend verlängert wird (357 d. B.) (S. 1406) — Justizausschuß (S. 1407);

- k) Wiederverlautbarungsgesetz (358 d. B.) (S. 1406) — Verfassungsausschuß (S. 1407);

- l) Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle 1947 (359 d. B.) (S. 1406) — Verfassungsausschuß (S. 1407).

In der Sitzung eingebrachte Anträge und Anfragen:

Anträge

der Abgeordneten Geißlinger, Dengler, Hans, Rupp, Frisch und Genossen, betreffend Elektrifizierung der Strecke Schwechat—Wien Aspangbahnhof (83/A);

der Abgeordneten Rosa Jochmann, Gabriele Proft und Genossen, betreffend eine Novellierung des Kriegsofopfer-Entschädigungsgesetzes (84/A).

Anfrage

der Abgeordneten Ferdinanda Flossmann, Petschnik, Paula Wallisch, Brachmann und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Heimkehr der Kriegsgefangenen (82/J).

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Reismann und Genossen (51/A. B. zu 78/J);

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Gschweidl und Genossen (52/A. B. zu 76/J);

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Seidl und Genossen (53/A. B. zu 77/J);

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Hans und Genossen (54/A. B. zu 74/J).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 20 Minuten.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Im Einlauf befindet sich folgende Zuschrift des Herrn Bundespräsidenten:

„Über Antrag der Bundesregierung vom 14. April 1947 berufe ich gemäß Artikel 28, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Nationalrat für den 15. April 1947 zur Frühjahrstagung 1947 der 5. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates ein.“

Auf Grund dieser Entschließung habe ich die erste Sitzung der Frühjahrstagung für heute einberufen.

*

Das stenographische Protokoll der 46. bis 49. Sitzung wird als genehmigt erklärt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Stemberger, Ingenieur Babitsch, Leopold Wolf, Kapsreiter und Hillegeist;

entschuldigt die Abgeordneten Seidl, Scheibenreif und Obrutschka.

Der Abgeordneten Wilhelmine Moik wird zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit ein zweimonatiger Urlaub erteilt, dem Abgeordneten Flageth ein Krankenurlaub von vier Wochen bewilligt.

Der Antrag 82/A wird dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfragen 74/J, 76/J, 77/J und 78/J wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Im Einlauf befindet sich eine Zuschrift des Strafbezirksgerichtes Wien, Abt. 11, vom 17. April 1947, mit dem Ersuchen um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Nationalrates Heinrich Widmayer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Sie wird dem Immunitätsausschuß zugewiesen.

Eingelangt ist ferner folgende Zuschrift des Landeshauptmannes von Kärnten, Wedenig, vom 25. April 1947 an den Präsidenten des Nationalrates:

„Der Kärntner Landtag hat mich in seiner heutigen Sitzung zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt. Ich setze Sie davon in Kenntnis und gebe Ihnen bekannt, daß ich mein Mandat als Abgeordneter des Nationalrates zurücklege, da gemäß § 33 der Landesverfassung von Kärnten ein Mitglied der Landesregierung nicht gleichzeitig Nationalrat sein kann.“

Die Zuschrift wird vom Hause zur Kenntnis genommen.

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betreffend die Errichtung einer Apothekerkammer (Apothekerkammengesetz) (345 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen (5. Rückstellungsgesetz) (349 d. B.);

Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Rechtes auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (350 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Anhaltung staatsgefährlicher Nationalsozialisten in Lagern (Anhaltelagergesetz) (351 d. B.);

Bundesgesetz, womit die Geltungsdauer des Preisregelungsgesetzes — PrRG. vom 17. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 89, in der Fassung der Preisregelungsgesetznovelle vom 12. Dezember 1946, B. G. Bl. Nr. 10/1947, verlängert wird (2. Preisregelungsgesetznovelle) (352 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz zur Durchführung der Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes über die Ausübung von Berufen und den Betrieb von Unternehmungen durch minderbelastete Personen (353 d. B.);

Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Wettbewerbsrechtes (Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz — W-ÜG.) (354 d. B.);

Bundesgesetz über eine Abänderung des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 569, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien (355 d. B.);

Bundesgesetz über die Wirksamkeit von Eheschließungen vor Funktionären der Besatzungsmächte (356 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz, womit die Geltungsdauer der Vorschriften über die Anwendung der Todesstrafe und das Schwurgerichtsverfahren vorübergehend verlängert wird (357 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz über die Wiederverlautbarung von Rechtsvorschriften (Wiederverlautbarungsgesetz — WVG.) (358 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Verfassungsgerichtshofgesetz (Verf. GG.) 1930 abgeändert und ergänzt wird (Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle 1947) (359 d. B.).

Es werden zugewiesen:

345 und 350 d. B. dem Ausschuß für soziale Verwaltung,

349 d. B. dem Ausschuß für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung,

351, 352, 358 und 359 d. B. dem Verfassungsausschuß,

353 d. B. dem Hauptausschuß,

354 d. B. dem Ausschuß für Handel und Wiederaufbau,

355 d. B. dem Ausschuß für Unterricht und

356 und 357 d. B. dem Justizausschuß.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Ing. Dr. h. c. Figl (von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hohes Haus! In schicksalsschwerer Stunde ist heute das Parlament wieder zusammengetreten. Schicksalsschwer vor allem deswegen, weil die freigewählte Volksvertretung dieses Staates und die von ihr bestimmte Regierung dem österreichischen Volk Rechenschaft geben muß und will über die politischen Ereignisse der letzten Wochen, der Wochen, die zutiefst in das Geschick unserer Heimat als Gesamtheit wie auch in das Schicksal jedes einzelnen Bürgers dieses Landes eingreifen. Ganz Österreich, unbeschadet der Parteizugehörigkeit seiner einzelnen Bürger, ist von der Konferenz von Moskau — enttäuscht. Ohne Sentiments, ohne Anklage stellen wir dies nüchtern fest.

Als ich vor beinahe anderthalb Jahren die Regierung übernahm, habe ich erklärt, daß wir Österreicher niemals unsere großen Verpflichtungen gegenüber der Welt vergessen werden. Ich habe weiter erklärt, daß Recht wieder Recht werden muß in diesem Österreich. Darf ich heute hinzufügen, daß Recht wieder Recht werden muß in ganz Europa und in der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Ergebnis der letzten Verhandlungen über Österreichs Souveränität in London und in Moskau ermutigt uns nicht, diesen Glauben beizubehalten. Wer aufmerksam im Lande herumhört, muß diese schwere Entmutigung unseres braven, arbeitsfreudigen und freiheitsliebenden Volkes immer wieder verspüren. Warum wird gerade uns Österreichern die Freiheit vorenthalten, die man bereitwilligst anderen Staaten, die oft viel weniger Schweres durchgemacht haben als wir, zubilligt?

Müssen wir denn immer wieder auf die geschichtliche Wahrheit des Geschehens der letzten Jahre hinweisen, müssen wir immer wiederholen, was eindeutig bereits in den historischen Annalen klar erwiesen ist? Wer war der erste Staat in Europa, der entschlos-

sen gegen den Nazismus den Kampf aufgenommen hat? Es war unser Österreich! Wer war der erste Staat in diesem Europa, der unter Bruch jedes internationalen Rechtes vom Nazifaschismus überfallen und vergewaltigt wurde? Es war unser Österreich! Wer war der erste Staat in diesem Europa, dessen Vorkämpfer und beste Söhne in die Konzentrationslager Hitlers verschleppt wurden? Es war unser Österreich! Wer war der erste Staat in diesem Europa, der bis aufs letzte wirtschaftlich und materiell ausgeplündert wurde von den ausgehungerten Nazisten? Es war unser Österreich! Wer war der Staat in diesem Europa, dessen Söhne als erste gegen ihren Willen in Uniformen gepreßt und gegen ihre Überzeugung in den Krieg getrieben wurden? Es war unser Österreich! Wer war der Staat in Europa, auf dessen Boden das sadistische Haßgefühl nazistischer Weltverbrecher den Endkampf um den Weltfrieden austragen ließ? Es war unser Österreich! Und wer ist der Staat, der trotz alledem, trotzdem er das erste Opfer des Nazifaschismus war, heute wohl befreit, aber immer noch nicht frei ist? Es ist unser Österreich!

Wir Österreicher sind Optimisten. Vielleicht ist dies das Geheimnis unseres Wesens. Sicher hängt dies mit unserer tiefen Gläubigkeit zusammen, nämlich unserem Glauben an die Gerechtigkeit in der Welt. Ob dieser Glaube nun, so wie dies beim größten Teil unserer Bevölkerung der Fall ist, religiös verwurzelt ist oder ob er in anderen weltanschaulichen Grundsätzen verankert ist, wir glauben, daß Recht auch Recht bleiben muß in der Weltpolitik! (Lebhafter Beifall.) Und wenn darum heute das österreichische Parlament vor der ganzen Welt in demonstrativer Form neuerlich seinen Glauben an die Weltgerechtigkeit bezeugt, so ist dies für uns keine Phrase, sondern es ist dies nicht nur für uns, sondern vielleicht für sehr zahlreiche andere Nationen in dieser Welt der Prüfstein dafür, ob es sich gelohnt hat und ob es sich weiter lohnt, für den Neuaufbau der Welt im Sinne der wahren Demokratie zu arbeiten. Es handelt sich doch letzten Endes heute gar nicht mehr um Österreich, sondern es handelt sich um viel mehr, es handelt sich um den letzten Sinn der demokratischen friedlichen Entwicklung auf dieser Welt.

Österreich ist ein kleiner Staat unter vielen anderen kleinen Staaten. Österreich ist sich dessen bewußt und weiß, daß es in dem großen Konzert der Nationen nur eine kleine Geige spielen kann; aber vergessen wir eines nicht: auch das größte Orchester kann versagen, wenn auch nur die kleinste Geige ausfällt oder Mißtöne bringt. Die großen

Dirigenten in der Welt sollen und dürfen dies niemals vergessen.

Was wird nun sein? Stellen wir vor allem einige ganz nüchterne Tatsachen fest. Österreich wurde vor zwei Jahren befreit; von vier Seiten gleichzeitig. Österreich war am Bettelstab. Fast am Tage der Befreiung aber schon gingen unsere österreichischen Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibenden wieder daran, ihre Heimat aufzubauen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gerne und mit Dank den Anteil aller vier Mächte an dieser Aufbauarbeit feststellen. Wir hatten gar nichts: wir hatten nichts zu essen, wir hatten keine Bekleidung, wir hatten kein Rohmaterial für unsere Fabriken, wir hatten nicht einmal Arbeiter, weil sie in Kriegsgefangenschaft waren und zum Teil noch heute sind; und wenn auch der Staatsvertrag noch nicht abgeschlossen ist, so glauben wir, wenn die Menschenrechte gewahrt bleiben sollen, daß man zwei Jahre nach Kriegsende die Kriegsgefangenen endlich heimkehren lassen könnte. (Langanhaltender, stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Galerien.)

Präsident: Ich bitte die Galerie eindringlichst, sich jeder Einnengung in die Verhandlungen zu enthalten.

Bundeskanzler Ing. Dr. h. c. Figl (fortsetzend): Wir hatten alle nur eines, den heiligen Glauben an unser Österreich! So haben wir zwei Jahre lang bis heute gekämpft, um wieder in die Höhe zu kommen. Unverdrossen, unter den größten Schwierigkeiten, stehen unsere Arbeiter an der Maschine. Niemand anderer weiß es besser als ich, daß die Kaloriensätze viel zu gering sind, niemand anderer weiß es besser als ich, daß unsere Hausfrauen Tag für Tag nicht wissen, wie sie ihre Familie ernähren sollen. Aber es hat bis heute keine Arbeitssabotage gegeben und es gibt auch — und das muß ich zur Ehre unserer Bauern sagen — keine Lieferungssabotage. Jeder hilft und will dem anderen helfen. Mit dem Kleinen werden wir fertig werden.

Die Tatsache, daß in diesem Österreich alle politischen Parteien, so sehr sie sich auch in allen programmatischen und taktischen Fragen voneinander unterscheiden, nun bereits zwei Jahre zusammenarbeiten, um den Neubau dieses Staates zu ermöglichen, ist der stärkste Beweis für den Optimismus dieses österreichischen Volkes, der dem Wissen um seine große Sendung im Rahmen der Völkergemeinschaft entspringt, nämlich um seine Sendung, völkerverbindend und völkerver söhrend und damit auch klassenversöhnend zu sein.

Eines freilich muß ich hier feststellen. Niemals wird in diesem Österreich die Straße dirigieren, sondern immer nur der arbeitende, werktätige Mensch! (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Man soll ja nicht annehmen, daß irgendwelche kleine und kleinste Demonstrationen, die meist gar nicht von Österreichern organisiert sind, uns auch nur im geringsten von unserer Linie abbringen werden. Mit Marschieren und Gejohle auf der Straße kann man nicht Lebensmittel herbeischaffen. Mit Plakaten und sonstigen Propagandamitteln kann man die Arbeit nicht ankurbeln, sondern nur die Arbeit selbst ist es, die Faust des Arbeiters und die Faust des Bauern, die eine an der Werkbank, die andere am Pflug, die es uns ermöglichen, wieder in die Höhe zu kommen.

Wir werden unbeirrt um alle Versuche, diese Arbeit zu sabotieren und Unruhen zu erzeugen, unseren Weg — und das ist der Weg der Pflicht — weitergehen. Man möge doch nicht glauben, daß wir durch kindische Mätzchen von Saboteuren und Querulanten uns auch nur im geringsten beeinflussen lassen werden. Diese Saboteure und Querulanten mögen ruhig unten auf der Straße schreien. Wir werden mit allen braven Österreichern, die ehrlich dieses Österreich als freies, demokratisches Land wollen, in den Werkstätten und auf den Äckern weiterarbeiten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir werden dies auch jetzt und vielleicht mit noch größerer Intensität tun, nachdem wir durch Moskau enttäuscht worden sind. Bereits in allernächster Zeit wird die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Parlament und den politischen Parteien ein großes Aktionsprogramm dem österreichischen Volk vorlegen, ein Aktionsprogramm, dessen Inhalt vor allem die endgültige Klärung des Lohn- und Preisproblems und der Währungsfrage sein wird.

Wir wissen selbstverständlich auch genau, daß jede Wiederaufbauarbeit in Österreich gebunden ist an vier Grundfragen, nämlich

1. an das Problem der Erhaltung und Sicherung einer gesunden und arbeitsfähigen Arbeiterschaft; und dazu brauchen wir Lebensmittel, und zwar in weit verstärktem Maße als bisher;

2. an die Sicherung der Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie; und dazu brauchen wir in erster Linie Kohle als das wichtigste Energiemittel, das uns fehlt;

3. an die Erhaltung, die Sicherung und den Neuaufbau unserer Landwirtschaft; und dazu brauchen wir Sämereien, Zuchtvieh und vor allem landwirtschaftliche Arbeiter;

4. Vorsorge zu treffen, daß wirklicher sozialer Friede, soziale Gerechtigkeit für alle Menschen in diesem Lande gesichert werden. Wir müssen dazu kommen, daß die sozialen Fragen so gelöst werden, daß jeder Bürger in diesem Staate für die Tage des Alters gesichert ist.

Wir werden all die schweren Probleme, die uns bevorstehen, lösen, wenn wir ehrlich und anständig gemeinsam an die Arbeit gehen. Wer heute, wo immer er stehe, sich dieser Pflicht nicht bewußt ist, ist nur ein Saboteur an dem werktätigen, arbeitenden Volk in Österreich, er ist ein Hochverräter unseres Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.)

Ich pflege niemals große, tönende Worte zu sagen; ich tue dies am allerwenigsten hier vor Ihnen, Hohes Haus. Eines muß und möchte ich Ihnen aber sagen: Man kann mit einer Regierung einverstanden sein, man kann auch gegen sie sein. Es handelt sich niemals um Personen. Um was es sich aber bei uns allen handelt und handeln muß, das ist das arbeitende Volk in Österreich, ganz gleichgültig, ob es in der Werkstatt, im Kontor oder auf dem Acker arbeitet. Und hierfür bitte ich das Hohe Haus, hinter der Regierung zu stehen und ihre Bestrebungen in diesem Sinne zu unterstützen.

Und nun noch ein Letztes. Seit zwei Jahren spreche ich es immer wieder aus und muß es auch heute wiederholen: Österreich hat seinen Beitrag für die Befreiung der Welt vom Nazifaschismus gebracht. Zu all den früheren Beweisen kommt nun auch das zwei-jährige Aufbauwerk des österreichischen Volkes dazu. Es ist darum verständlich, daß wir uns ein klein wenig wundern, daß man dies in der Welt noch immer nicht ganz ein-sieht.

Während des großen Krieges um die Befreiung der Welt haben die Großen dieser Welt wiederholt Österreichs Freiheitskampf anerkannt. In London zuerst und dann in Jalta, dann in Teheran und dann in Moskau wurden feierliche Erklärungen abgegeben. Über Österreich wurden Flugblätter abgeworfen; so weise ich nur auf das letzte vom Oktober 1943 hin, das ich im Original vorzeige, wo die Vertreter der USA, Großbritannien und der Sowjetunion feierlich erklärten, daß der sogenannte Anschluß Österreichs an Deutschland null und nichtig ist und dem österreichischen Volk die Möglichkeit gegeben werden soll, jene politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauernden Friedens ist. Dieser offiziellen Deklaration über Österreich sind eine ganze Reihe anderer voraus-gegangen und ähnliche nachgefolgt.

Namens der österreichischen Regierung und des österreichischen Volkes appelliere ich heute an das Weltgewissen:

Bekannt Euch zu Eurer Unterschrift! Bekennt Euch zur Magna Charta der Gerechtigkeit in der Welt! (Lebhafter Beifall.)

Es geht diesmal nicht um Österreich allein, es geht darum, ob die kleinen Nationen in der Welt weiter glauben sollen an eine politische Gerechtigkeit in der Welt. Darf dieser Glaube, dieser heilige Glaube der einzelnen kleinen Völker durch kleinliche wirtschafts-imperialistische oder sonstige Fragen gestört werden? Wollen wir wirklich aus diesem großen Chaos der Weltpolitik und Weltwirtschaft nichts gelernt haben als nur das eine, unter anderen Titeln und anderen Formen die gleichen Ideologien weiter zu vertreten? Es mag vermessen sein, daß ein so kleiner und bescheidener Staat wie Österreich diese Frage aufwirft. Wenn wir dies heute tun, so tun wir es in voller Verantwortung nicht nur für unser eigenes Heimatland, sondern auch in Sorge um den Weltfrieden, den wir ja nie beeinflussen können, der uns aber nur dann gesichert erscheint, wenn das Prinzip der Gerechtigkeit und vor allem des Vertrauens wieder das Primat erhält bei allen offiziellen und inoffiziellen Beratungen der Großen in dieser Welt.

Österreich wendet sich heute an das Weltgewissen, ohne Klagen und ohne Vorwürfe. Österreich weiß, daß es unter all den großen Weltproblemen nur ein kleines Problem ist, vielleicht eines der kleinsten. Österreich hat Vertrauen, hat Vertrauen vor allem zum guten Willen der gesamten friedliebenden Menschheit, ganz gleich, in welchen Staaten diese arbeitenden Menschen leben und wirken.

Und wenn ich darum heute namens des österreichischen Volkes an die Welt appelliere, den Ruf Österreichs zu hören, so tue ich es im vollen Bewußtsein, daß ich damit auch im Sinne der Wünsche und des Hoffens vieler anderer kleiner Staaten spreche, die gleich uns mit Vertrauen und Gläubigkeit auf die Großen Vier in dieser Welt blicken. Noch niemals gab es eine solche Chance, den Weltfrieden zu verankern und damit Zufriedenheit und Glück allen einzelnen Völkern zu bringen wie heute. Wir glauben, daß diesmal die Chance nicht versäumt werden darf! Und wir glauben, daß für uns bald der Tag kommt, an dem wir sagen können: das befreite Österreich ist ein befreites Vaterland! (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber: Hohes Haus! Als nach der verhältnismäßig günstig verlaufenen Verhandlungsphase in London die Aussichten für den Abschluß eines Staatsvertrages in Moskau kalkuliert wurden, konnte man verhältnismäßig guter Hoffnung sein. Die Gegenwart aller vier Außenminister, so konnte angenommen werden, würde rasch zu Resultaten führen. Die Abhaltung der Konferenz am Sitz der sowjetrussischen Regierung sollte die notwendigen Entscheidungen erleichtern. Es wurden zunächst in Moskau auch bedeutende Fortschritte in der Vertragsgestaltung erzielt. Von 53 Artikeln wurden, außer der Präambel, 34 Artikel zur Gänze fertig redigiert, wenn auch bei einigen Artikeln noch gewisse Vorbehalte gemacht wurden. 19 Artikel sind noch offen, davon bedarf es bei 5 Artikeln allerdings nur noch des Beschlusses über einen Paragraphen. Die offenen Fragen von wirklicher Bedeutung sind nicht zahlreich, wenn auch gewichtig.

Gestatten Sie mir, daß ich mich zunächst mit dem bisher Erreichten befasse. Gegenüber den Vorschlägen, die in London vorlagen, ist es gelungen, verschiedene Verbesserungen zu erzielen oder den für uns günstigeren Text im Vertrag zu verankern.

Im Artikel 6, der die Frage der Naturalisierung von Reichsdeutschen regelt, sind wir nicht mehr verpflichtet, alle Einbürgerungen rückgängig zu machen, was sicherlich an verschiedenen Stellen zu neuen kostspieligen Umgruppierungen geführt hätte, sondern nur mehr jene von Parteimitgliedern. Solche Fälle sind, wie ich glaube, nicht zahlreich.

Im Artikel 10 wird die Freiheit Österreichs, Gesetze zu beschließen, nicht mehr durch den integralen Fortbestand der bisher beschlossenen Gesetze eingengt. Wir verpflichten uns durch den Vertrag, die Prinzipien jener Gesetze aufrechtzuerhalten. Dazu ist das österreichische Parlament von sich aus entschlossen.

Artikel 11 regelt nunmehr die Frage der Auslieferung von Kriegsverbrechern in einer Weise, daß entsprechende Beweismittel angeboten werden müssen, die es rechtfertigen, die betreffenden Personen als Kriegsverbrecher zu verfolgen.

Den Artikel 16, betreffend die displaced persons, halten wir grundsätzlich für überflüssig. Er soll aber wenigstens so formuliert werden, daß er uns hinsichtlich der Behandlung verbleibender versetzter Personen nicht unmögliche Bedingungen auferlegt. Artikel 16/a schafft immerhin die Möglichkeit, wenigstens einen Teil der displaced persons nach Deutschland zu überstellen.

Über die Stärke der österreichischen Streitkräfte wurde Einigkeit erzielt. Sie wird, eingerechnet Gendarmerie und Zollwache, 58.000 Mann umfassen. Offiziere, die in der deutschen Wehrmacht gedient haben und keinen höheren Rang als den eines Obersten erreicht haben, können — ihre politische Zuverlässigkeit vorausgesetzt — zum Aufbau des Heeres herangezogen werden.

Artikel 32: „Vorschlag zur Einsetzung einer militärischen Überwachungskommission“, ist aus dem Vertrag verschwunden.

Über Artikel 33: „Räumung Österreichs und Beendigung der Kontrolle durch den Alliierten Rat“, wurde volle Übereinstimmung erzielt. Damit wird spätestens 90 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages Österreich geräumt sein. Der Alliierte Rat hört bereits am Tage des Inkrafttretens zu bestehen auf. Gleichzeitig wurde im § 5 dieses Artikels festgelegt, daß die Alliierten vor der endgültigen Räumung alle in ihrer Hand befindlichen österreichischen Zahlungsmittel, soweit sie aus Okkupationskosten stammen, an die österreichische Regierung zurückstellen werden.

Im Artikel 36 ist nunmehr vorgesehen, daß über die wechselseitige Rückgabe des rollenden Materials zweiseitige Verhandlungen geführt werden sollen.

Im § 1 des Artikels 45 ist prinzipiell festgelegt, daß das österreichische Eigentum im Gebiete der Vereinten Nationen zurückgestellt werden soll.

Im Artikel 48 verpflichten sich die Mächte ihrerseits, für die Aufhebung der sogenannten Völkerbundkontrolle einzutreten.

Im Artikel 52 verpflichten sich die Mächte, unseren Transitverkehr durch den Berchtesgadener Ziptel im deutschen Friedensvertrag rechtlich zu verankern.

Im Artikel 59 wird anerkannt, daß der Vertrag vor Inkrafttreten auch durch Österreich ratifiziert werden müsse, wodurch auf die österreichische Verfassung gebührend Bedacht genommen ist.

Die Artikel 44: „Kompensation für Minderitätengruppen“, und Artikel 42: „Kompensation für Schäden an Eigentum von alliierten Personen“, werden, so kann man hoffen, in einer Form angenommen werden, die Österreich nicht jene enormen Lasten auferlegt, die nach den Londoner Vorschlägen zu befürchten waren.

Fassen wir zusammen: Die bisher vereinbarten Bestimmungen, wenngleich sie noch immer Härten für Österreich enthalten, werden die Lebensfähigkeit Österreichs nicht beeinträchtigen. Sie könnten eine Grundlage für den Neuaufbau Österreichs bieten.

Worüber wurde eine Einigung nicht erzielt? Allen voran steht Artikel 5: „Aner-

kennung der österreichischen Vor-Anschlußgrenzen“. Ich habe gemäß den Beschlüssen der Bundesregierung in Moskau eindeutig klargemacht, daß wir nicht bereit sind, einen Vertrag anzuerkennen, der nicht als Minimum unserer staatlichen Existenz die Vor-Anschlußgrenzen sichert. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ich brauche vor dem österreichischen Parlament nicht auseinanderzusetzen, daß wir die jugoslawischen Forderungen als jeglicher Begründung bar betrachten. Die Vereinigung von 3000 oder 4000 Menschen in einer sogenannten Befreiungsfront ist kein ausreichender Grund, Unglück über Hunderttausende Einwohner jener Gebiete zu bringen. (Neuerlicher lebhafter Beifall.) Wenn es sich einer der Führer dieser Befreiungsfront leisten kann, über den Belgrader Rundfunk die österreichische Regierung zu attackieren und trotzdem nach wie vor aktiver österreichischer Gymnasialprofessor bleibt, so gibt es wohl kaum eine bessere Widerlegung der Behauptung, in Österreich werde eine Unterdrückungspolitik gegen eine Volksgruppe geführt. Wir haben die Absicht, an unsere humanistische Tradition anzuknüpfen und jeder Volksgruppe den weitesten Spielraum in ihrer kulturellen Eigenart einzuräumen. Die Kärntner Grenze, festgelegt auf Grund einer freien Volksabstimmung, ist für uns weder Gegenstand von Kompromissen noch von konstruktiven Besprechungen. (Großer anhaltender Beifall.)

Die Bedeutung der Grenzen reicht über die Jahre hinaus. In den kommenden Jahrzehnten wird niemand mehr darnach fragen, ob Österreich ein halbes Jahr länger besetzt war, sondern man wird darnach fragen, ob wir in der Verteidigung unserer vitalen Interessen tatkräftig und entschlossen waren. Es wäre eine schlechte Politik, wenn wir Hypothesen auf die Zukunft des österreichischen Volkes legen würden, um unserer Generation augenblickliche Erleichterungen zu verschaffen.

Ich brauche nicht zu betonen, daß wir mit aller Entschiedenheit die Forderungen auf Reparationen, sei es aus der laufenden Produktion oder aus der Substanz, abgelehnt haben. Wir müssen uns auch dagegen verwahren, daß in Moskau trotz unserer Vorstellungen der österreichische Besitz in Jugoslawien, dessen Wert weit über 100 Millionen Dollar beträgt, ausgeliefert wurde.

Als zentrales Problem und als Haupthindernis eines raschen Vertragsabschlusses hat sich in Moskau die Frage des deutschen Eigentums erwiesen. Ich darf Sie zunächst

mit den hiezu zuletzt geäußerten Ansichten der Mächte vertraut machen.

Die Frage des deutschen Eigentums besteht aus zwei strittigen Komplexen. Es gibt deutsches Eigentum, das früher Staatsbürgern der Vereinten Nationen gehört hat. Es ist nicht unsere Sache, in diesen Streit einzugreifen. Diese Frage sollte am besten außerhalb des österreichischen Staatsvertrages geregelt werden. In Streitigkeiten hierüber unter den Alliierten sehen wir jedenfalls keine Begründung für die Verlängerung der Besatzung. (Zustimmung.)

Ein Streitpunkt ist auch jenes Eigentum, das früher österreichischen Staatsbürgern gehörte und das im Zuge der von Deutschland betriebenen systematischen Durchdringungspolitik auf den deutschen Staat oder auf deutsche Staatsbürger übergegangen ist. Um der Welt einen kleinen Begriff von der Bedeutung dieser Frage zu geben, sei darauf hingewiesen, daß am Tage der Befreiung in ganz Österreich über 800 Unternehmen nach formalistischer Auffassung in deutschem Besitz waren. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl würde das in den Vereinigten Staaten an 20.000, in der Sowjetunion an 30.000 Unternehmen bedeuten. Wir dürfen freilich aus Äußerungen der Mächte annehmen, daß sie selbst erkennen, daß nicht einfach alles, was die Nazi germanisiert haben, als deutsches Eigentum in Anspruch genommen werden kann.

Staatssekretär Marshall hat in der zuletzt der Konferenz vorgelegten Formel mit prinzipieller Zustimmung Englands und Frankreichs jenes deutsche Eigentum ausgeschlossen, das durch Gewalt oder Zwang auf deutsche Besitzer übergegangen ist. Dieselbe Formel enthält die Bestimmung, daß bis zu einem noch zu vereinbarenden Termin die Verstaatlichung als deutsches Eigentum anerkannter Unternehmen ausgeschlossen werden soll.

In Potsdam wurde beschlossen, auch das im Ausland gelegene deutsche Eigentum für Reparationszwecke in Anspruch zu nehmen. Naturgemäß kann für den Rechtsnachfolger des deutschen Eigentums nur eine solche Rechtsstellung in Anspruch genommen werden, wie sie der deutsche Vorbesitzer gehabt hat. Jede die Rechtsstellung des Vorbesitzers verändernde Bestimmung des Staatsvertrages ist daher eine Last, die Österreich und nicht Deutschland auferlegt wird. Einem solchen Verfahren müssen wir mit größter Reserve gegenüberstehen.

Der sowjetrussische Außenminister, Herr Molotow, hat in seiner Erwiderung auf die amerikanischen Vorschläge in der 34. Sitzung

der Außenministerkonferenz am 18. April wörtlich erklärt (liest):

„Es war richtig, daß deutsches Eigentum nicht herangezogen werden konnte, um Eigentum mit einzuschließen, welches durch Deutschland oder deutsche Staatsbürger mit Gewalt erworben wurde, noch staatliche Einverleibungen, welche ohne Kompensation unter der deutschen Verwaltung durchgeführt wurden, noch Eigentum, welches im Wege der Aneignung erworben wurde. Jedes Eigentum, welches nicht auf der Grundlage der Freiwilligkeit übertragen wurde, soll dem gesetzmäßigen Eigentümer zurückgestellt werden.“

Diese Feststellung scheint uns eine geeignete Basis für die Einigung.

Molotow erklärte weiter (liest): „Ich bin der Meinung, daß die Sowjetvorschläge dergestalt erstellt werden könnten, daß österreichisches Recht sich auf den Betrieb übertragener Unternehmungen erstreckt. Österreich darf hingegen die Ausfuhr der Reingewinne in der Form von Zahlungsmitteln oder Produktion nicht verhindern, und Ansprüche, welche vor der Übertragung der Unternehmungen entstanden sind, sollen den neuen Eigentümern gegenüber nicht geltend gemacht werden können.“

Die Auffassung, daß gegen deutsche Unternehmen bestehende Schulden nicht geltend gemacht werden können, scheint uns gleichfalls nicht mit dem Potsdamer Abkommen im Einklang zu sein, denn dies wäre unzweifelhaft eine direkte Schädigung österreichischer Vermögensträger, die in irgendeiner Leistung für die Wertvermehrung dieser Betriebe erbracht haben. Wir können aber nicht annehmen, daß die Sowjetregierung nach ihren Erklärungen wirklich derartiges beabsichtigt, und hoffen, daß es sich hier um eine Mißinterpretation der Worte Herrn Molotows handelt.

Wie steht es nun mit dem Transfer von Gewinnen aus jenen Unternehmungen? Als Vertragsbestimmung würde dies sicherlich in Widerspruch mit dem Potsdamer Abkommen stehen, das dem Rechtsnachfolger ja keine bessere Rechtsstellung einräumt, als der deutsche Vorbesitzer im Ausland gehabt hat. Im Potsdamer Abkommen ist nichts enthalten, das die Mächte berechtigt, für das ausländische deutsche Eigentum in verschiedenen Ländern verschiedenartige Rechte in Anspruch zu nehmen. Eine andere Sache ist natürlich, daß es nunmehr jedenfalls eine große Zahl alliierter Betriebe in Österreich geben wird und daß eine Form gefunden werden muß, in der diese im Rahmen der

österreichischen Volkswirtschaft arbeiten können.

Die ausländischen Besitzer können ihre Reingewinne in Österreich investieren oder sie können diese mit unserer Zustimmung in ihre Heimatländer transferieren. Der Transfer der Gewinne braucht in diesem Zusammenhang kein unlösbares Problem darzustellen, wenn er sich im Rahmen eines Wirtschaftsplanes abwickelt, der den österreichischen Wiederaufbau nicht zu sehr schädigt. Wir glauben nur, eine Lösung sollte in den mit den alliierten Ländern abzuschließenden Handelsverträgen gefunden werden, weil auf diese Art und Weise am besten eine alle Reibungen ausschließende Zusammenarbeit gewährleistet werden kann und die Betriebe sowohl zum Nutzen der österreichischen Volkswirtschaft als auch zum Nutzen ihrer Eigentümer betrieben werden können.

Ich habe Herrn Molotow bei meinem ersten Besuch erklärt, daß wir sehr daran interessiert sind, einen solchen Handelsvertrag abzuschließen. Ich bringe in Erinnerung, daß wir verschiedentlich Anregungen zum Abschluß eines solchen Vertrages an den Herrn politischen Vertreter der Sowjetunion in Österreich übermittelt haben, daß dieser aber auf einer vorherigen Regelung der Frage des deutschen Eigentums bestanden hat.

Wenn einmal die Rechtsstellung dieser Betriebe klar umschrieben und die Anwendung der österreichischen Gesetze sichergestellt ist, dann sehe ich keinen vernünftigen Grund, weshalb es nicht gelingen sollte, ein gutfunktionierendes Abkommen über die Zusammenarbeit mit jedem der Alliierten abzuschließen.

Nach diesen Erklärungen der alliierten Staatsmänner und bei Bedachtnahme auf die Grundlage der Potsdamer Entscheidung, nämlich Reparationen von Deutschland einzutreiben und nicht von Österreich, ist es nicht zu verstehen, daß eine gemeinsame Grundlage zur Lösung dieser dornigen Frage nicht gefunden werden konnte.

Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß die Frage des deutschen Eigentums ohne weiteres in Moskau hätte gelöst werden können. Die österreichische Delegation war mit vollständigem Material über alle Betriebe ausgerüstet, und wir haben verschiedentlich den Vorschlag gemacht, daß, wenn auf der Grundlage von Formeln keine Einigung zu erzielen sei, man eine solche auf Grundlage der Betriebslisten hätte suchen sollen. Was schließlich nunmehr in Wien doch gemacht werden muß, hätte sicherlich genau so gut in sechs Wochen in Moskau erledigt werden können.

Die Besetzung eines kleinen Landes ist aber für die großen Mächte nicht so drückend, wie sie es für uns ist. Ich habe mit einem jüngeren Mitglied einer Besatzungsmacht über die Notwendigkeit eines raschen Vertragsabschlusses gesprochen. Seine Worte waren: „Was regen Sie sich eigentlich wegen eines halben Jahres weiterer Besetzung in Österreich auf; was wird da schon viel passieren?“ — Ich habe ihm geantwortet: „Wenn ich als Nichtösterreicher in der österreichischen Sommerfrische wäre, würde ich mich nicht darüber aufregen“. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schließlich wurde in Moskau wenigstens ein Verfahren zur Beendigung der Arbeiten am österreichischen Staatsvertrag festgelegt. Am 12. Mai wird in Wien eine Kommission für die Prüfung aller offenen Fragen des österreichischen Vertrages zusammentreten. Diese Kommission soll ein Expertenkomitee einschließen, das seine besondere Aufmerksamkeit dem Artikel 35 und den entsprechenden Teilen des Artikels 42 widmen soll, um die konkreten Tatbestände zu ermitteln. Diese Kommission wird ihren Bericht ohne Verzug dem Rat der Außenminister erstatten.

Sicherlich ist es zu begrüßen, daß diese Fragen mit einer solchen Gründlichkeit behandelt werden. Aber erhebt sich nicht die Frage, warum es eigentlich in den letzten zwei Jahren den entsprechenden Stäben der Alliierten Kommission nicht möglich war, die konkreten Tatbestände festzustellen? Die Großmächte haben über diese Fortschritte auf der Moskauer Konferenz ihre deutliche Befriedigung geäußert. Uns scheint das Ergebnis so vieler Wochen anstrengender Tätigkeit von so vielen bedeutenden Männern dürftig. Hoffentlich sind wir nicht später versucht zu sagen: Die alliierten Berge kreißen, und ein Kommissionsmäuslein wurde geboren. (Beifall und Händeklatschen bei der Österreichischen Volkspartei.)

Bekanntlich wird der österreichische Vertrag nicht mit dem Hauptbeteiligten Österreich verhandelt, wenngleich wir ausreichend Gelegenheit hatten, unseren Standpunkt der Konferenz der Außenminister, beziehungsweise deren Stellvertretern vorzutragen. So wie in London war vorgesehen, daß auch nach Moskau, sobald der österreichische Staatsvertrag zur Behandlung durch die Außenminister kommen würde, also mit endgültigen Entscheidungen zu rechnen sei, gleichfalls eine politische Vertretung des Parlaments nach Moskau nachfolgen sollte. Demgemäß hat Gesandter Bischoff in meinem Auftrag einen entsprechenden Einreiseantrag an das sowjetrussische Außenministerium gestellt, als der Termin feststand, zu dem sich die Außen-

minister mit der Österreich-Frage befassen würden. Dieser unser Antrag wurde aber seitens der zuständigen Stellen trotz mehrfacher Urgenz nicht zustimmend erledigt. (Rufe: Hört! Hört!)

Gestatten Sie mir, bevor ich aus dem bisherigen Verlauf der Österreich-Konferenzen politische Konklusionen ziehe, die Haltung der Mächte kurz zu charakterisieren.

Die Vereinigten Staaten haben als einzige Macht ihren Vertragsentwurf noch vor Beginn der Londoner Konferenz mit uns eingehend durchbesprochen und über unseren Wunsch notwendige Verbesserungen durchgeführt. (Lebhafter Beifall.) Wir hätten den amerikanischen Entwurf ohne wesentliche Änderungen annehmen können. Wir verdanken dies insbesondere General Clark (neuerlicher Beifall und Händeklatschen), der erkannt hat, daß die Methode, Verträge ohne Vorberatung mit den Beteiligten auszuarbeiten, nicht fruchtbar ist.

Leider konnte sich Großbritannien nicht von Anfang an zu der gleichen einfachen Linie verstehen. Wie wir Grund haben anzunehmen, ist die Forderung nach Kompensationen in verschiedenen ökonomischen Departements in London entstanden. Wir verdanken es dem persönlichen Eingreifen Bevins, daß der ursprüngliche Antrag in einer Weise abgeändert wurde, daß sich schließlich eine befriedigende Regelung erhoffen läßt. In den wichtigen politischen Fragen des Staatsvertrages konnten wir allendings immer auf die Hilfe Großbritanniens rechnen. (Starker Beifall.)

Die eben erwähnten Kompensationsforderungen wurden zunächst auch von Frankreich unterstützt. Leider sahen wir uns seitens Frankreichs auch anderen Vorschlägen gegenüber, gegen die wir uns wenden mußten, weil sie uns ebenso diskriminierend als sachlich unbegründet erschienen. Ich glaube nicht, daß die deutsche Aufrüstung durch bürokratische Restriktionen der österreichischen Wirtschaft oder gar durch eine Änderung des jahrzehntealten österreichischen Patentrechtes verhütet werden kann. (Zustimmung.) Ich spreche die dringende Bitte aus, die französische Regierung möge diese ihre Vorschläge noch einmal einer Prüfung unterziehen. Es liegt mir jedoch daran hervorzuheben, daß gerade auch Außenminister Bidault warme und kluge Worte für die Verteidigung unserer Grenzen gefunden hat und daß er persönlich bestrebt war, Österreich zu helfen, wo immer es ihm möglich war. (Lebhafter Beifall.)

In beiden Ländern übersehen die ökonomischen Departements, daß eine blü-

hende österreichische Wirtschaft auch ihren Ländern zehnmal größere Gewinne bringt als Kontributionen, die mühsam aus einer verdrängten Ökonomie herausgepreßt werden und ohne internationale Refundierung nicht aufgebracht werden könnten.

Außenminister Molotow hat uns in einer Reihe von Fragen wertvolle Unterstützung gegeben. Ich erinnere nur an die Ablehnung des Artikels 32, betreffend die militärische Überwachungskommission, den Antrag auf Abschaffung der Völkerbundkontrolle und die vollständige Ablehnung jeglicher Kompensation. Diesem Eingreifen sind wesentliche Verbesserungen des Vertragsinhaltes zu verdanken. Wir wollen auch nicht verkennen, daß die sowjetische Haltung in der Frage der displaced persons sicherlich eine ist, die weitgehend mit den Interessen Österreichs übereinstimmt.

Wir werden selbstverständlich die versetzten Personen, die ihre Heimat verloren haben und die auf unserem Territorium vorläufig verbleiben müssen, gemäß unserer Tradition human behandeln. Aber wir können auch nicht zugestehen, daß die Last für die dauernde Versorgung dieser zusammengewürfelten Massen ausschließlich auf die Schultern Österreichs gelegt und ihm die moralische Verantwortung für die Existenz dieser Heimatlosen aufgebürdet wird. (Zustimmung.) Wir können dies um so weniger tun, als wir in den letzten zwei Jahren, trotz verschiedener Zusicherungen, keine effektiven, konkreten Maßnahmen verzeichnen konnten, die Zahl der versetzten Personen in Österreich zu vermindern.

Dem gegenüber steht die Unterstützung der jugoslawischen Forderungen durch die Sowjetunion und ihre verschärfenden Anträge zu Artikel 35: „Deutsches Eigentum“, die wir als bedenklich für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs erachten und die, wie ich bereits ausgeführt habe, unserer Meinung nach zum Teil über die Beschlüsse von Potsdam hinausgehen.

Eine freie Vereinbarung zwischen der österreichischen Regierung und der Sowjetunion über den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr wird für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Rußland einen wesentlich besseren Nutzen bringen als den, den eine durch die lange Dauer der Besetzung schließlich ruinierte österreichische Wirtschaft wird leisten können, wie immer die entsprechenden Vertragsbestimmungen formuliert werden mögen.

Wenn ich nunmehr in diesen kurzen Vorbemerkungen ein Bild gegeben habe, mit welchen Ergebnissen und in welchem Klima

sich die Verhandlungen abgespielt haben, so gestatten Sie mir nunmehr, daß ich aus den bisherigen Vertragsverhandlungen die allgemeinen politischen Konklusionen ziehe.

Die alliierte Politik gegenüber Österreich erscheint uns als eine Politik der inneren Widersprüche. Der österreichische Vertrag proklamiert Seite für Seite die Verpflichtung der Österreicher, ein selbständiges Land zu bleiben; der Grund dafür liegt klar auf der Hand. Das Unglück Europas und damit der Welt hat eben mit der Annexion Österreichs durch Nazideutschland seinen Anfang genommen. (Lebhafte Zustimmung.) Was für ein politischer Schluß ist aber aus dieser Tatsache abzuleiten? Doch offenbar der, daß einem solchen Volk jede Ermutigung gegeben werden muß, sich zu einem kräftigen, selbständigen Staatswesen zu entwickeln, damit es zu einem stabilisierenden Faktor in einem so empfindlichen Teil der Welt werde. Was sehen wir in Wirklichkeit? Wir sehen das fortgesetzte Bestreben, einen österreichischen Waggon an den Zug anzuhängen, der die deutsche Konkursmasse wieder in Bewegung bringen soll.

Wenn ich vor einem halben Jahr in einer Rede in New York gesagt habe, daß die Folgen der alliierten Politik Österreich viel härter treffen als Deutschland, so kann das heute mit verstärktem Nachdruck wiederholt werden. (Erneute Zustimmung.) Auf der Moskauer Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, die deutschen Kriegsgefangenen bis zum 1. Dezember 1948 zurückzuführen. Die Moskauer Konferenz hat es nicht der Mühe wert gehalten, einen ähnlichen Beschluß für die österreichischen Kriegsgefangenen zu fassen. Trifft das Vierzonen-Regime Österreich nicht um vieles härter als Deutschland, wo jede einzelne Zone für sich notfalls ein lebensfähiges Gebilde darstellen könnte? Soll das die konstruktive Politik für das kommende Europa sein? Soll das den neuen Status darstellen, der Österreich, einem selbständigen Land, gegeben werden soll?

Wir feiern nunmehr Jahr für Jahr die Befreiung Österreichs. Aber bis heute sieht der einfache Österreicher nur, daß an ihm nach wie vor herumkommandiert und hantiert wird, wenn auch nur die Uniform gewechselt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Und denken wir über unser Land hinaus, denken wir an den Wiederaufbau eines neuen Friedens: eine Kluft geht durch die Welt, die sich von Monat zu Monat verbreitert hat. Hier war Gelegenheit, endlich eine Brücke über diese Kluft zu schlagen. Gäbe es denn eine bessere Gelegenheit als die rasche Beendigung der Okkupation Österreichs, ein

neues Vertrauenszentrum in Europa zu schaffen? Aber die Baumeister dieser Brücke waren nicht bereit, die letzten Balken in sie einzufügen. Sie zogen es vor, zunächst das Werkzeug beiseitezulegen und sich unter gegenseitigen Beschuldigungen von der Baustelle zurückzuziehen. (Heiterkeit.) Ich habe in Moskau den vier Staatsmännern zugerufen, daß Österreich morgen eine neue Quelle des friedlichen Vertrauens — aber auch ein Fanal der Unrast und des Unfriedens werden kann. Diese Mahnung ist ungehört verhallt.

So darf es nicht wundernehmen, daß jener innere Widerspruch auch an anderer Stelle seinen Widerhall findet. Der jugoslawische Sprecher, stellvertretender Ministerpräsident Kardelj, hat mehrfach betont, daß unser Platz an der Seite der Donauvölker sei. Aber kann ein vernünftiger Mensch glauben, daß die beste Einladung für eine solche Zusammenarbeit eine massive Forderung auf Gebietsabtretungen und auf Bezahlung von hundert Millionen Dollar aus der laufenden österreichischen Produktion ist? (Zustimmung.) Wir sind bereit, mit jedem friedlich und ehrlich zusammenzuarbeiten, aber nur auf der Basis der vollkommenen Gleichberechtigung und nicht als ein inferiorer Bettler. Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte über unsere Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten einfügen.

Die Tschechoslowakische Republik hat das freundschaftliche Verhältnis zu Österreich gefördert. Ich glaube, daß auch wir getan haben, was wir tun konnten, um diese für uns so wichtige Zusammenarbeit von vornherein auf eine gute und solide Basis zu stellen. Die Tschechoslowakische Republik hat einige Wünsche nach Grenzkorrekturen vorgebracht. Wir sind darüber in Verhandlungen eingetreten und haben zu erkennen gegeben, daß wir zu einem Gebietsaustausch von einigen hundert Hektar bereit seien, der es beiden Ländern ermöglichen soll, eine bessere ökonomische Verwertung der Grenzbezirke einzuleiten. Aber wir haben von vornherein betont, daß beides im freien Einvernehmen erfolgen müsse und daß dort, wo für uns selbst wichtige Interessen auf dem Spiele stehen, man uns nicht zwingen dürfe, Gebiete auszutauschen. Die gegenseitigen Beziehungen in den kommenden Jahren dürfen nicht durch die Ausnutzung unserer jetzigen Schwäche vergiftet werden. Wir hoffen zuversichtlich, daß die tschechoslowakische Regierung dieses Umstandes eingedenk ist.

Aber bei allen Differenzen, die wir in dieser Frage noch überbrücken müssen: welcher Unterschied in der Tonart, welcher Unterschied in der Mäßigung gegenüber dem

Verhalten unseres südlichen Nachbarn Jugoslawien!

Lassen Sie mich die leidvolle Geschichte unserer Beziehungen zu Jugoslawien darlegen. In Paris hatte ich eine längere Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Kardelj. Ich sagte ihm damals, daß wir zur Erörterung aller Fragen bereit seien, mit Ausnahme natürlich der Grenzen, und daß ich vorschlage, daß wir als ersten Schritt einer solchen Annäherung gegenseitige Vertreter austauschen sollten. Kardelj erklärte, die jugoslawische Regierung könne zwar vor Vertragsabschluß die diplomatischen Beziehungen nicht aufnehmen, sei aber bereit, politische Vertreter auszutauschen. Wie hat sich in der Folge dann dieser Austausch vollzogen?

Zunächst erschien in Wien der Chef der jugoslawischen Militärmission. Ich bat ihn um seinen Besuch, um den ersten Kontakt über die Militärmission herzustellen. Seine Antwort war, er könne sich nicht erinnern, daß ihm die österreichische Regierung schon einen Besuch abgestattet habe. Später wurde die Militärmission auf Grund des neuen Kontrollabkommens aufgelöst, und ein Vertreter der jugoslawischen Regierung fand sich in Wien ein, der von uns mit aller Herzlichkeit empfangen wurde. Trotz aller fortgesetzten Bemühungen weigerte sich aber die jugoslawische Regierung beharrlich, einen österreichischen Vertreter in Belgrad zuzulassen. Wir haben dem Herrn jugoslawischen Vertreter zunächst alle Möglichkeiten der Betätigung eingeräumt, ebenso den verschiedenen Wirtschaftsmissionen, in der Hoffnung, daß sich hier eine Änderung vollziehe. Wir haben uns in einem früheren Stadium auch an den Herrn sowjetrussischen Vertreter gewandt, mit der Bitte, allenfalls eine Vermittlung in die Wege zu leiten. Wir haben die tschechoslowakische Regierung auf diplomatischem Wege gebeten, eine solche Vermittlung anzubahnen. Der Erfolg war in allen Fällen gleich null. Gleichzeitig konnten wir sehen, wie die österreichische Regierung in scharfer Weise im jugoslawischen Regierungsorgan angegriffen wurde.

Nur mit tiefer Bitterkeit gedenken wir des Schicksals der österreichischen Kriegsgefangenen in Jugoslawien. Wir haben zu all dem geschwiegen, aus der Erkenntnis, daß die friedliche Zusammenarbeit vieler Opfer wert ist. Aber wir sind uns schließlich klar darüber, daß eine gute Nachbarschaft nicht auf schwächlicher Leisetreterei aufgebaut werden kann. Wir werden deshalb nunmehr eine Schutzmacht bitten, die Vertretung unserer Interessen in Belgrad zu übernehmen. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volks-

partei.) Denn bei allem Wunsche nach friedlichen Beziehungen werden wir das Prinzip der Selbstachtung als Grundlage unserer Außenbeziehungen nicht aufgeben. (Neuerlicher Beifall.)

Es hat daher nicht überrascht, daß uns, in Konsequenz dieser Haltung, auf den Konferenzen seitens Jugoslawiens eine Welle des Hasses entgegengeschlagen ist. Ein unbefangener Zuhörer mußte den Eindruck gewinnen, daß Österreich nicht ein Opfer Hitlers, sondern geradezu der eigentliche Urheber der hitlerischen Angriffsaktionen sei, daß mit einem Wort nicht Deutschland in Österreich einmarschiert ist, wie es den historischen Tatsachen entspricht, sondern daß umgekehrt die Österreicher in Deutschland einmarschiert seien, um dieses große Reich zum Krieg zu zwingen. Trotz dieser bitteren Erfahrungen sind wir nach wie vor bereit, ein freundschaftliches Verhältnis zu Jugoslawien aufzubauen, aber lediglich auf der Grundlage gegenseitiger Achtung.

Die Politik der Westmächte gegenüber Österreich stellt sich, als eine Politik der versäumten Gelegenheiten dar. Ein guter Teil der Schwierigkeiten, unter denen wir heute leiden, hätte vermieden werden können, wenn man der alten Regel eingedenk gewesen wäre, niemals Beschlüsse über ein Land zu fassen, ohne dessen Vertretung zu konsultieren.

Denken wir nur an die Potsdamer Beschlüsse, deren Unklarheit jedem Signatar gestattet, darunter etwas anderes zu verstehen. Wenn man damals auch nur einen Österreicher über die Wirkung jener Beschlüsse gefragt hätte, so hätten sich die nachfolgenden Konferenzen einen Gutteil ihrer Arbeit ersparen können. Aber selbst noch im Oktober 1945, als bereits eine anerkannte österreichische Regierung existierte, beschloß der Berliner Kontrollrat das Gesetz Nr. 5, über dessen Anwendung auf Österreich wiederum derselbe Streit entstanden ist.

In Großbritannien hat man Österreich viel zu lange mehr als ein kompliziertes juristisches Problem denn als ein einfaches politisches betrachtet. In den Vereinigten Staaten hat man zuerst erkannt, daß nur ein einfaches und klares Konzept der Österreich-Politik, nämlich seine Behandlung als freie und unabhängige Nation, aus ihm einen Baustein des internationalen Friedensgebäudes machen kann.

Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 begann sich schließlich die Auffassung allgemein durchzusetzen, daß das Zwitterdasein Österreichs raschestens beendet werden müsse. Trotzdem scheint von der Erkenntnis

bis zur Verwirklichung ein weiter Weg zu sein. Wenn wir auch im steigenden Maße politische und wirtschaftliche Unterstützung von verschiedenen Ländern erhalten, so bleibt die Fruchtbarkeit dieser Hilfe eine beschränkte durch die bürokratischen Hemmnisse, die von alliierter Seite Österreich bereitet werden.

Jene zahlreichen Ratgeber, die sich mit den österreichischen Angelegenheiten befassen, scheinen insbesondere eine Grundtatsache zu übersehen, nämlich, daß in diesem Land seit über tausend Jahren ein geordnetes Staatswesen existiert, das noch alle schweren Zeiten und Krisen glücklich überstanden hat. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Wir möchten deshalb denen, die es gut meinen, zurufen: Versucht nicht, den Österreichern beizubringen, wie sie sich in den Dingen des Alltags einrichten sollen! Die Wertschätzung für Euch kann dadurch nur ansteigen!

Im Westen hat man aber zum mindesten begonnen, sofort die Kriegsgefangenen nach Österreich zu repatriieren. Allen voran Frankreich, das am schnellsten die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen begonnen und zu Ende geführt hat. Wir alle wissen, was es für die betroffenen Familien bedeutet, wenn sie, sei es auch unter schwierigen Umständen, wieder vereint sind. Es bleibt uns nur zu hoffen, daß diese erste und selbstverständliche Konsequenz der Befreiung nunmehr beschleunigt auch in allen Ländern gezogen wird, in denen sich noch österreichische Kriegsgefangene befinden. (Starker allgemeiner Beifall.)

Während in den ersten Monaten nach der Besetzung Österreichs durch alliierte Truppen Rußland wichtige Hilfe für die Ernährung Wiens und Niederösterreichs geleistet hat, wurde später diese Hilfe in bedeutendem Umfange von der internationalen Organisation der UNRRA und schließlich von den Vereinigten Staaten und Großbritannien übernommen. Wenn es uns gelungen ist, das österreichische Volk zwar nicht vor dem Hunger, aber wenigstens vor dem Verhungern zu bewahren, so danken wir dies sicherlich zum bedeutenden Teil dieser großzügigen Hilfe. Aber das darf auch auf der anderen Seite nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gegenwart der Besatzung in Österreich die Entfaltung der produktiven Kräfte des Landes ganz beträchtlich eingeschränkt hat und damit der Versorgung aus eigener Kraft im Wege gestanden ist. (Zustimmung.)

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß wir russischerseits in Moskau in einigen Fragen wertvolle Unterstützung erhalten haben.

Außenminister Molotow hat mir bei einer Unterredung erklärt, daß er von sich aus alles tun werde, den Abschluß des österreichischen Vertrages in Moskau zu erleichtern. Anlässlich meines Abschiedsbesuches erklärte Außenminister Molotow nochmals, daß er es sehr bedauere, daß die notwendige Einigung nicht schon in Moskau zustande gekommen sei.

Gegenüber diesen eindeutigen Erklärungen versucht nunmehr eine gewisse Propaganda, die Sache so darzustellen, als ob die Sowjetunion überhaupt gar nicht die Absicht gehabt habe, einen Vertrag zu schließen, weil sich in Österreich eine westlich orientierte Regierung am Ruder befinde. Wir haben keinerlei Grund anzunehmen, daß diese Darstellung etwa auf vertraulichen Informationen beruht, die der österreichischen Regierung nicht zugänglich sind, sondern daß sie einfach einem parteipolitischen Manöver entspringt, um die Verzögerung beim Abschluß des Staatsvertrages für Parteizwecke auszunutzen. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Freilich kann man eine solche Propagandapolitik nur eine sehr kurzsichtige nennen. Würde diese Verzerrung eines einfachen Sachverhaltes in der Welt Glauben finden, so wäre es wohl die schlimmste Torpedierung, die gegen die friedliche Entwicklung der Völker gerichtet wurde. Sie würde auch gleichzeitig die Außenpolitik einer großen Nation diskreditieren. Eine Erklärung, daß die Besetzung eines Landes aufrechterhalten würde, bis die aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung durch eine andere ersetzt ist, wäre ja eine Kriegserklärung an den gesunden Menschenverstand. Eine solche Propagandakeule wäre allerdings gleichzeitig auch ein Bumerang, der leicht auf die Köpfe seiner eigenen Erfinder zurückfallen könnte. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Gewiß haben die Auseinandersetzungen um das deutsche Eigentum unsere Beziehungen zur Sowjetunion nicht verbessert. Aber nirgends hat sich klarer als in den letzten Verhandlungen gezeigt, wie richtig die Politik der österreichischen Regierung war, sich nicht gegen den Willen der einen Mächtegruppe auf endgültige Verhandlungen mit einer anderen einzulassen, weil damit der Abschluß eines Staatsvertrages und die Neuordnung unserer internationalen Stellung nicht um einen Tag früher kommen wird.

Das Potsdamer Abkommen ist zwischen drei Weltmächten abgeschlossen worden. Es ist selbstverständlich, daß es Aufgabe dieser drei Weltmächte ist, sich über seine Anwendung einig zu werden. Wir haben immer

erklärt, daß wir nach Klärung des juristischen Sachverhaltes selbstverständlich jederzeit bereit sind, die Tatsachen des alliierten Besitzes in Österreich in das System der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen einzubeziehen und es für beide Seiten fruchtbar zu gestalten.

Es ist bekannt, daß sich in einer Reihe von sowjetrussischen Zeitungen Angriffe gegen die österreichische Regierung und gegen die von ihr geführte Politik finden. Man darf allerdings die Vermutung aussprechen, daß die Quelle dieser Angriffe vielfach in Verleumdungen von österreichischer Seite zu suchen ist. (Zustimmung.)

Hiezu muß einiges festgestellt werden: Die im Amte befindliche Regierung hat ihre Macht nicht usurpiert, sondern hat sie aus den Händen des Volkes in einer freien und geheimen Volkswahl erhalten, deren wahrhaft demokratischer Charakter sich in der Welt sehen lassen kann. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) In der österreichischen Demokratie entscheidet aber nun einmal die Mehrheit der Stimmzettel und nicht der Herrschaftsanspruch einer Minderheit, mag er sich auch mit noch so großer Lautstärke kundgeben. (Neuerlicher Beifall.)

Naturgemäß ist Österreich mit dem Westen verbunden durch das gemeinsame System der inneren Ordnung, eben der Mehrheitsentscheidung aller Bevölkerungsschichten. Diese unumstößliche Grundtatsache wird keine österreichische Regierung aus der Welt schaffen können, wenn sie sich nicht eines Verfassungsbruches schuldig machen will. Österreich kann wohl ein Transitland des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches sein, aber keine Brücke, über die die eine oder die andere Ideologie marschiert, um ihren Herrschaftsbereich zu erweitern. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Es kann allerdings genau so wenig ein Brückenkopf irgendwelcher imperialistischer oder ideologischer Bestrebungen sein. Uns ist es völlig gleichgültig, nach welchen Prinzipien östlich und westlich von uns die Völker ihre Verfassungen zu konstituieren gedenken, sofern sie dasselbe Prinzip der Nichteinmischung auch auf Österreich anwenden. Wie könnten wir der Vorposten eines Westblocks sein, der als solcher nur in journalistischen Diskussionen existiert? Wir sind noch viel weniger ein Vorposten des amerikanischen Kapitals, schon aus dem einfachen Grunde, weil ein Vorposten dort nicht existenzfähig ist, wo das Zwischenland in keiner Weise dem amerikanischen Einfluß unterliegt. Wir wären allerdings Narren, wenn wir die Hilfe nicht dort nehmen wür-

den, wo sie zu finden ist und wo sie uns ohne politische Bedingungen angeboten wird. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Unser Wille ist die Freundschaft mit allen auf der Basis der gegenseitigen Achtung und der völligen politischen Unabhängigkeit.

Eines möchten wir allerdings mit aller Entschiedenheit klarmachen: der oberste Wert, den wir zu verteidigen gedenken, ist gerade diese politische Freiheit und die politische Unabhängigkeit. Wer glaubt, daß das österreichische Volk durch Hunger zermüht und durch die fortgesetzten Entbehrungen reif gemacht ist, seine Freiheit zugunsten einer Diktatur aufzugeben, unterschätzt die moralischen Kräfte, die im österreichischen Volke wohnen. (Großer Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wir sind entschlossen, unseren Weg ohne Rücksicht auf Verzögerungen oder Rückschläge unbeirrbar fortzusetzen. Wir sind auch der unbedingten Überzeugung, daß Österreich durch seine Lage, durch seine kulturelle Tradition und durch die menschlichen Sympathien, die es in der Welt genießt, immer auf die Hilfe der gesamten Welt rechnen kann, solange es selbst entschlossen ist, seine Freiheit zu verteidigen.

Der Ausgang in Moskau war für das österreichische Volk eine große Enttäuschung; aber eine Enttäuschung, die uns nur noch mehr beweist, daß der Wiederaufstieg Österreichs in erster Linie auf der Entschlossenheit und Kraft der Österreicher selbst beruhen wird. Moskau ist für uns gerade deshalb eine Enttäuschung, weil es einmal mehr gezeigt hat, daß der Friede, der jetzt gestaltet wird, allzusehr die Geduld in Anspruch nehmen wird, mit der die betroffenen Völker Entbehrungen ertragen.

Die Völker warten, aber die Verantwortlichen haben es nicht so eilig. Wenn wir uns den fortschreitenden Prozeß der Vereinigung der Nationen als einen Ausbau der internationalen Demokratie vorstellen, so befinden wir uns heute sozusagen in der Periode des Dreiklassenwahlrechts. Moskau war ein weiterer Beweis dafür, daß diese Methode nicht die beste zur Lösung internationaler Probleme ist. Ist einmal erst diese Erkenntnis allgemein geworden, so wird die Welt von selbst zu einem besseren System fortschreiten müssen.

Wir selbst werden entschlossen und zäh an der Er kämpfung unserer Souveränität weiterarbeiten. Geleitet wird unsere Politik dabei ausschließlich bleiben von den Interessen Österreichs. Wir sind keine Freunde der Alleinherrschaft einer Macht, ob diese im Westen oder ob sie im Osten steht. Wir sind

deshalb bereit, unseren redlichen Anteil am Aufbau der Zusammenarbeit der Völker zu leisten, und harren zur Bekräftigung dieses unseres Entschlusses nur auf den Tag, an dem wir statt zur Befreiung besetzt von der Besetzung befreit sein werden. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Der politische Fortschritt Österreichs kann nicht durch kraftloses Schwanken auf krummen Kursen erreicht werden, sondern nur in kontinuierlicher Verfolgung der österreichischen Interessen. Dazu haben wir vom Volke das Mandat erhalten, und wenn die Zeit kommen wird, werden wir dieses Mandat vom österreichischen Volke neuerdings bestätigen lassen.

Ich habe die tiefe innere Überzeugung, daß jene Parteien, die in diese freien Volkswahlen unter der Parole „Österreichs Freiheit“ eintreten, einen überwältigenden Sieg davontragen werden. (Starker, langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Österreichischen Volkspartei.)

Präsident: Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abgeordnete Ingenieur Raab zum Worte gemeldet.

Abg. Ing. Raab: Ich beantrage, über die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten sofort die Debatte zu eröffnen.

*

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Fischer: Hohes Haus! Das österreichische Volk hatte gehofft und wir alle hatten erwartet, daß die Herren Minister Dr. Gruber und Dr. Krauland aus Moskau mit dem Staatsvertrag zurückkehren werden. Der Staatsvertrag bedeutet für uns eine Notwendigkeit. Wir brauchen ihn dringend. Wir brauchen dringend das Ende der ausländischen Bevormundung und den Beginn einer ungeteilten österreichischen Verantwortung. Wir sehnen den Tag herbei, an dem kein fremder Soldat mehr auf unserer Erde steht, an dem keine Militärpolizei und kein Militärgericht mehr das österreichische Volk beunruhigen, an dem kein Alliiertes Rat sich in die österreichischen Angelegenheiten einmisch, an dem keine Zonengrenzen den Boden Österreichs zerreißen, den Tag, an dem endlich der letzte österreichische Kriegsgefangene in die Heimat zurückkehrt. Für uns alle ist also der Staatsvertrag weit mehr als ein staatspolitisches Dokument, er ist für uns eine Lebensfrage.

Der Staatsvertrag ist nicht fertig geworden. Wir müssen uns daher die Frage stellen: Wo

liegen die Ursachen? Warum die neuerliche Verzögerung, die neuerliche Verschleppung? Nach der Berichterstattung der verschiedenen Zeitungsagenturen aus Moskau war es geradezu unmöglich, ein klares Bild über die Vorgänge in Moskau zu gewinnen. Die verschiedenen Agenturen haben einander so widersprochen, daß man nur mit Mühe und Not so halbwegs einige Linien zu erkennen vermochte. Ich muß feststellen, daß auch nach dem Bericht des Herrn Außenministers, der in der ersten Hälfte seiner Berichterstattung als Außenminister, in der zweiten Hälfte aber als Agitator gesprochen hat, keinerlei Klarheit über die wirklichen Vorgänge in Moskau zu gewinnen war.

Wir alle hatten den Eindruck — ich glaube, dieser Eindruck war nicht unbegründet —, daß man eigentlich unmittelbar vor einer Vereinbarung, unmittelbar vor dem Zustandekommen des Vertrages stand, als sich plötzlich im letzten Augenblick irgendwelche Hindernisse, irgendwelche Schwierigkeiten ergeben haben, so daß die Beratungen dann mehr oder minder ergebnislos endeten.

Wir sind uns der ernsten Gegensätze zwischen den Großmächten wohl bewußt, wissen aber, daß die Österreicher nichts dazu beitragen können, die großen weltpolitischen Fragen irgendwie anders zu gestalten. Wir wissen, daß seit dem Tode des großen Präsidenten Roosevelt eine solche Änderung in der Lage eingetreten ist, daß sich heute zwei riesige Blöcke gegenüberstehen, ein Block, dessen Zentrum sich in Wallstreet in den Vereinigten Staaten von Amerika befindet, und ein Block, dessen Zentrum in Moskau liegt.

Ich wiederhole, wir sind ein viel zu kleines Land, ein viel zu kleines Volk, um daran etwas ändern zu können, aber um so mehr wäre es die Aufgabe unserer Politik, alles zu tun, um Österreich aus diesen weltpolitischen Gegensätzen herauszuhalten. Wir dürfen nicht auf die Gegensätze der Weltmächte spekulieren, vielmehr müssen wir alles tun, um in der Frage Österreichs eine Verständigung nicht zu erschweren, sondern sie zu erleichtern. Wenn wir auch ein kleines Volk und ein kleines Land sind, so müssen wir nicht lediglich Objekt der Politik sein, sondern hätten durchaus die Möglichkeit, in der Mitte dieser beiden Blöcke durch eine sehr kluge, wohlverwogene und weitblickende Politik die Interessen Österreichs besser wahrzunehmen, als es bisher geschah.

Ich möchte zu Beginn eine Frage stellen, die mir zwar nicht als eine der Hauptfragen, aber doch symptomatisch erscheint: Warum war Österreich in Moskau nur durch zwei

Minister einer einzigen österreichischen Partei vertreten? Vom Herrn Außenminister wurde erklärt, daß sich Paßschwierigkeiten ergeben hätten und daß die Bewilligung für die Ausreise der Delegation nicht erteilt worden sei. Meine Damen und Herren! Es ist meine tiefste Überzeugung, bei einem energischen Nachdruck in dieser Frage wäre eine solche Bewilligung zu erlangen gewesen. (Widerspruch.)

Es ist immerhin auffallend, daß in London bei den Vorberatungen, in denen keinerlei Entscheidungen gefallen sind, die Vertreter aller Parteien anwesend waren, während in Moskau die Vertreter einer einzigen Partei unter sich allein waren. Ich halte das für keine überwältigend wichtige Frage; aber ich kann mir vorstellen, wenn solche Länder, in deren Regierungen die Kommunisten die stärkste Partei sind, irgend etwas in den Vereinigten Staaten von Amerika erreichen wollten, dann würden sie schon allein aus psychologischen Erwägungen nicht ausschließlich Kommunisten nach Washington schicken, sondern Wert darauf legen, daß auch die Vertreter anderer Parteien anwesend sind. (Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe.) So ist nun sehr, sehr schwer festzustellen, was sich in Moskau wirklich zugegetragen hat; jedenfalls aber liegt die Verantwortung auf den Schultern der beiden Minister, die einer einzigen Partei angehören.

Mir scheint diese Frage nur ein Symptom für eine viel ernstere, für eine viel weitergehende Problematik. Es wurde hier wiederum mit Worten bestritten, daß die verantwortlichen Staatsmänner eine Politik der einseitigen Westorientierung betreiben. Wer mit etwas feinerem Ohr den heutigen Bericht des Herrn Außenministers angehört hat, konnte diese Westorientierung deutlich heraushören. Diese einseitige Westorientierung ist eine Tatsache; wir müssen nur die Frage stellen, ob sie uns bisher den Erfolg gebracht hat, den man sich offenbar auf manchen Seiten davon versprochen hat.

Was war der Beweggrund dieser Politik der Westorientierung? Es war die Hoffnung, daß es mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika gelingen werde, durch einen starken Druck die Sowjetunion zurückzudrängen und ihr sozusagen mit der Faust auf dem Tisch gewisse Forderungen abzutrotzen. Die Beratungen in Moskau waren zweifellos eine solche große Kraftprobe. Bei den Beratungen in Moskau hat man diesen Versuch auf die Spitze getrieben, im letzten Augenblick mit der Faust auf dem Tisch irgend etwas zu erreichen. Das Ergebnis müßte jeden denken-

den Politiker belehren: je mehr man auf die Sowjetunion losschlägt, desto härter wird sie. Das Ergebnis war, daß die Sowjetunion im letzten Stadium der Verhandlungen härtere Forderungen in der Frage des deutschen Eigentums gestellt hat als je zuvor.

Ich glaube also feststellen zu können, daß diese Politik der einseitigen Orientierung auf die Vereinigten Staaten von Amerika, deutlicher gesagt, auf das amerikanische Großkapital, in Moskau Schiffbruch erlitten und uns keinerlei Ergebnisse gebracht hat. Ich vermag nun nicht recht einzusehen, wie die Dinge weitergehen sollen, falls man sich entschließen sollte, diese Politik dennoch fortzusetzen. Glauben Sie im Ernst, daß das, was in Moskau jetzt nicht gelung ist, nämlich aus einem solchen Aneinanderprallen der Weltblöcke Zugeständnisse zu erlangen, in den nächsten Wochen oder Monaten gelingen könnte? Glauben Sie, daß die Sowjetunion nach der diesjährigen Ernte politisch schwächer sein wird, als sie es vor der Ernte war? Ich glaube, alle solche Spekulationen wären auf Sand gebaut; falls man diese Politik fortsetzen würde, wäre der Abschluß des Staatsvertrages vielleicht ins Ungewisse und Unbestimmte hinausgeschoben.

Die Großmächte haben — leider — Zeit. Die Großmächte können warten. Für sie ist es keine entscheidende Frage, ob in Österreich noch so und so lange die Besetzung fort-dauert oder nicht. Aber Österreich, wir, wir haben keine Zeit. Für Österreich bedeutet jeder Zeitverlust einen außerordentlichen Verlust an wirtschaftlichen und politischen Gütern, denn diese Dinge werden ja auf dem Rücken unseres Volkes ausgetragen. Wir haben also das brennende Interesse daran, alles zu tun, um den Abschluß des Staatsvertrages zu beschleunigen, damit wir endlich die wirkliche, volle Souveränität Österreichs erringen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf eine weitere Tatsache hinweisen. Man soll doch nicht Außenpolitik auf Grund einer augenblicklichen, aber vorübergehenden Situation in Europa machen, dieser Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit, wo fremde, nichteuropäische Armeen in Europa stehen, wo alle Dinge noch ungeklärt und unkonsolidiert sind. Die fremden Armeen werden früher oder später nicht nur aus Österreich, sondern auch aus Europa weggehen. Sie haben es leider nicht sehr eilig. Italien hat seit vielen Monaten einen unterzeichneten Friedensvertrag, aber die Besatzungstruppen zeigen keinerlei Lust, sich aus Italien zu entfernen; eine der Besatzungsmächte hat kürzlich erklärt, sie müsse zum Schutze der ita-

lienischen Unabhängigkeit noch länger in Italien verbleiben. Wir sehen also bei den Besatzungsmächten kein sehr großes Bedürfnis abzuziehen. Aber schließlich und endlich wird der Tag kommen, da sich alle diese fremden Soldaten aus Europa entfernen werden. Aber, meine Damen und Herren, die Völker bleiben! Unsere Nachbarschaft wird die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Polen und schließlich und endlich die Sowjetunion bleiben.

Wir müssen, wenn unsere Außenpolitik Ergebnisse haben soll, die weitere Entwicklung berücksichtigen. Wir müssen berücksichtigen, daß wir ein gutes Zusammenleben, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit all diesen Nachbarvölkern benötigen. Denn schließlich und endlich kann keine Politik die geographischen und geschichtlichen Gegebenheiten eines Landes und eines Volkes hinwegfegen.

Ich möchte nun im Lichte dieser Auffassungen die Frage stellen: Welche Fragen des Staatsvertrages sind noch ungelöst und was können wir und was kann die österreichische Politik unternehmen, um die Lösung dieser Fragen zu gewährleisten und zu beschleunigen?

Ich möchte vor allem eine entscheidende Frage herausheben, die Frage unserer Kriegsgefangenen. Ich bin der Meinung, daß es uns gelingen sollte und mußte, sie aus allen politischen Fragen herauszuheben, aus ihr eine Frage der reinen Menschlichkeit zu machen, um zu erreichen, daß unbeschadet einer Verlängerung oder Verschleppung der politischen Lösungen die Kriegsgefangenen unverzüglich nach Österreich zurückkehren.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß wir durch einfache Agitation dieser Sache keinen sehr guten Dienst erweisen. Ich glaube nicht, daß sie durch agitatorische Appelle dieser oder jener Partei oder auch aller Parteien irgendwie beschleunigt wird oder daß wir dadurch tatsächlich dieses Ergebnis erreichen, dessen zehntausende Frauen und Mütter in Österreich dringend bedürfen.

Ich glaube weiter, daß hier schon manche schädigende Agitation, manche Unbesonnenheit begangen wurde. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn auf der einen Seite der österreichische Innenminister seinerzeit behauptete, 1.200.000 österreichischer Soldaten seien in Kriegsgefangenschaft geraten, und auf der anderen Seite der Herr Außenminister mit Recht erklärte, daß im gesamten Kriegsverlauf überhaupt nur 800.000 Österreicher in der deutschen Wehrmacht Dienst geleistet haben. Solche Ziffern, hinter denen ja schließlich und endlich bitteres Leid und

bittere Tränen stehen, schaden uns nicht nur außenpolitisch, sondern müssen auch bei den Frauen und bei den Müttern in Österreich eine tiefe Beunruhigung hervorrufen. Man müßte in der Wiedergabe dieser Tatsachen ganz sachlich und ganz nüchtern sein. Ich möchte darauf hinweisen, daß vor einigen Monaten die amerikanische Militärregierung in Deutschland bekanntgegeben hat, daß sie Aktenmaterial gefunden habe, aus dem hervorgeht, daß die Deutschen in der letzten Periode des Krieges anderthalb Millionen Tote nicht mehr bekanntgegeben haben. Diese anderthalb Millionen Toten figurieren als Vermißte und in der begreiflichen Hoffnung der Frauen und Mütter als Kriegsgefangene.

Man hat mich manchmal persönlich im Gespräch und auch schon in Zwischenrufen in diesem Hause gefragt: Warum tun Sie nichts dazu? Nun glauben Sie, meine Damen und Herren, doch nicht, daß hier ein Mensch oder eine Partei, auf sich selber gestellt, irgend etwas zu erreichen vermöchte. Wir haben, solange wir eine offizielle Verantwortung getragen haben, solange mein Freund Honner Staatssekretär war, ernste, offizielle und staatliche Bemühungen angestellt, um Kriegsgefangene zurückzubekommen, und es ist uns damals auch gelungen, größere Transporte von Kriegsgefangenen zurückzuführen. (Widerspruch und Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, ich glaube, hier ist kein Anlaß, zu lachen, wo es um eine so ernste Frage geht! (Ruf: Treiben Sie keine Agitation damit!)

Ich möchte hier erklären: meine Partei und ich persönlich wären außerordentlich gerne bereit, sofort alle unsere Kräfte einzusetzen, um die Rückkehr der Kriegsgefangenen zu erreichen; aber verstehen Sie doch, wir können das nicht als Privatmenschen tun und wir können dies auch nicht als Partei erreichen. (Widerspruch. — Ruf: Sie haben doch einen Minister in der Regierung!) Man hat nicht ein einziges Mal den Versuch unternommen, uns irgendwie offiziell in diese Frage hineinzuziehen. (Lebhafter Widerspruch.) Man hat nicht ein einziges Mal den Versuch unternommen, uns irgendwelche offizielle Vollmachten zu geben, um an diesen Verhandlungen teilzunehmen, obwohl dies vielleicht die Möglichkeit wäre, irgend etwas zu erreichen. (Erneute lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich möchte also feststellen, daß wir außerordentlich gerne bereit wären, was in unseren Kräften steht, dazu beizutragen, dies aber wirkungsvoll nur tun können, wenn wir eine offizielle Vollmacht dazu bekommen. (Widerspruch.

— Ruf: Sind Sie denn nicht in der Regierung?
— Der P r ä s i d e n t gibt erneut das Glockenzeichen.)

Die zweite der schwebenden Fragen ist die Frage der jugoslawischen Forderungen auf österreichisches Territorium. Wir haben schon eindeutig erklärt, und ich habe in London vor aller Öffentlichkeit diese Erklärung eindeutig bekräftigt, daß wir entschieden gegen die territorialen Forderungen Jugoslawiens sind, daß wir uns durch nichts in diesem unserem Standpunkt, in dieser unserer Stellungnahme beirren lassen, daß wir der Meinung sind, daß ein Vertrag nicht unterzeichnet werden könnte, der in der Grenzfrage irgendwelche Zugeständnisse macht. Wir sind aber gleichzeitig der Meinung, daß alles geschehen müßte, um die Beziehungen zu unserem jugoslawischen Nachbarn zu bessern und in der weiteren Entwicklung günstiger zu gestalten, daß alles geschehen müßte, um — ich wiederhole, bei klarster Ablehnung der jugoslawischen territorialen Forderungen — mit Jugoslawien zu einer Verständigung zu gelangen.

Nun die dritte, die Kernfrage, an der offenkundig die Beratungen in Moskau gescheitert sind: die viel umstrittene Frage des deutschen Eigentums in Österreich. Ich möchte einleitend vorausschicken, daß ja auch die Westmächte sehr weitgehende Kompensationsforderungen gestellt haben und daß sich offenbar ein Weg eröffnet, in zweiseitigen Verhandlungen mit den Westmächten vielleicht eine für uns mögliche und annehmbare Lösung in dieser Frage zu erlangen. Ich verstehe nun nicht, warum man hier Anhänger solcher zweiseitiger Lösungen, solcher zweiseitiger Besprechungen ist, während man in der Frage des deutschen Eigentums einen solchen Lösungsversuch hartnäckig ablehnt und nichts von zweiseitigen Beratungen und von zweiseitigen Lösungen hören will.

Mit der Frage des deutschen Eigentums, einer sehr ernsten und großen Frage, ist ungeheuer viel Agitation getrieben worden (Zustimmung), es ist ungeheuer viel verzerrt und verdunkelt worden, es sind sehr, sehr häufig die sachlichen und nüchternen Erwägungen zurückgedrängt worden durch irgendeine augenblickliche und vielleicht auch sehr wirkungsvolle Agitation. Worum handelt es sich denn wirklich nüchtern und sachlich in der Frage des deutschen Eigentums, aus der man versucht hat, die Frage von Sein oder Nichtsein des österreichischen Staates zu machen?

Wir sind durchaus der Meinung, daß es die günstigste aller Lösungen wäre, sämtliche entscheidenden Industrien in Österreich,

gleichgültig, ob sie deutsches Eigentum waren, ob sie sonst ausländisches Eigentum sind oder ob sie irgendeinem großen österreichischen Kapitalisten gehören, in die Hände des österreichischen Volkes selber zu legen, also das österreichische Volk zum Eigentümer solcher Industrien zu machen. Wir sind der Meinung, daß eine wirkliche, eine ernste Verstaatlichung der gesamten entscheidenden Industrien in Österreich die anzustrebende Lösung ist, eine Lösung, die zweifellos auch irgendwann erreicht werden wird. Was wir anstreben, ist aber eine wirklich ernste Verstaatlichung, die wirklich die Garantien gibt, daß diese Unternehmungen, diese Industrien, dauernd in der Hand des österreichischen Volkes bleiben, nicht aber in irgendwelche andere Hände gespielt werden, eine Verstaatlichung, die keinerlei Hintertüren offen läßt, um das ausländische Kapital auf diesem oder jenem Wege wieder hereinzunehmen und heute zu erklären, wir verstaatlichen dieses Unternehmen, um es morgen oder übermorgen irgendeiner ausländischen Kapitalgruppe zu übergeben; schließlich und endlich eine Verstaatlichung, deren Ernst dadurch garantiert wird, daß sie nicht von einem Minister durchzuführen ist, der sich selbst als Feind dieser Verstaatlichung und dieser Planwirtschaft vorgestellt hat. (Abg. Mühlner: Ihrer Verstaatlichung und Ihrer Planwirtschaft!) Eine solche Verstaatlichung hingegen ist keine ernste Garantie dafür, daß die Unternehmungen wirklich in den Händen des österreichischen Volkes bleiben.

Erinnern Sie sich nur an die beiden unzulänglichen Verstaatlichungsgesetze, die wir beschlossen haben. In dem 1. Verstaatlichungsgesetz wurden sorgfältig jene Industrien und Unternehmungen ausgenommen, die sich in den Händen ausländischer Kapitalisten befinden oder an denen ausländisches Kapital interessiert ist, während alle jene Unternehmungen, die von der Sowjetunion beansprucht wurden, in die Liste aufgenommen wurden. Erinnern Sie sich an das 2. Verstaatlichungsgesetz, wo die Hintertür offen gelassen wurde, die es ermöglichen soll, ausländisches Kapital sogar als Mehrheit in die verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft hineinzubringen. Der heftige Kampf, den die Volkspartei damals geführt hat, beweist, daß es dabei nicht um platonische Dinge, sondern um schwerste Pläne geht. (Beifall bei der Linken.) Das also ist keine Verstaatlichung, die eine echte, wirkliche Garantie der Sicherheit, der Unabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft zu sein vermag.

Wir stehen also der Tatsache gegenüber, daß ausländisches Kapital, daß ausländische

Kräfte an der österreichischen Wirtschaft beteiligt sind und in die österreichische Wirtschaft hereinspielen, und ich habe die Befürchtung, daß diese Verflechtungen der österreichischen Wirtschaft mit dem ausländischen Kapital in der nächsten Zeit auch noch zunehmen werden. Nun vermag ich aber grundsätzlich nicht einzusehen: Wenn man sich mit einer Selbstverständlichkeit damit abfindet, wenn man es sozusagen als gottgewollt betrachtet, daß ausländisches Kapital in reichem Maße an der österreichischen Wirtschaft beteiligt wird, warum soll dann gerade die Beteiligung der sozialistischen Sowjetunion an der österreichischen Wirtschaft eine nationale Katastrophe für Österreich bedeuten? Ich würde diese Gegenüberstellung nicht verstehen, wenn dahinter eben rein sachliche, rein nüchterne, nicht aber andere Erwägungen stünden.

Ich bin ferner der Meinung, daß, wenn wir die Dinge sachlich und nüchtern betrachten, nicht die Frage dieser oder jener Besitzrechte das schlechthin Entscheidende ist — das heißt natürlich nicht, daß es eine unwichtige Frage ist —, sondern als das schlechthin Entscheidende erscheint mir, daß man erreichen muß, daß alle Betriebe, die in Österreich sind, auch in Österreich bleiben, daß alle diese Betriebe zu voller Kapazität gelangen und produzieren für die Bedürfnisse des österreichischen Volkes (Zwischenrufe) im Rahmen einer österreichischen Wirtschaftsplanung, über die wir leider noch nicht verfügen, und daß sie schließlich der österreichischen Gesetzgebung unterstehen. Das scheinen mir die entscheidenden Fragen zu sein. (Zwischenrufe.) Wenn man sich von Anfang an, wie es zweckmäßig gewesen wäre, auf die Lösung dieser elementar wichtigen Fragen beschränkt hätte, anstatt hier eine sehr schädliche und sehr wirkungslose Agitation zu betreiben, dann wäre es besser gewesen.

Die Erklärungen des Außenministers Molotow bekunden, daß es offenbar eine Möglichkeit gibt, die Erfüllung dieser elementaren und grundlegenden Forderungen zu erreichen, von denen Österreich nicht abgehen kann, und zu einer Verständigung mit der Sowjetunion über diese Fragen zu gelangen.

Meine Damen und Herren! Das eigentliche und wesentliche Problem der österreichischen Industrie wird schon in absehbarer Zeit nicht so sehr die Frage der Besitzrechte als vielmehr die Frage der Absatzmärkte für diese Industrie sein. Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß wir die Möglichkeit haben, einen sehr großen Industriemassstab auszu-

gestalten und eine sehr große Industrie aufzubauen, daß es aber jedem Wirtschaftler, jedem Wirtschaftsfachmann in Österreich ohne Unterschied der Parteirichtung auch klar ist, daß wir mit einem großen Teil dieser Industrie natürlich nicht im Westen die Konkurrenz mit den amerikanischen Fabrikaten aufnehmen können, sondern daß das Gedeihen, die Entwicklung und der Absatz dieser Industrie unmittelbar davon abhängen, daß wir enge wirtschaftliche Beziehungen zum Osten und zum Südosten haben, die für uns der notwendige, der gegebene Absatzmarkt sind, daß wir daher alles tun müssen, was im Interesse der Weiterentwicklung nötig ist, um diese zu garantieren und die Sicherung der österreichischen Wirtschaft zu erreichen.

Ich wiederhole: meiner Meinung nach wird dies in absehbarer Zeit die entscheidende Frage der österreichischen Industrie sein. Sehen Sie, darin haben wir — so arm wir auch augenblicklich sind und so ungeheuren Schwierigkeiten wir auch gegenüberstehen — eine außerordentlich große Chance zur Entwicklung Österreichs als Wirtschaftsmacht. Es ist meine feste Überzeugung, daß aus diesem kleinen Lande in absehbarer Zeit ein großer Industriestaat, ein aufblühender Staat werden kann. Aber jeder versteht, daß dies nur in engster Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostens und Südostens, bei einer engen organischen Zusammenarbeit mit der Planwirtschaft aller dieser Länder möglich sein wird.

Wir haben zwei Alternativen. Wir hätten die Möglichkeit, die Westorientierung konsequent fortzusetzen. Wir müssen uns aber klar sein, was dies bedeutet. Es würde bedeuten, daß in Österreich die großen Industrien in absehbarer Zeit verdorren und verderben, daß sie zugrunde gehen, daß wir dann nicht nur das hätten, was wir in der ersten Republik ständig hatten, eine chronische Krise, chronische Arbeitslosigkeit, sondern daß darüber hinaus eine der großen Industrien nach der andern stillgelegt werden würde. Glauben Sie denn, das amerikanische Kapital hat das geringste Interesse daran, daß in Österreich Automobile produziert, Traktoren, Kugellager, Maschinen usw. hergestellt werden? Es ist klar, daß das gewaltige amerikanische Industriekapital nicht das geringste Interesse daran hat.

Wir bekämen dadurch zwar die Krücke amerikanischer Kredite, würden aber als Staat zu einem armen Kleinrentner des großen ausländischen Kapitals werden. Wir würden zu einem Staat der Arbeitslosen, der Trinkgeldnehmer, der Operettenromantik,

aber nicht zu einem Staat des wirtschaftlichen Aufblühens werden, der wirklich aus seinen Möglichkeiten herausholt, was er herauszuholen vermag.

Man muß sich im klaren sein, daß man vor einer ernsten Wahl, vor einer großen Entscheidung steht. Ich bin durchaus nicht der Meinung und würde es für falsch halten, eine Politik der einseitigen Ostorientierung zu betreiben. Selbstverständlich brauchen wir die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zum Westen, aber für die entscheidende Entwicklung unserer Wirtschaft sind die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Osten und Südosten das Entscheidende.

Wir müssen weiter vor Augen haben, daß eine enge Zusammenarbeit unserer Industrie mit der Planwirtschaft, die sich in unserer Nachbarschaft entwickelt, den ungeheuren Vorteil für unsere Produktion brächte, daß unsere Industrie mit einer krisenfreien Wirtschaft verbunden wäre, mit einer Wirtschaft, die es ermöglicht, auf lange Sicht hinaus die Produktion und die Arbeit in Österreich zu garantieren, während die enge Verkoppelung der österreichischen Industrie nur mit dem Westen uns zu einem der krisenempfindlichsten aller Länder in Europa macht, wie wir es in der Vergangenheit gewesen sind.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Truman hat vor ungefähr 14 Tagen in einer alarmierenden Rede einen Appell an die amerikanischen Unternehmer gerichtet, in dem er das Heraufsteigen einer Krise in den Vereinigten Staaten von Amerika warnend vorwegnimmt. Es ist ganz klar: jede zu enge Verbundenheit mit dieser Welt der im Kapitalismus unaufhaltsamen Wirtschaftskrisen, jede zu enge und einseitige Verbundenheit mit dieser Welt würde wiederum unser Österreich noch schlimmer als in der Vergangenheit zu dem machen, was wir schon waren, zu einem elenden, armen Land, einem Herd der Unruhe und der Beunruhigung in Europa und schließlich und endlich zu dem Sumpfboden für ein neues politisches Abenteuer, für neue großdeutsche Tendenzen, für all das Verhängnisvolle, was wir in der Vergangenheit zur Genüge kennengelernt haben. Ich glaube, daß man im Licht dieser Zusammenhänge und unserer Aufgabe, Österreich emporzubringen, auch die Frage des deutschen Eigentums betrachten muß.

Wir haben meiner Meinung nach eine sehr große und günstige Chance vorbeigehen lassen. Ich glaube, viele Menschen in Österreich — auch weit über die Reihen meiner Partei hinaus — sind heute überzeugt, daß die ursprünglich vorgeschlagene Lösung:

50 Prozent österreichisch, 50 Prozent russisch, für die Betriebe, die jetzt hundertprozentig von den Russen besetzt sind, keine ungünstige Lösung gewesen wäre. Unterdessen hat sich die Situation verschlechtert, unterdessen sind viel, viel härtere Bedingungen gestellt worden. Überdies scheint es mir, daß für Österreich das Unerträglichste das Weiter-schleppen dieses Zustandes der Unklarheit ist, in der wir uns befinden, dieses Zustandes, der uns schon so viel an wirtschaftlichen, so viel an politischen Möglichkeiten gekostet hat. Aus diesem Zustand müssen wir unbedingt herauskommen.

Meine Partei hält es also für notwendig, von der Politik der einseitigen Westorientierung, die in den entscheidenden Fragen nichts gebracht hat und nichts bringen wird, überzugehen zu einer Politik der gleichmäßigen, nicht einseitigen Beziehungen zu allen Großmächten und zu allen kleineren Staaten. Wir halten es für unbedingt notwendig — und sehen keine andere Möglichkeit, aus dieser Situation herauszukommen —, in direkte Besprechungen, in direkte Beratungen mit der Sowjetmacht einzutreten und den Versuch zu unternehmen, eine vernünftige, klare und sachliche Regelung dieser Fragen in Freundschaft zu finden, auf einem Wege, der für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung und Sicherung Österreichs zweckmäßig ist.

Ein in Österreich nicht unbekannter amerikanischer General hat vor einiger Zeit erklärt, die Aufgabe sei, aus Österreich eine Bastion des Westens gegen den Osten zu machen. Ich denke, wir waren schon genug Bastion, wir waren schon genug Ostmark in unserer Geschichte; und es ist uns nicht gut bekommen, als wir zum letztenmal aus Österreich zu einer solchen Ostmark, zu einer solchen Bastion geworden sind. Ich glaube, wir müßten mit aller Entschiedenheit dieser Gefahr entgegentreten, daß Österreich irgendeine Bastion, irgendein Vorwerk dieser oder jener Gruppierung werde. Es muß uns gelingen — ich gebe zu, daß es keine leichte Aufgabe ist, daß es große staatsmännische Kunst erfordert —, Österreich zwischen den großen Blöcken unabhängig zu erhalten und seinen eigenen Weg gehen zu lassen.

Schauen Sie nach Griechenland! Das kommt heraus, wenn ein Land zur Bastion wird. Griechenland, zerfetzt vom Bürgerkrieg, durchflutet von Hungersnot, in einer grauenhaften Selbstzerfleischung, ist ein Land, das überhaupt nicht zu Ruhe und Frieden findet. Und blicken Sie in die Tschechoslowakei, ein Land, das es nach meiner Meinung ausgezeichnet verstanden hat, sich mit höchster

Klugheit zwischen West und Ost zu halten, ein Land, das aufblüht, das die Politik einer klugen, nach allen Seiten gerichteten Haltung zum Wohle des eigenen Volkes betrieben hat.

Ich werde dem Hohen Haus einen Resolutionsantrag meiner Partei vorlegen, mit dem wir die Regierung auffordern, mit der Politik der einseitigen Westorientierung endlich Schluß zu machen, endlich zu einer Politik der Orientierung auf alle Großmächte, einer Politik der Verständigung mit allen Großmächten überzugehen. In dieser Resolution wollen wir weiter die Regierung beauftragen, alle möglichen Schritte bei den Alliierten zu unternehmen, um unverzüglich den Abzug aller Truppen aus Österreich noch vor Fertigstellung des Staatsvertrages zu erreichen, um die Aufhebung der Militärpolizei und der Militärgerichtsbarkeit gegen österreichische Staatsbürger, die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Aufhebung der Zonengrenzen zu erreichen und alles das nicht abhängig zu machen von dem — ich weiß nicht, wie lange es noch dauern wird — Zeitpunkt, in dem wir endlich den Staatsvertrag haben.

Und nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir einige Worte zu einigen Sätzen aus der Rede des Herrn Bundeskanzlers, die meiner Meinung nach nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß in den letzten Tagen — ich habe mir wörtlich notiert, was er gesagt hat — kindische Mätzchen von Saboteuren und Querulanten auf der Straße unternommen wurden. Ich möchte die österreichischen Arbeiter entschieden dagegen in Schutz nehmen, daß sie hier als Querulanten und Saboteure bezeichnet werden. Der Herr Bundeskanzler hätte Gelegenheit, über die wirklichen Saboteure, über die Schleichhändler, über dieses ganze Gesindel, das den österreichischen Volkskörper vergiftet, zu sprechen. Er hätte Gelegenheit, über jene dunkle Schleichhändlerbande zu sprechen, die dem österreichischen Volk das Brot vom Munde stiehlt, die das schwere Leben des österreichischen Arbeiters noch weiter erschwert. Aber die Arbeiter von Simmering, die Arbeiter aus der Waggonfabrik und aus dem Gaswerk, die Arbeiter von Floridsdorf, Favoriten und Ottakring als Querulanten und Saboteure zu bezeichnen, das ist unerhört! (Bundeskanzler Ingenieur Figl: Lügen Sie doch nicht! — Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Das ist Demagogie!) Das haben Sie in Ihrer Rede gesagt! (Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei. — Abg. Ing. Raab: Unerhört! Eine solche Verdrehung der Tatsachen! Es waren nicht Arbeiter, sondern Schurke!)

Man will es als kindische Mätzchen bezeichnen, daß hungrige Arbeiter auf die Straße gehen, daß hungrige Arbeiter Forderungen stellen (erregte Zwischenrufe und Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei), ohne daß eine einzige Spiegelscheibe zugrunde gegangen ist, ohne daß es zu irgendwelchen Ausschreitungen gekommen ist (andauernde Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei), anstatt die Disziplin dieser Arbeiter zu bewundern, die trotz des Elends mit solcher Ruhe für ihre Rechte demonstrierten, und anstatt die Leidenschaftlichkeit und die Bereitschaft der österreichischen Arbeiter zum Wiederaufbau anzuerkennen.

Neben dem Bundeskanzleramt liegt ein Haufen Ziegelsteine, ein Haufen Baumaterial; nicht ein einziger Stein wurde geworfen, zum Unterschied von so manchen Demonstrationen der Vergangenheit. Bei der Disziplin der österreichischen Arbeiter in einer so schwierigen Situation halte ich es für unmöglich, solche demonstrierende Arbeiter als Querulanten und Saboteure zu bezeichnen! (Abgeordneter Müller: Die Drahtzieher sind die Querulanten! Das sind ihre Leute!)

Ich will nun über die Drahtzieher sprechen. Es wurde in einigen Zeitungen erklärt, daß mit diesen Demonstrationen offenkundig beabsichtigt wurde, die Alliierten zu provozieren und herauszufordern. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es keineswegs notwendig war, daß auch nur ein alliierter Polizist in den Straßen erschien. Die Ruhe und Ordnung ist nirgends gestört worden, nirgends war irgendeine gefährliche Situation! (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten. — Abg. Müller: Das ist doch die Höhe! Für diese Leute ist das die Ordnung. — Präsident Böhm, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.) Die tatsächlich herausfordern wollten, die wollten, daß es hier zu Zusammenstößen kommt, das waren jene Minister, die zwar viel von Souveränität sprechen, sich aber in dieser Situation mit dem Ersuchen an die Alliierten gewendet haben, interalliierte Militärpolizei gegen österreichische Arbeiter, gegen das österreichische Volk aufzubieten! (Ruf bei den Sozialisten: Das ist eine Lüge! — Abg. Müller: Das ist eine Verdrehung! — Abg. Widmayer: Das waren Griechen!) Das scheint uns die wirkliche Herausforderung zu sein. Das scheint uns unvereinbar zu sein mit der Verteidigung der Souveränität Österreichs! (Abg. Dr. Koref: Sie sprechen wie gewöhnlich gegen Ihr besseres Wissen! — Andauernde Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Ich habe versucht, in den Fragen unserer außenpolitischen Orientierung mit nüchternen, sachlichen Argumenten für unsere Linie einzutreten. (Ironische Heiterkeit. — Abg. Ing. Raab: Nüchtern und sachlich wie Eure Ordnung!) Ich weiß, daß Sie häufig Lust haben, über Schicksalsfragen Österreichs zu lachen. (Lebhaftes Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei. — Abg. Prinke: Ist das keine Demagogie?) Ich weiß, daß diese Argumente auf die Parteivorstände wenig, wahrscheinlich keinen Einfluß haben werden. Aber ich weiß ebenso, daß es in den Reihen des österreichischen Bürgertums sehr ernste Menschen gibt, die mit wachsender Beunruhigung diese Außenpolitik Österreichs verfolgen, die mit wachsender Beunruhigung sehen, wie viele Chancen hier verlorengehen. (Erneute Zwischenrufe.) Ich weiß ebenso, daß in den Reihen der österreichischen Arbeiterschaft die Beunruhigung über die bisherige Außenpolitik, über die Erfolglosigkeit dieser Außenpolitik und über die einseitige Orientierung auf das amerikanische Kapital wächst.

Es ist meine feste Überzeugung, daß das österreichische Volk sein Schicksal selbst in die Hand nehmen (dauernde Unruhe — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen) und eines Tages darüber entscheiden wird, den bisherigen Weg nicht weiterzugehen, sondern einen Weg einzuschlagen (neuerliche lebhaftes Zwischenrufe), der aus Österreich das macht, was es sein kann, ein Land des Friedens und des Wohlstandes, ein blühendes, starkes Industrieland mitten in einer neuen Welt der Planwirtschaft!

Da wir nach der Geschäftsordnung Anträge nur einbringen können, wenn sie genügend unterstützt sind, bin ich genötigt, unsere beiden Anträge hier zur Verlesung zu bringen (liest):

„Der Nationalrat nimmt mit tiefstem Bedauern zur Kenntnis, daß die Minister Dr. Gruber und Dr. Krausland ohne positives Ergebnis von der Konferenz der Außenminister zurückgekehrt sind. Der Nationalrat stellt fest, daß die beiden Minister in Moskau nicht alle Möglichkeiten zur Erlangung eines Staatsvertrages ausgenutzt haben, sondern die Politik der einseitigen Orientierung auf eine der vier Großmächte fortsetzen. Das Ergebnis der Moskauer Konferenz hat überzeugend bewiesen, daß diese Politik der einseitigen Orientierung völlig Schiffbruch erlitten hat. Der Nationalrat fordert, daß mit dieser Politik nun endlich Schluß gemacht wird und daß an ihre Stelle eine österreichische Politik tritt, die nicht auf Gegensätze zwischen den Großmächten spekuliert, sondern die Verständigung mit allen anstrebt.“

Der Nationalrat fordert, daß über die Frage des deutschen Eigentums unverzüglich direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen werden, da nach allen Erfahrungen nur dadurch ein Erfolg für Österreich zu erzielen ist.

Der Nationalrat fordert ferner, daß die Regierung unverzüglich die notwendigen Schritte unternimmt, um von den alliierten Mächten noch vor dem Abschluß des Staatsvertrages zu erreichen:

den vollständigen Abzug der Besatzungstruppen und der alliierten Militärpolizei;

Aufhebung der Militärgerichte gegen österreichische Staatsbürger;

Rückkehr der österreichischen Kriegsgefangenen;

die rascheste Entfernung aller versetzten Personen aus Österreich;

die Beseitigung jeglicher Zonenbeschränkung;

die Aufhebung sämtlicher Militärregierungen, unter welchem Titel immer sie fungieren mögen;

die volle Beseitigung jeder Beschränkung der österreichischen Souveränität im Verkehr mit den anderen Staaten;

die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Kontrolle.

Der Nationalrat verlangt gleichzeitig, daß nunmehr entschlossen an die Lösung der brennenden wirtschaftlichen Probleme in Österreich herangegangen wird, daß die Regierung alles tut, um die eigenen Kräfte des Landes zur Überwindung der größten Schwierigkeiten einzusetzen und die egoistischen Sonderbestrebungen einer kleinen Schichte, die aus der Not des Volkes Gewinn zieht, auszuschalten.“

Der zweite Entschlußungsantrag lautet (liest):

„Der Nationalrat wendet sich in aller Schärfe dagegen, daß verantwortliche Minister der österreichischen Regierung alliierte Militärpolizei gegen die Wiener Arbeiterschaft anfordern und dadurch eine direkte Einmischung der Alliierten in innerösterreichische Angelegenheiten herausfordern. Diese Haltung steht im krassen Widerspruch zu dem wiederholt feierlich vom Nationalrat ausgedrückten Wunsch nach voller Souveränität Österreichs und dem Verlangen des österreichischen Volkes nach der raschesten Beendigung der ausländischen militärischen Besetzung Österreichs.“

Präsident Böhm stellt zu den beiden Anträgen die Unterstützungsfrage. Der erste Antrag wird genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung; der zweite Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Abg. Speiser: Hohes Haus! Es sind nun neun Jahre vergangen, seitdem Österreich von Hitler überfallen wurde, es sind zwei Jahre vergangen, seit Österreich von der Hitlerherrschaft befreit wurde. An dem Tage, an dem wir konstatieren müssen, daß wir nach diesen zwei Jahren noch immer keinen Staatsvertrag haben und noch immer kein wirklich freies und unabhängiges Land geworden sind, ziemt es sich wohl, daran zu denken, was wir damals vor zwei Jahren, im März, im April und im Mai des Jahres 1945 gefühlt haben, was damals die Herzen des österreichischen Volkes bewegt hat. Wir waren überzeugt, daß wir bald eingereiht werden in die Reihe der Vereinten Nationen, und die Sender aus London und Moskau und die „Stimme Amerikas“ haben es uns verkündet: Österreich wird ein freies Land sein, Österreich wird unabhängig sein! Das dachte der Mann auf der Straße. Was aber denkt er heute? Was denkt er nach London und was denkt er nach Moskau? Wir Österreicher haben schon auf London gehofft und haben schon damals erwartet, daß wir den Staatsvertrag bekommen werden. Die drei Parteien in der Regierung haben damals Männer, Volksvertreter, nach London geschickt, und man fragte sich in Österreich: Wann wird der Staatsvertrag nun endlich gemacht? Wird in London die österreichische Frage erledigt? Können wir nun endlich beginnen, als ein freies Volk eine gute Wirtschaft nach unseren eigenen Notwendigkeiten aufzubauen? Das brennende Interesse Österreichs wendete sich schon London zu.

Die erste Entscheidung kam. Nur wenige Fragen wurden in London erledigt; die entscheidenden Fragen wurden auf Moskau verwiesen. Nach eineinhalb Jahren der Befreiung sah der Mann auf der Straße noch immer keine Freiheit, keine selbständige Wirtschaft, noch keine sichere Grenze, noch immer den Streit der Großen um Österreich. Umsomehr warteten die Österreicher auf Moskau, und alle verschlangen während der Moskauer Tagung die Nachrichten in den österreichischen Zeitungen. Alle fragten: Wann kommen wir dran? Wann werden den beiden im Auftrage der gesamten Regierung verhandelnden Ministern die Parteivertreter nachgeschickt werden? Wird uns nun endlich in Moskau das, was uns wirklich gebührt, gegeben werden? Wann

bekommen wir den Staatsvertrag? Das war wahrlich eine Nervenprobe für das österreichische Volk. Und das Ergebnis? Viele Fragen von 'geringerer oder größerer Bedeutung wurden erledigt. Aber als schwersten Schlag haben wir es empfunden, daß Österreich in Moskau durch die vier verhandelnden großen Nationen doch als ein halb-schuldiger Staat erklärt wurde. (Zustimmung.) Diese Kennzeichnung Österreichs empfinden wir, mit Rücksicht auf jene Opfer, die hier in Österreich an Gut und Blut von denen erbracht wurden, die sich gegen das Hitlerregime gewendet haben, mit dem tiefsten Bedauern und mit größtem Schmerz. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Wir bedauern es, daß diese Kennzeichnung Österreichs erfolgt ist. Wir wissen, wie schwer sich diese Kennzeichnung bei den Verhandlungen in Moskau ausgewirkt hat und wie schwer sie sich vielleicht bei den Schlußverhandlungen auswirken wird.

Nach den Berichten, die wir in den Zeitungen gelesen haben, und nach dem Bericht, den wir heute vom Herrn Außenminister vernommen haben, gibt es noch vier Fragen, die offen geblieben sind. Darunter ist wohl die allerbedeutendste die, daß auch nach diesen Verhandlungen die österreichischen Grenzen noch immer nicht gesichert sind. Wir haben Südtirol noch nicht zurückbekommen, aber noch immer wird uns Kärnten bestritten. Nein! Wir, die Sozialistische Partei, erklären am heutigen Tage: Wir werden niemals zustimmen, daß ein Stück von Kärnten oder ein Stück von Österreich geopfert wird! (Stürmischer allgemeiner Beifall.)

Jugoslawien verlangt noch immer die Wiedergutmachung von Schäden, die Deutschland und nicht Österreich angerichtet hat. Die Entschädigungen für durch die Hitlerei in Österreich geschädigte Staatsbürger der Vereinten Nationen könnten uns in untragbarer Höhe auferlegt werden, wenn die Westmächte darauf bestehen.

Die größte Frage, die heute in der Debatte hier schon vielfach eine Rolle gespielt hat, ist die der Heranziehung des deutschen Eigentums in Österreich zu Reparationen, die Deutschland schuldet. Diese Lebensfrage der österreichischen Wirtschaft ist in Moskau ungelöst geblieben. Sie liegt noch vollständig im Dunkeln. Als die Moskauer Konferenz beendet war, als keine Parteienvertreter aus Österreich nach Moskau berufen wurden, als Gruber und Krauland mit Verhandlungsergebnissen zurückkehrten, wie wir sie heute wieder gehört haben, als weitere Verhandlungen in einer Sonderkommission für den 12. Mai in Wien angekündigt wur-

den, als Österreich wieder — ich weiß nicht, auf den September oder November — getröstet wurde, da war die zweite große Enttäuschung des österreichischen Volkes da: wieder viele Monate, und dann erst wieder die Ratifizierung der Verträge, dann erst der Abzug der Truppen, auf viele Monate hinausgezogen. In welchem Wirtschaftszustand, so fragt sich das Volk von Österreich, wird Österreich am Ende dieses Leidensweges sein? Jetzt schon sind die militärischen Lasten für Österreich unerträglich, jetzt schon lasten die Besatzungskosten wie ein Bleigewicht auf unserer Währung und bewirken, daß die Preise in ständigem Wanken und Steigen begriffen sind, jetzt schon gibt es ungenügende Löhne für die privaten und öffentlichen Angestellten, jetzt schon sehen wir die nach festem Geld lechzende Landwirtschaft und das Gewerbe — und noch immer sind sie da: die Zonen, die das österreichische Volk haßt wie den Gottseibeiuns! (Beifall.) Ist das auszuhalten? so fragt sich das Volk. Waren dazu zwei Jahre nötig? Wann läßt man denn Österreich endlich frei und unabhängig wirtschaften? Wann endlich kommt der Staatsvertrag? Wird er vielleicht erst kommen, bis es heißt: Operation gelungen, Patient gestorben? (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Wird es vielleicht dazu kommen, daß Österreich zum Schluß sezziert wird? Ist es darauf angelegt? Sind wir Österreicher vielleicht in unserer erbitterten Stimmung undankbar? Kann man das von uns sagen? Aber wir wissen es ja, und in Hunderten von Reden und in Tausenden von Artikeln ist es gesagt worden, daß wir denen, die uns befreit haben, den großen Siegenmächten, dankbar sind und daß wir es ihnen nie vergessen werden, daß sie das getan haben, was wir leider nicht selber vollziehen konnten — und es wird immer unser Schmerz sein, daß wir Österreich nicht selber vom Hitlertum befreien konnten.

Auch was Krieg heißt und daß es dabei nicht immer sanft zugeht, das erkennt heute der denkende Mensch in Österreich nicht mehr. Wir Österreicher haben das alles gelernt und wir haben es daher mit tiefer Empfindung aufgenommen, als wir nach und nach erfahren haben, welche Opfer Rußland im Kampf gegen Hitler und für Österreichs Befreiung gebracht hat. Wer könnte es bestreiten, daß es für die Gutmachung seiner entsetzlichen Schäden mit Recht die Mithilfe der ganzen Welt und natürlich auch die aus dem kleinen Österreich verlangen kann? Engländer, Amerikaner und Franzosen standen ebenso im Befreiungskampf und haben ungeheure Schäden zu verzeichnen. Sie sind manchmal großmütig, und wir anerkennen es.

Wir können nicht beurteilen, ob die Unterhändler der österreichischen Regierung in Moskau geschickt genug und genug geradlinig die Verhandlungen geführt haben. Sie haben sicher alles getan, um für den zufälligerweise zur gleichen Zeit in Wien stattfindenden Parteitag der Österreichischen Volkspartei eine gute Nachricht heimzubringen. Nach dem Bericht des Herrn Außenministers aber bleibt uns, dem österreichischen Volk, leider wiederum nur die Hoffnung, daß die großen Siegermächte jetzt endlich dieses arme Österreich auferstehen, frei sein und arbeiten lassen werden. Es gibt keine wirtschaftliche Freiheit ohne politische Freiheit, wie es keine politische Freiheit ohne wirtschaftliche Freiheit gibt.

Man rät uns immer, uns der Führung großer Männer anzuvertrauen. Wir Österreicher sind mißtrauisch — der Arme ist ja immer mißtrauisch —, wir kennen die Geschichte. Die großen Männer haben wir genügend kennengelernt: von Alexander dem Großen über Cäsar und Napoleon. Sie haben ihre Völker nicht glücklich gemacht, und der Wahnsinnige, den ich im großen Abstand nenne, der letzte der Großen, war imstande, Kontinente in schauerlicher Weise in Kontribution zu setzen. Wir aber sagen, wir wollen nichts mit solchen großen Männern zu tun haben. Die Verhandlungen, die jetzt geführt werden, sagen uns armen kleinen Österreichern: wir wollen womöglich nichts mit großen Staaten zu tun haben. Der kleine Staat muß frei sein. Auch dieses kleine, aus allen Wunden blutende Österreich will frei sein.

Andere große Staaten der Erde haben längst schon die Elemente der neuen, der kommenden Zeit in den Schoß ihres Gemeinwesens versenkt. In langen Kämpfen haben in England die Umstände der Menschheit, die Bauern, die Bürger, die durch das kapitalistische System aus Boden und Handwerk entwurzelten Arbeiter, Parlamente geschaffen, die Demokratie, den Welthandel und die Weltindustrie. Unter Washington wurde das große neue Amerika geschaffen; Lincoln hat die Neger zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht; Roosevelt hat in Amerika neue geistige Kräfte aufgerufen und den Technokraten Bahn gebrochen. Die große Französische Revolution hat im Jahre 1789 das Vermorschte in Frankreich hinweggeräumt, hat Neuem Bahn gebrochen und hat die Grundlagen für ein besseres Leben der breiten Massen des französischen Kulturvolkes gelegt, das bis dorthin durch adelige Parasiten ausgesaugt worden war. 1917 kam unter Lenin die große russische Revolution. In einem Lande der Erde begann man das neue sozialistische

Wirtschaftssystem einzuleiten; gewaltige Fortschritte der durch den Zarismus geistig und physisch verelendeten Menschheit sind zu verzeichnen. Diese Neuorganisation verbreitete sich über ein Sechstel der Erde. Die geballte Kraft dieser Neuorganisation hat geholt, das Hitlersystem niederzuschlagen.

Daß in Zentraleuropa, daß in Deutschland und Österreich in all diesen Jahrhunderten fast nichts geschehen ist, daß kein konstruktiver Beitrag zum Bau der neuen Welt geleistet wurde, daß Regierungen in Deutschland immer wieder den Versuch machten, die Volksmassen Deutschlands militärisch zu organisieren und mit ihnen zu erobern, statt sie politisch zu befreien und wirtschaftlich zu heben, statt das Vermorschte wegzuräumen: das hat Mitteleuropa zum ständigen Gefahrenherd der modernen Zeit gemacht. Der alte Kaiserstaat Österreich hat leider auch keinen Organisator gefunden, der die nationalen Probleme dieses Staates, die in Amerika und im heutigen Rußland so sinnvoll gelöst worden sind, bewältigt hätte, der es verstanden hätte, dieses Österreich als wirtschaftliche Großmacht zu erhalten, und so zerfiel dieses Österreich im Jahre 1918.

Was aber, frage ich heute, geschah im Jahre 1918, um einen neuen Konflikt in Europa zu vermeiden? Wo waren damals die weitsichtigen Weltlenker, die nun wiederum vielfach am Werke sein müssen, um das, was damals versäumt wurde, gutzumachen? Hat man damals das kleine, aus allen Wunden blutende Österreich nicht allein gelassen? Hat man es nicht mit ein paar Völkerbündnisse abg gespeist? Und weil man uns im Jahre 1918 nicht unterstützt hat, weil man uns auch im Jahre 1934 nicht half und auch im Jahre 1938 nicht geholfen hat, weil man nicht versucht hat, ein großes europäisches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, weil wir uns in keines der Systeme, die heute die Erde sieht und spürt, hineinpressen lassen wollen, weder in ein westliches noch in ein östliches, darum können wir wenigstens jetzt verlangen, daß wir zu unserem Rechte kommen, darum können wir, die ein Gott oder ein Teufel zum Mittelpunkt Europas, zum Schnittpunkt der Interessen der Großen, zum Rest eines großen Reiches gemacht hat, verlangen: Nun helft uns endlich nach so vielen versäumten Gelegenheiten und gebt uns unsere Freiheit, unsere Souveränität, und als Ausdruck dafür: gebt uns endlich diesen Staatsvertrag! (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

Die großen Siegermächte haben sich, so scheint es, während ihres gemeinsamen Kampfes gegen die Hitlerei über viele Welt-

fragen geeinigt. Wir hören von Indien, China, von Persien, Korea, vom Balkan und Vorderasien, und wir spüren es, daß Vereinbarungen über diese Länder vorliegen. Alle diese Probleme scheinen weiter fortgeschritten und leichter lösbar. Als letztes Problem bleibt dieses arme, kleine Österreich! Sogar die Satellitenstaaten Deutschlands sind früher in das Weltgefüge eingereiht worden als wir.

So möge man endlich darangehen und auch uns jenen Staatsvertrag geben, der uns nicht zugrunde richtet. Es ist ohnehin ein Wunder, daß unser Geldwesen nicht schon völlig zusammengebrochen ist wie in vielen unserer Nachbarstaaten. Aber eine Währungsreform ist unaufschiebbar, eine Neuordnung unseres Bank- und Kreditwesens muß erfolgen; die Herstellung stabiler Handelsbeziehungen zu unseren Nachbarstaaten muß endlich kommen.

Der Abschluß des Staatsvertrages ist daher das größte Interesse Österreichs, denn jede nochmalige Verzögerung legt unser Wirtschaftsleben weiter lahm, erschüttert den Glauben der Welt an uns selber und zerstört das Zutrauen zum österreichischen Volk; andererseits zerstört es aber im österreichischen Volk das Vertrauen zu den Siegermächten. Wir weigern uns, den finanziellen Ruin Österreichs mit unserer Unterschrift zu besiegeln. Unsere Fabriken, unsere Güter und unsere Naturschätze dürfen nicht in fremde Hände fallen (Beifall bei den Sozialisten und den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei); wir wollen nicht in Österreich Kolonien irgendwelcher fremder Mächte haben (erneuter lebhafter Beifall); wir wollen nicht, daß ein Beispiel, das längst in der Vergangenheit versunken ist, in der Welt wiederkehre, daß es etwa wieder Konzessionen gibt wie einst in China. Wir wundern uns, daß hier in diesem Saale immer wieder der Rat gegeben wird, man möge sich mit irgendeinem Staate darauf einigen, daß wir österreichisches Gut, österreichische Bodenschätze 50 zu 50 aufgeben. Ich glaube, meine verehrten Anwesenden, die Sozialistische Partei mit ihrem Verstaatlichungsprogramm hat das Recht, zu sagen: nein, nicht 50 zu 50, sondern hundertprozentig für Österreich! (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei.)

Wir wollen keine Unterwerfung unter irgendeine Mächtigkeitsgruppe mitmachen, wir wollen keine Einordnung in irgendeine Mächtigkeitsgruppe. Wenn in der Öffentlichkeit oft der Eindruck besteht, daß eine in der Regierung vertretene Partei mehr westlich orientiert ist, wenn der Eindruck besteht, daß eine andere der in der Regierung ver-

tretenen Parteien mehr östlich orientiert ist — die Sozialistische Partei wird stets nur die österreichische Linie halten! (Beifall bei den Sozialisten.) Die Sozialistische Partei wird stets nur die wirtschaftliche und politische Linie halten, die unser Staat für sein Volk, für seine Arbeiter, für seine Wirtschaft braucht. (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.) Wir machen Politik nur nach den eigenen Interessen unseres Landes.

Ich habe dem Hohen Haus heute eine Entschliebung vorzulegen, in der wir die Forderungen zusammenfassen, die bei der jetzt gegebenen Lage — der Staatsvertrag wird noch Monate ausbleiben — zu stellen sind. Wir haben unser Programm gestern auf einer großen Konferenz der Sozialistischen Partei beschlossen, wir haben es im Radio verkündet und, wie ich heute gesehen habe, ist es rasch und zum großen Teil in den Besitzstand einer anderen Partei in diesem Hause übergegangen. (Zustimmung und Heiterkeit bei den Parteigenossen.)

Heute ist zufällig der Jahrestag, an dem die Sozialistische Partei im vergangenen Jahre ihr großes Aufbauprogramm beschlossen und veröffentlicht hat. Sie hat damit die Führung des österreichischen Volkes im Freiheitskampf an sich genommen. Ich darf mit Stolz darauf verweisen, daß die Stimmung der Welt gerade in der Frage des deutschen Eigentums, die in den heutigen Verhandlungen eine so große Rolle spielt, durch dieses unser Aufbauprogramm und die große Aufklärungsarbeit, die die Sozialistische Partei im Inland und Ausland an dieses Aufbauprogramm geknüpft hat, entscheidend beeinflusst worden ist. Wenn wir auch heute in der Frage des deutschen Eigentums noch nicht vor dem Ende stehen, wenn wir aber wenigstens schon die nötige Aufmerksamkeit dafür entwickelt und zumindest große Fortschritte erzielt haben, so kann ich das ruhig als ein Verdienst des Aufbauprogramms der Sozialistischen Partei im Anspruch nehmen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Heute wollen wir dem Parlament in Form einer Entschliebung ein neues Programm vorlegen, ein Forderungsprogramm an die Alliierten. Wenn wir schon verurteilt sind, auf den Staatsvertrag zu warten, so müssen doch gewisse Mindestforderungen sofort erfüllt werden. Die politische Freiheit und Souveränität, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs, die Unteilbarkeit Österreichs: das sind die Forderungen, die wir an die Spitze dieses Programms und dieser Entschliebung stellen. Wir verlangen die sofortige Herabsetzung der Besatzungslast; wir verlangen, daß die Zahl der Truppen auf das geringste eingeschränkt wird;

wir verlangen, daß die Besatzungskosten nicht mehr von Österreich getragen werden — nach einer Zeit von zwei Jahren kann man das dem österreichischen Volk nicht mehr zumuten —; wir verlangen, daß keine Entnahmen von Lebensmitteln und anderen Waren für fremde Truppen mehr erfolgen; wir verlangen, daß Wohnungen, Spitäler, Schulen, Genesungsheime, Bäder und Hotels freigegeben werden, und wir verlangen insbesondere die unverzügliche Zurückbringung der Kriegsgefangenen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Wir haben hier eine Erklärung gehört, nach der ein einzelner oder eine Partei in der Frage der Kriegsgefangenen nichts machen könne, daß gewissermaßen eine Partei eine offizielle Ermächtigung oder Aufforderung bekommen müßte, um in dieser Frage einzugreifen. Ich erlaube mir, daran zu erinnern, daß im April 1946 der Vorsitzende unserer Partei, Dr. Schärp, und Kollege Dr. Pittlermann, von der englischen Arbeiterpartei eingeladen, aus diesem Hause nach London gefahren sind und daß dort ihre erste Aufgabe und ihre erste Arbeit, der sie sich gewidmet haben, war, ohne irgendeinen Auftrag der Regierung oder irgendwelche Ermächtigung abzuwarten, bei unseren englischen Genossen durchzusetzen, daß die Kriegsgefangenen aus England so rasch wie möglich zurückkehren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Heute wurde hier gesagt, daß es der Herr Abgeordnete Honner, der damalige Innenminister gewesen ist, der in der Frage der Kriegsgefangenenrückführung zuerst die Initiative ergriffen habe. Das ist selbstverständlich und hat nur seinem Amte entsprochen. Er hat diese Arbeit auch nicht allein, sondern gemeinsam mit dem damaligen Staatssekretär, dem heutigen Innenminister Helmer, gemacht.

In einem Überblick können wir feststellen, daß bis heute von den österreichischen Kriegsgefangenen etwa 800.000 zurückgekehrt sind, davon etwa 130.000 aus Rußland. (Abgeordneter Koplenig: Dann sind mehr zurückgekehrt, als in der deutschen Armee waren!) Herr Abgeordneter Koplenig, es liegt mir ferne, daraus andere Schlüsse zu ziehen als jene, die sich aus den Zahlen ergeben. Aber wir richten an Sie die Bitte, daß Sie ebenso, wie unsere Abgesandten in London gedrängt haben, daß die Kriegsgefangenen aus der englischen — und natürlich auch aus der amerikanischen und französischen — Kriegsgefangenschaft zurückkehren, dasselbe bei der politischen Partei, die heute Rußland beeinflußt, bei Ihrer Bruderpartei, tun. (Leb-

hafter Beifall bei den Sozialisten und der ÖVP.)

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß Innenminister Helmer ein eigenes Amt für die Rückkehr der Kriegsgefangenen eingerichtet hat und sich um die Rückkehr der Kriegsgefangenen — wie jedermann weiß — und jeder Unbefangene zugeben muß — sehr große Verdienste erworben hat. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Überhaupt möchten wir bitten, wenigstens diese eine Frage, die Frage des Leides der österreichischen Frauen und Kinder über die politische Agitation zu erheben! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten und bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Wir fordern in unserem Programm von den Alliierten den freien Verkehr mit dem Ausland, die Möglichkeit des Abschlusses von Handels- und Wirtschaftsverträgen in völliger Freiheit, die Erteilung von Sichtvermerken für Reisen durch Österreich selbst, keine Zonenkontrolle mehr für Zivilisten, den freien Güterverkehr, daß alle Wirtschaftsbetriebe nur dem österreichischen Recht und den österreichischen Bewirtschaftungsvorschriften unterliegen, die Grenzkontrolle durch österreichische Organe, die Durchführung der Verstaatlichungsgesetze, die Bekämpfung der öffentlichen Unsicherheit, die Unterstellung der verschleppten Personen unter die österreichische Gerichtsbarkeit, die Abschaffung der Brief- und Nachrichtenzensur, die Übergabe aller Rundfunkstationen an den österreichischen Staat. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Die Entschließung, die ich dem Hohen Hause namens meiner Partei vorzulegen habe, lautet (liest):

„Der Nationalrat fordert die Bundesregierung auf, mit dem Hohen Alliierten Rat ehestens in Verhandlung zu treten, um für die Zeit bis zur Ratifizierung des Staatsvertrages und bis zur Wiedergewinnung der Souveränität nachstehende Erleichterungen des Kontrollabkommens zu erreichen:

Herabsetzung der Besatzungsmacht.

Sofortiger Abzug des größten Teiles der Besatzungstruppen.

Sofern noch weitere Besatzungskosten entstehen, sind sie nicht mehr von Österreich, sondern von den Besatzungsmächten zu tragen.

Sofortige Einstellung jeglicher Entnahme von österreichischen Lebensmitteln oder an-

deren Waren für den Verbrauch von Besatzungstruppen.

Sofortige Freigabe von Wohnungen, Schulen, Spitälern, Genesungsheimen, Bädern und Hotels für die österreichische Bevölkerung und für die Volkswirtschaft.

Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Unverzügliche Zurückbringung der Kriegsgefangenen.

Freier Verkehr mit dem Ausland.

Keinerlei Behinderung Österreichs beim Abschluß von Handels- und Wirtschaftsverträgen mit anderen Ländern.

Anerkennung des Rechtes Österreichs, Sichtvermerke für Reisen nach Österreich zu erteilen.

Freier Verkehr innerhalb Österreichs.

Aufhebung jeder Art alliierter Zonenkontrolle für Zivilreisende.

Einlösung der wiederholt gemachten Zusage des freien Güterverkehrs in Österreich.

Österreichisches Recht, österreichische Verwaltung im ganzen Land.

Restlose Unterstellung aller Erzeugnisse von in Österreich gelegenen Wirtschaftsbetrieben unter die österreichischen Gesetze und insbesondere unter die österreichischen Bewirtschaftungsvorschriften.

Ausübung der Grenzkontrolle ausschließlich durch österreichische Organe, um die Verschleppung österreichischer Erzeugnisse in das Ausland zu unterbinden.

Anwendung und Durchführung der Verstaatlichungsgesetze auf alle im österreichischen Verstaatlichungsgesetz genannten Betriebe.

Bekämpfung der öffentlichen Unsicherheit durch Freigabe des Waffengebrauches für die Organe der österreichischen Exekutive.

Unterstellung aller verschleppten Personen unter die österreichische Gerichtsbarkeit, bis sie das Land verlassen.

Sofortige Einstellung jeglicher Art von Brief- und Nachrichtenzensur.

Übergabe der Rundfunkstationen an Österreich."

Meine Partei ist aber der Ansicht, daß auch Österreich selbst in dieser erzwungenen Pause bis zur vollen politischen und wirtschaftlichen Freiheit in Aufbau- und Wirtschaftsfragen alles tun muß, was vernünftig,

notwendig und möglich ist. Daher verlangen wir weiter: energische Maßnahmen zur Sicherung der Kaufkraft unserer Währung; die schärfste Erfassung der Kriegsgewinne; eine ausreichende Vermögensabgabe bei Berücksichtigung der kleinen Sparer; Produktionssteigerung in den Schlüsselindustrien und in der Landwirtschaft; eine gesunde Lohn- und Preisenkung zur Hebung der Kaufkraft; die Kommunalisierung der Lebensmittelgroßbetriebe; ein Außenhandelsmonopol für Magnesit, Holz und Papier; Sicherung der Kohlen- und Energieversorgung für den nächsten Winter; Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes; Behebung der Kriegsschäden an den Wohnungen; Wohnungsneubau durch Bund, Länder und Gemeinden; Schaffung höherer Rationssätze; Demokratisierung und Vereinfachung der Verwaltung.

Wir glauben, daß diese Forderungen von Österreich selber durch die Energie der österreichischen Regierung in allernächster Zeit zur Erfüllung gebracht werden müssen. Wir haben einen harten Winter hinter uns. Das ganze Volk, insbesondere das Volk in den Städten Österreichs, hat ihn verspürt. Wir leben in Wien, und nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Großstädten von Rationen, die oft zwar aufgerufen, aber dann nicht gegeben werden. (Zustimmung bei den Sozialisten.) In Wien fehlt noch immer Fleisch, das die Länder zu liefern längst versprochen haben. An Kleidung und Schuhen mangelt es nicht nur dem arbeitenden Volk in den Städten, sondern auch dem arbeitenden Volk auf dem Lande.

Wir haben heute die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers Figl mitangehört, daß es in Österreich keine Ablieferungsabotage gäbe. Wir erlauben uns, unsere Zweifel daran zu äußern, daß es so etwas wie Ablieferungsabotage in Österreich nicht gäbe. Es gibt in Österreich leider solche Zustände. Wir erinnern daran, mit welcher Mühe der Herr Bundeskanzler die Landeshauptleute dazu bringt, die notleidenden Gebiete in Österreich zu unterstützen. Es muß so etwas wie eine Art Ablieferungsabotage geben. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Wir sind die letzten, die denjenigen, die abliefern — und es sind sehr viele Menschen der Bevölkerung in der Landwirtschaft —, nicht unseren Dank und unsere Anerkennung zollen, aber es hätte keinen Sinn, es zu verhüllen, daß die österreichische arbeitende Bevölkerung, die auf Lieferungen vom Lande angewiesen ist, bedeutend bessere Arbeitsleistungen vollbringen könnte, wenn mit derselben Freude abgeliefert würde, wie die Arbeiter in den Fabriken arbeiten. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Auch ich muß gegen den Ausdruck des Herrn Bundeskanzlers Stellung nehmen, der gesagt hat, daß die, die am vergangenen Montag in Wien auf die Straßen gegangen oder auf die Straßen gebracht worden sind, als Saboteure der Wirtschaft bezeichnet werden können. Die Arbeitseinstellungen und Aufzüge, mögen sie zu welchen Zwecken immer hervorgerufen worden sein und mögen sie mit welchen Mitteln immer bewirkt worden sein — und wir geben uns darüber nach den genauen Nachrichten, die wir haben, keinen Täuschungen hin —, haben aber doch, darüber möge sich das Hohe Haus klar sein, ihre soziale Grundlage. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.) Mögen doch jene Bauern, die wirklich sabotieren — und eine Anzahl davon wird ja selbst von den Vertretern der Bauernschaft immer zugegeben —, oder jene, die wenigstens nicht gern abliefern, wenn ich es höflicher ausdrücken will, mögen die Herren Landeshauptleute, denen oft Worte billiger sind als Fleisch und Erdäpfel, mögen die Herren Abgeordneten der Volkspartei aus den bäuerlichen Kreisen, mögen sie alle diese sozialen Bewegungen, die sich in Wien ankündigen und die wir bald, wenn es nicht anders wird, auch in anderen Gegenden unseres Landes haben könnten, nicht übersehen: wir fordern in dieser Hinsicht mehr Verständnis für die arbeitenden Menschen und wir fordern insbesondere Verständnis für den Hunger, den diese Menschen haben! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Der hungernde Demonstrant ist in einer ganz anderen Lage als der nicht abliefernde oder auch der abliefernde Bauer.

In diesem Zusammenhang ist hier auch davon geredet worden, daß die Demonstrationen, die sich am Montag, wenn auch im geringen Umfange, in Wien ereignet haben, durch die Polizei nicht gebändigt werden konnten. Es ist notwendig, daß auch hier einmal ein offenes Wort darüber gesprochen wird. Was soll denn diese unsere Polizei, unbewaffnet wie sie ist — und wir verlangen ja jetzt wieder ihre Bewaffnung —, gegenüber irgendeiner demonstrierenden Menge machen? Wir sind die letzten, die wollen, daß Polizei zum Eingreifen gezwungen wird, und wir hoffen, es wird uns erspart bleiben, daß auf arbeitende Menschen so wie in früheren Zeiten geschossen wird. Wir haben das volle Vertrauen zu dem Minister, den wir dem Staat gegeben haben, daß er alles daransetzt, um solche Ereignisse zu verhindern. (Beifall bei den Sozialisten.) Aber es wird leider in Österreich noch immer viel geschossen, wenn auch nicht von der Polizei (Zustimmung), und wir müssen doch bedenken, daß

unter jenen, die bei der Demonstration vor dem Bundeskanzleramt waren, doch von der Polizei sechs Albaner festgestellt worden sind. (Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört! — Abg. Koplenig: So hat früher die „Reichspost“ geschrieben bei jeder Demonstration! Früher waren es Turkestaner! Das kennen wir schon! Am 15. Juli hat die „Reichspost“ dasselbe geschrieben! — Zwischenrufe und Gegenrufe.) Und wir alle, die wünschen, daß in diesem armen Österreich wenigstens keine inneren Kämpfe ausbrechen, wir alle, die wünschen, daß in diesem Österreich die Ruhe aufrechterhalten werde, bis wir endlich unseren Staatsvertrag haben, bis wir endlich unser Volk durch Neuwahlen zur richtigen und dem Volk entsprechenden Lenkung bringen können, wir alle wünschen es, daß sich von solchen Demonstrationen, wenn sie schon stattfinden, wenigstens ausländische Elemente fernhalten. (Beifall bei den Sozialisten und bei der Österreichischen Volkspartei.)

Aber mit den Herren, die solche Demonstranten als Saboteure oder als Querulanten bezeichnen, mit denen können wir nicht eines Sinnes sein, und ich wiederhole es, daß mir scheint, daß dem österreichischen Bauernvolk eine ganz besondere Aufgabe erwächst, nämlich auch durch wirkliche Ablieferungsfreudigkeit und Unterstützung der arbeitenden Menschen in ganz Österreich mit Lebensmitteln daran mitzuwirken, daß der Friede in Österreich erhalten werden kann. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Das ist auch geschehen! — Widerspruch bei den Sozialisten.) Immer, meine Herren, immer sieht man das nicht! Wenn ich mir zum Beispiel anschau, was auf diesem Gebiet von dem Salzburger Bauernbund und seiner Ortsgruppe St. Martin in einem Aufruf gesagt wird, so möchte ich Sie schon bitten, solche Dinge in Zukunft zum Schweigen zu bringen, denn sonst könnte man auch davon sprechen, daß es sich um Querulanten und Saboteure handelt.

Hier steht (liest): „Ein sozialistischer Nationalrat hat vor nicht allzu langer Zeit im Nationalrat erklärt, daß die Bauern alle Schwarz- und Schleichhändler sind und daß die Arbeiter in einigen Jahren den österreichischen Bauern nichts mehr abkaufen werden, weil die Lebensmittel dann viel billiger aus dem Ausland bezogen werden können. Die Nationalräte der ÖVP. haben sich entschieden und energisch gegen diese Pauschalverdächtigung gewehrt und haben Dich“ — den Bauern — „davor beschützt, daß man die Polizeispitzel und Kontrollkommissionen

auf Deinen Hof geschickt hat, wenn Du Deiner Lieferpflicht nachgekommen bist“.

In diesem Aufruf des Bauernbundes ist also die Rede von Polizeispitzeln, in diesem Aufruf des Bauernbundes wird die gänzlich falsche Nachricht verbreitet, daß ein sozialistischer Nationalrat die Bauern alle als Schwarz- und Schleichhändler erklärt habe (Zwischenrufe — Unruhe — Präsident Doktor Gorbach, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen), während jeder im Saal weiß, daß von allen Abgeordneten der Sozialistischen Partei ein genauer Unterschied zwischen den ablieferungswilligen Bauern und denen gemacht worden ist, die der Ablieferungspflicht nicht nachkommen und Schleichhandel treiben.

Wenn ich darauf hinweise, daß es nicht gut ist, hier in Wien oder in anderen Großstädten soziale Bewegungen zu entfachen, die auf den Hunger der breiten Massen gegründet sind, so muß ich genau so sagen, daß es nicht gut ist, wenn draußen auf dem Lande solche Nachrichten über die Haltung der Städter gegenüber der Bauernschaft verbreitet werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

Hohes Haus, ich will zurückkehren zum Staatsvertrag. Die Ausführungen der beiden Männer aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei haben uns auch durchaus nicht mit voller Befriedigung erfüllt und wir hätten sie am heutigen Tage auch kürzer vertragen. (Heiterkeit.) Wir sind zum Beispiel durchaus nicht der Ansicht, daß es notwendig ist, daß sich an einem solchen Tag und bei einem solchen Thema der Bericht des Außenministers gar so viel mit den zukünftigen innerpolitischen Verhältnissen beschäftigt. (Zustimmung.) Wir erklären nur, daß wir unser Wirtschafts- und Aufbauprogramm, das wir am heutigen Tage hier verkündet haben, mit aller Kraft und mit aller uns zur Verfügung stehenden Beredsamkeit in allen unseren Broschüren und allen unseren Flugschriften vertreten werden, daß aber dieses gesamte Programm, das wir für die jetzigen Tage aufstellen, wie wir Sozialisten es immer gewohnt sind, in Verbindung steht mit den großen Ideen, von denen wir glauben, daß sie die Welt neu gestalten und solche Staatsverträge wie diese oder überhaupt Verträge über die Welt unnötig machen werden. Wir können erklären, daß wir es waren — und mit Stolz sagen wir es —, die zuerst den Durchstoß aus den ersten österreichischen Nachkriegsverhältnissen in die weite Welt gemacht haben. Wir denken noch immer daran, daß hier in diesem Saale der Nestor unserer Partei, Seitz, das erste Mal den Ruf nach Freiheit erhoben hat. Damals war das ein

Aufsehen in der ganzen Welt. Seither sind schon wieder eineinhalb Jahre vergangen.

Wir werden — und das erkläre ich zu diesem Staatsvertrag — weder die Politik der Österreichischen Volkspartei noch die Politik der Kommunistischen Partei unbesehen unterstützen, sondern wir werden unsere eigene, die Politik der österreichischen Sozialisten, die, wie wir glauben, wirklich für Österreich notwendige Politik, machen. Wir weigern uns, der Lethargie zu verfallen. Wir sind zukunftsgläubig, wir sind starkmütig, wir hoffen, auch die heutigen Probleme bewältigen zu können. Wir glauben an die aufbauende Kraft des Sozialismus. Wir sind keine Träumer und wir sind keine Phantasten, aber wir glauben, daß wir auf Grund der Gedankenarbeit unserer großen Theoretiker ein größeres Stück des Weges in eine bessere und schönere Welt überschauen können; wir wollen aber unseren Blick auch auf das nächste Wegstück lenken und wollen den Enterbten des Lebens auch dieses nächste Wegstück schon gut und schön gestalten.

Wir sind stolz auf das Vertrauen, das die Welt gerade in die sozialistischen Ideen und in die Sozialistische Partei und insbesondere in die Sozialistische Partei Österreichs als Hort der österreichischen Demokratie gesetzt hat. Mit freiem Blick in die Zukunft und ohne jede Bindung nach irgendeiner Seite hin fordern wir unsere Einordnung in die Gesellschaft der Vereinten Nationen. (Beifall bei den Sozialisten.) In dem vollen Bewußtsein, daß wir damit in unserem Lande eine reale Volkspolitik machen können, richten wir Sozialisten unsere Augen stets auf das große Ziel, auf die ganze weite Welt! (Andauernder starker Beifall bei den Sozialisten.)

Präsident Dr. Gorbach: Der Resolutionsantrag der Herren Abgeordneten Speiser und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Abg. Weinberger: Hohes Haus, abgeordnete Männer und Frauen! Es waren nicht die Kommunisten, sondern wir Volksparteiler, die es angeregt und von der Regierung verlangt haben, daß sie vor dem Nationalrat und damit vor unserem ganzen Volke Bericht erstatte über den Stand der Vertragsverhandlungen und auch über die Gründe und die Hintergründe der Moskauer Enttäuschung. Daß Moskau eine Enttäuschung war, das wurde heute schon von verschiedenen Seiten klar ausgesprochen. Der Abbruch der Moskauer Verhandlungen hat auch uns Volksparteiler, ja gerade uns von der österreichischen Volkspartei, schmerzlichst betroffen. Wir sind ja aus dem direkten Freiheitskampf um Öster-

reich gekommen, wir wurden in der Glut- hitze des deutschen Totalitarismus erprobt und gestählt und wir kannten von der ersten Stunde des Tages an, da wir schwach und taumelnd in die kaum befreite Heimat zurückkehrten, wieder nichts anderes als den Kampf um die Freiheit des Vaterlandes, den Kampf um den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, den Kampf um die Sicherung des Stück Brotes und des Rechtes und damit der Zufriedenheit unseres gesamten Volkes. Gerade wir Volksparteiler, die wir es uns nicht so leicht gemacht hatten wie die, die heute groß reden und die damals, als es dunkel wurde über unserem Vaterlande, damals, als es hart auf hart ging, längst schon irgendwo im Sicherem saßen, gerade wir spürten sehr bald, daß wir zwar befreit, aber keinesfalls frei waren.

Die ersten Monate nach dem April und dem Mai des Jahres 1945 hat es jeder vernünftige Mensch in diesem Lande verstehen können, daß es kaum anders kommen und sein konnte, als es war, daß wir vorübergehend eben auch die alliierten Truppen und alles das, was mit jeder Besatzung fast unvermeidlich zusammenhängt, auf uns nehmen und ertragen mußten. Kein einziger Mensch aber in Österreich hat jemals angenommen, daß wir zwei Jahre nach der Befreiung unseres Landes noch immer alliierte Truppen im Lande haben und immer noch als okkupiertes Land behandelt werden würden, statt völlig frei, unabhängig und souverän zu sein und nach dem Willen des eigenen Volkes allein für alles das vorzusorgen und das durchführen zu können, was unserem Land und dem Volk von Österreich wieder auf- und weiterhelfen kann.

Wir müssen es heute, da wir zu unserem ganzen Volk und zu allen freien Völkern der Welt sprechen, offen und klar sagen, daß wir uns die Befreiung und alles das, was nachher kommen würde, ganz anders vorgestellt haben und daß wir alle zusammen sehr enttäuscht sind. (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.)

So besehen, war auch Moskau keine allzu große Überraschung, sondern der Punkt auf das bekannte „i“. Soweit sind wir wohl alle in diesem Hause und darüber hinaus auch mit unserem Volk einig. Nicht ganz so scheint es mir bei der Beurteilung der Ursachen unserer gemeinsamen Enttäuschung und auch des Moskauer Ergebnisses zu sein. Ich sage absichtlich, daß es so zu sein scheint. In Wirklichkeit — und hier unterscheide ich mich erstmalig sehr wesentlich von dem Herrn Redner der Kommunistischen Partei — weiß die übergroße Mehrheit un-

seres braven, arbeitsamen und opferbereiten Volkes sehr genau, welche Ursachen unsere vielen allgemeinen Sorgen und Schwierigkeiten haben und warum es in Moskau zu keinem endgültigen Ergebnis kommen konnte. (Lebhafte Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Da mag die „Volksstimme“ schreiben, was sie will, und der Herr Abgeordnete Fischer mag noch so viel und noch so schön reden — er hat es ja heute bei Gott nicht leicht gehabt —, die Zeiten, in denen sich europäische Völker von einem einzigen Mann oder wenigen Leuten zum Narren halten und belügen lassen, sind endgültig vorüber! Unsere Österreicher wissen schon, daß es nach einem so furchtbaren Krieg, ganz allgemein gesehen, schwer ist, Ordnung zu machen und wieder aufzubauen. Sie wissen auch, was uns unsere Befreiung gekostet hat und noch immer kostet. Sie wissen auch, was uns überall behindert und auch jetzt hemmt, notwendige Maßnahmen frei oder doch so durchzuführen, daß sie noch zurechtkommen und etwas nützen. Und schließlich — das ist für unser Volk von besonderer Bedeutung — kann hierzulande jedermann lesen und auch denken und „ja“ und „nein“ sowie Entgegenkommen und Hilfe von bloßen Sprüchen und gegenteiligen Handlungen sehr genau unterscheiden.

Zum Glück wurde, auch über Moskau ziemlich genau berichtet, nur der Herr Abgeordnete Fischer sagt, daß dem nicht so sei. Wir glauben, daß das Wesentliche auch über die Moskauer Verhandlungen allen Österreichern durchaus bekannt wurde und daß jedermann genau verfolgen konnte, wer uns Österreichern im Laufe dieser Verhandlungen geholfen hat und wer leider allzu oft, das heißt, fast immer „nein“ gesagt hat zu den Wünschen und Forderungen Österreichs und immer opponierte.

Die Kommunisten Österreichs haben die politische Vernunft unserer Bevölkerung schon einmal schwer unterschätzt. Sie irren auch jetzt, wenn sie annehmen, daß diese nicht wüßte, was vor Moskau wirklich gewesen ist, was in Moskau selbst vorging und worauf es auch jetzt ankommt. Keinerlei Verdunklungsmanöver und keinerlei Demonstration vermag etwas gegen diese politische Einsicht und Vernunft auszurichten, auch dann nicht, wenn alle bei dem Aufmarsch freiwillig mitgegangen wären und nicht durch alle möglichen fremden Elemente Verstärkung und Zulauf erhalten hätten.

Wir leugnen nicht, daß die KPÖ das meiste Geld, das meiste Papier, die meisten Kraftfahrzeuge und vor allem das meiste Benzin

besitzt. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Wir wissen, daß die KPÖ mächtige Freunde hat und sich mancherlei leisten kann, was eine andere politische Partei niemals wagen dürfte. All diese Tatsachen und Umstände reichen aber noch lange nicht hin, um das wettzumachen, was in einer wirklichen Demokratie immer noch das Entscheidende war und bleibt: das Vertrauen des Volkes! Dieses mangelnde Vertrauen des Volkes war schon einmal Ursache der kommunistischen Wahlniederlage im Jahre 1945 und wird auch zur gegebenen Zeit wieder zu einer gleichen oder doch ähnlichen Enttäuschung führen; davon sind wir alle fest überzeugt.

Eines ist ja trotz aller Not und Sorge — Gott sei Dank — wirklich anders geworden auch in unserem Vaterland. Unser Volk hat zu unterscheiden gelernt zwischen österreichischen Interessen und anderen, hat auch zu unterscheiden gelernt zwischen Vertretern Österreichs und jenen fremder Staaten, zwischen wirklichen Demokraten und solchen, dies es nur bedingt und nur so lange sein möchten, als sie Nutzen und Vorteile durch die Demokratie und aus der Zusammenarbeit mit anderen Parteien erwarten und in Anspruch nehmen können. (Zustimmung bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Wenn es jemals eine Frage gewesen wäre, so ist in der letzten Zeit immer deutlicher zum Ausdruck gekommen, es ist auch heute wieder ganz klar gesagt worden, daß die KPÖ kaum noch als österreichische Partei angesprochen werden kann (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei), daß sie viel mehr antiösterreichischen und antidemokratischen Interessen dient als irgendwelchen österreichischen. Nur so können wir die Erklärung verstehen, die der Nationalrat Fischer heute wieder abgegeben hat. (Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei. — Abg. Fischer: Eine amerikanische Partei sind wir nicht!) Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Für uns Volksparteiler war eines immer klar: Wir wollten und wünschen auch weiter einen Staatsvertrag, der uns eine wirklich tragfähige Grundlage für die wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung gibt. Wir ließen aber nie einen Zweifel darüber, daß wir keinesfalls einen Staatsvertrag um jeden Preis anerkennen oder gar unterschreiben würden. Wir Volksparteiler traten vor allem immer wieder dafür ein, daß der Staatsvertrag — wenn er diesen Namen überhaupt verdienen soll — unbedingt die Sicherung der österreichischen Grenzen von 1937, die Sicherung der österreichischen Souveränität auch in den Betrieben unseres Landes und

schließlich die Sicherung der wirtschaftlichen Werte und der Produktionsmittel enthalten müsse, ohne die ein freies und wirklich unabhängiges Land niemals entstehen könnte.

Unser Bundeskanzler und im einzelnen noch mehr unser Außenminister Dr. Gruber haben einen genauen Bericht über den Gang der Verhandlungen, den ungefähren Vertragsinhalt und vor allem auch über die wesentlichsten Punkte gegeben, die noch umstritten oder offen sind.

Beide ließen auch keinen Zweifel darüber, was Österreich unbedingt braucht und worauf wir aus Gründen des Rechtes und der Gerechtigkeit auch weiterhin beharrlich bestehen werden und bestehen müssen. Aus ihrem Bericht ging aber auch hervor, daß es unseren Unterhändlern trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, auch in Moskau eine Reihe wesentlicher Vertragspunkte fertig- oder doch weiterzubringen. Dabei darf niemals übersehen werden, daß wir bei diesen ganzen Verhandlungen bedauerlicherweise gar keine wirklich gleichberechtigten Verhandlungspartner gewesen sind, sondern nur als eine Art von Experten zugelassen wurden; ein sehr betrüblicher Zustand nicht nur für Österreich, sondern für alle die Völker, deren gesamtes künftiges Schicksal bei solchen Verhandlungen beraten und entschieden wird. Wir Österreicher hatten uns diese Verhandlungen jedenfalls anders vorgestellt. Schon deshalb, weil wir gemeint und Jahre hindurch daran geglaubt hatten, daß die vielen Liebeserklärungen in den Sendungen fast aller Weltzentren ehrlich gemeint seien und daß man uns nach der Befreiung auch entsprechend behandeln würde.

Es ist nun zum Schaden Österreichs, zum Schaden vieler anderer friedliebender Völker und, wie wir sehr fürchten, zum Schaden des gesamten Weltfriedens leider vielfach und in vielem anders gekommen. Wieder scheint das Gewicht der Macht stärker zu sein als Recht und Gerechtigkeit und wieder einmal das alte Wort Wahrheit zu werden, daß es wesentlich leichter ist, Kriege als einen Frieden zu gewinnen. Nur deshalb, weil man die zunächst Betroffenen, im Falle unseres Vertrages uns Österreicher, nicht rechtzeitig befragte, kam es offenbar zu der unklaren Formulierung in Potsdam, aus der immer wieder Schwierigkeiten entstehen und die den Vertrag und die Verhandlungen immer wieder schwer belastet. Hier, Herr Kollege Fischer, und in dem Umstand, daß große, übergroße Ansprüche an unser kleines, schwaches Land und seine Wirtschaft gestellt wurden und immer noch gestellt werden, liegen die Ursachen dafür, daß uns Moskau noch kein Ergebnis gebracht hat.

1436. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 7. Mai 1947.

Keinerlei österreichische Schuld liegt hier vor. Im Gegenteil, jeder gerecht und vernünftig denkende Mensch in diesem Lande wird und muß anerkennen und wird auch gerne zugeben, daß sich unsere österreichischen Delegierten auch in Moskau gut bewährt und gut gehalten haben. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Wir Volksteiler sind stolz darauf, Männer wie Dr. Gruber und Dr. Krauland zu den unseren zählen zu dürfen. Wir und die große Mehrheit unseres Volkes danken ihnen, danken vor allem Dr. Gruber für das mannhaft eintreten, für das kluge Verhandeln und für das zähe Aushalten und Durchhalten im Interesse Österreichs und der Zukunft unseres ganzen Volkes. (Neuerlicher Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.) Niemand in diesem Lande, kein anderer Österreicher, auch nicht Herr Abgeordneter Fischer hätte die wirklichen Volksinteressen besser, energischer und unermüdlicher vertreten können, als Gruber und Krauland es getan haben. Dafür liegen Zeugnisse vor, Dokumente und Belege, die wir, wenn es sein muß, einmal auch unserer ganzen Bevölkerung zum Beweis dafür vorlegen werden, wie sehr diese beiden Männer für die österreichische Freiheit und die wirtschaftliche Sicherung unseres Landes eingetreten sind.

Ich muß hier aber eines richtigstellen: Der Sprecher der Kommunistischen Partei und auch der Sprecher der Sozialistischen Partei Österreichs versuchten die Sache so darzustellen, als ob Gruber und Krauland als Vertreter nur unserer Partei in Moskau gewesen wären. In Wirklichkeit war es doch so, daß Gruber und Krauland von allem Anfang an bis zur letzten Stunde ihrer Verhandlungen in Moskau als Vertreter der gesamten Bundesregierung anwesend waren und in deren Namen gehandelt haben. (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Alles, was sie dort taten, verhandelten, forderten, und alles, was sie ablehnten, geschah zweifelsohne im Namen und Auftrag der gesamten Regierung und damit auch im Namen und Auftrag unseres ganzen Volkes. Es ist also lächerlich, wenn sich heute irgend jemand davon distanzieren will, und es ist unmöglich und unerträglich, daß es eine Partei gibt, die zwar in der Regierung sitzt und an allen Vorteilen teilnimmt, die daraus entstehen, bei jeder kleineren oder größeren Schwierigkeit aber so tut, als ob sie das alles, was sie selbst mitbeschlossen hat, gar nichts angeht und sie frischfröhliche Opposition spielen könnte. So haben wir nicht gewettet, meine Herren! Und so gemütlich werden Sie Ihr Spiel auch

nicht mehr lange weiterspielen können. Darauf können Sie sich verlassen! (Lebhafte Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Gruber und Krauland waren Vertreter der gesamten Regierung. Sie haben dieser — auch das ist durchaus bekannt — immer wieder Bericht erstattet, haben sie über den Stand der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten, und als es in Moskau auf den Höhepunkt kam und bekannt wurde, daß es schwer sein würde — nicht durch die Schuld der beiden Vertreter der österreichischen Regierung, sondern aus anderen Gründen —, eine politische Delegation nach Moskau zu bringen, flog Krauland eigens nach Wien, erstattete hier der gesamten Regierung Bericht und kehrte mit dem einstimmigen Beschluß der Regierung Figl-Schärf-Altmann wieder nach Moskau zurück. Das allein ist die Wahrheit, alles andere sind falsche Darstellungen oder gar freie Erfindungen und böswillige Entstellungen.

Ich kann es mir ersparen, nach den ausführlichen Darstellungen des Außenministers Dr. Gruber auf Details der bisherigen Vertragsergebnisse einzugehen. Eines aber möchte ich aussprechen: Auch wir hätten uns vieles besser vorgestellt und gewünscht und auch wir bedauern es, daß schon in der Präambel die geschichtliche Wahrheit nicht ungefährlich verdunkelt wurde. Wir haben uns aber zwischendurch angewöhnt, mehr den Tatsachen als den Versprechungen und schönen Worten zu vertrauen, und haben zur Kenntnis genommen, daß nach Tisch bei weitem nicht alles das eingehalten wird, was vorher versprochen worden war. Wir vertrauen darauf, das es nach und nach doch heller und klarer werden wird in der Welt, und auch darauf, daß die Praxis der künftigen Entwicklung manches wieder aufheben oder doch verbessern wird, was uns heute noch entgegensteht und behindert.

Wir freuen uns aber auch über die zahlreichen wirklichen Fortschritte, die der Österreichvertrag in Moskau tatsächlich erfahren hat. Und wir sind den Mächten, die uns dabei geholfen und unterstützt haben, aufrichtig dankbar. Wir empfinden es als eine Verpflichtung unseres ganzen Volkes, in diesem Zusammenhang ganz besonders die vom Anfang bis zum leider unvollendeten Ende in Moskau aufrichtige und entschlossene Freundschaft des großen amerikanischen Volkes und seiner Vertreter Marshall und Clark dankbar anzuerkennen. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Sie waren es, die die Sache Österreichs zu der ihren machten und deutlich aussprachen, daß weder Österreich noch

dem Frieden der Welt mit einem österreichischen Marionettenstaat gedient wäre.

Weil wir Volksparteiler aber niemals eine Politik für oder gegen eine ausländische Macht betrieben haben, sondern stets nur eine österreichische Politik kannten und auch künftighin kennen werden, anerkennen wir ebenso gerne auch das verständnisvolle Mitwirken und Entgegenkommen aller anderen Länder und Vertragspartner. Minister Dr. Gruber hat den Anteil des englischen Außenministers gewürdigt und die Unterstützung Bidaults in herzlichen Worten anerkannt. Wir Volksparteiler anerkennen aber auch die Unterstützung der Sowjetunion und ihres Außenministers Molotow. Sie war besonders wichtig in den Fragen der Kompensationsforderungen. Wir sind froh darüber und betrachten es als eine wichtige Voraussetzung, als ein glückliches Symptom für das Zustandekommen eines wirklichen und schließlich doch guten Staatsvertrages, daß nun festzustehen scheint, daß Rußland im Prinzip bereit ist, die österreichische Souveränität auch in den Betrieben anzuerkennen.

Wir betreiben — wenn auch immer das Gegenteil behauptet wird, so wird das nicht wahrer dadurch — keinerlei Westpolitik, überhaupt keinerlei Blockpolitik, sondern nur nach wie vor die für unser Land einzig mögliche Politik der offenen Tür nach allen Seiten und der Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Völkern. Wir Volksparteiler haben keinerlei Interesse an irgendeinem Konflikt irgendeines Staates oder gar unseres Staates mit dem großen russischen Volk und wünschen nichts mehr als gute und freundschaftliche Verbindungen gerade auch mit der Sowjetunion. An dieser klaren Linie und Einstellung und an diesem ehrlichen Bestreben ändert sich nichts, wenn wir uns gegen Ansprüche und Ansichten zur Wehr setzen, die unsere österreichischen Lebensinteressen berühren oder gar gefährden. Freundschaften Unfreier und Unselbständiger hatten noch niemals besonderen Wert. Und auch Rußland wird von einem freien Österreich mehr erwarten können als von einer immer umstrittenen und in sich selbst unbefriedigten Kolonie. Wir Volksparteiler haben aber den bestimmten Eindruck, daß das Verhältnis Österreichs zu Rußland bisher kaum einmal von wirklich österreichischer Seite getrübt oder gar gestört wurde. Wohl aber schon öfter von der „Kraftstoffpartei“ unseres Landes, die sich fälschlich KPÖ nennt. (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Wenn die berufenen Vertreter dieses großen

Volkes die wirkliche Rolle dieser Partei einmal gründlich studieren wollten, würden sie darauf kommen, daß sie das Benzin nicht wert ist, welches sie so reichlich verbraucht, und daß es darüber hinaus überhaupt am vernünftigsten wäre, sich an die Kräfte und an die Partei zu halten, die die Gewähr dafür bietet, die große Mehrheit des Volkes freiwillig hinter sich zu haben. (Zwischenrufe.)

Was nun die offenen Punkte anlangt, die das Zustandekommen des Vertrages schon in Moskau verhinderten, hat unser Bundeskanzler und auch der Herr Außenminister bereits klargemacht, von welcher großen Bedeutung sie sind und daß vor ihrer Bereinigung kein anständiger Österreicher jemals einen Vertrag unterschreiben könnte. Kärnten und Steiermark frei und ungeteilt, die Erhaltung und Sicherung aller unserer Grenzen von 1937 sind keine imperialistischen, keine chauvinistischen Forderungen, sondern ein heiliges Recht aller Österreicher und ein Anspruch aller Menschen dieses Landes, die auf Recht und Gerechtigkeit überhaupt noch etwas geben und halten. Wenn uns schon Südtirol, dieses liebe, gute Stück österreichischer Heimat vorenthalten wurde, so müßten wir alle in Schande versinken und uns vor unseren Kindern und Kindeskindern schämen, wenn wir auch nur einen Quadratmeter freien österreichischen Bodens freiwillig preisgeben wollten. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Das üble Geschrei einiger tausender Verhetzter und mehr als gastlich behandelter Leute kann und darf nicht stärker sein als der Aufschrei von hunderttausenden beunruhigten Kärntnern und Steirern und das heilige Recht von Millionen bester Österreicher. Wir vertrauen darauf und sind überzeugt davon, daß diese brennende Sorge nun bald von uns genommen werden wird und daß am Ende auch das große Rußland dem schon vorliegenden Votum Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs in der Grenzfrage beitreten wird. Für uns Volksparteiler gibt es darüber keinerlei Diskussion.

Das zweite noch offene große Problem betrifft die Frage des deutschen Eigentums. Es ist schon so viel darüber gesagt und geschrieben worden, daß ich auch da kurz sein kann und nur noch einmal klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen brauche, daß es uns auch hier um nichts anderes geht als um unser gutes Recht und um die Erhaltung und Sicherung der wirtschaftlichen Basis und der wirtschaftlichen Mittel, womit allein ein wirklich freies und unabhängiges Land mit wirklich freien Menschen gegründet und er-

halten werden kann. Der Sprecher der Kommunistischen Partei hat auch heute wie schon so oft den Versuch unternommen, diese klaren Tatbestände zu vernebeln und alles auf den Kopf zu stellen. Die Kommunistische Partei und ihre „Volksstimme“ versuchen uns immer und auch heute wieder einzureden, daß ein zweiseitiges Abkommen Österreichs mit Rußland alles viel besser geregelt hätte und daß vor allem unsere Zistersdorfer Position bedeutend gehoben und verstärkt worden wäre.

Weil nun gerade Zistersdorf tatsächlich von besonderer Bedeutung ist, gestatten Sie mir, noch einmal darauf hinzuweisen, warum denn seinerzeit die ganze Provisorische Regierung gegen den Abschluß eines solchen Vertrages Stellung genommen hat. Es geschah dies vor allem aus folgenden vier Hauptgründen: 1. weil eine ausgesprochene Monopolstellung Rußlands für das gesamte dort befindliche, aber auch für alles noch nicht erschlossene Erdölvorkommen in ganz Österreich verlangt worden war; 2. weil Rußland die Haftung für Ersatzansprüche anderer Staaten abgelehnt hatte und weil Österreich einfach nicht in der Lage gewesen wäre, diese Ansprüche anderer Staaten selbst zu übernehmen; 3. weil alle österreichischen Werte so niedrig angesetzt wurden, daß Österreich praktisch fast das ganze Betriebskapital hätte einbringen müssen, einen Betrag im Werte von vielen Millionen Dollar, und 4. weil auch der Generaldirektor von Rußland beansprucht worden war und Österreich auch damit sachlich und auch in vieler anderer Beziehung in einen unerträglichen Zustand versetzt worden wäre.

Dies sind die Tatbestände, und ich frage Sie, ob es eine Regierung hätte geben können, die einem solchen Vertrag zugestimmt hätte? (Abg. Dengler: Höchstens eine Regierung Fischer!) Wir hoffen, daß es bei den konkreten Verhandlungen mit den Alliierten schon sehr bald gelingen wird, in diesen besonders wichtigen Fragen des sogenannten deutschen Eigentums zu einer Vereinbarung zu gelangen, die die österreichischen Interessen schützt und eine Lösung findet, die unseren berechtigten Ansprüchen, vor allem aber den Lebensinteressen unserer Volkswirtschaft Genüge tut. Was für das große russische Volk ein kleines Entgegenkommen und ein fast belangloses Nachgeben bedeutet, ist für uns Österreicher eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein, über Aufstieg oder Untergang, über Freiheit oder weitere Abhängigkeit und Unfreiheit. (Beifall.) Wenn diese beiden Fragen der Grenzen und des deutschen Eigentums in einer für uns erträg-

lichen Weise gelöst sind, wird alles andere bald bereinigt sein, und wir können hoffen, daß es gelingen wird, den Staatsvertrag noch vor dem Herbst dieses Jahres in Ordnung zu bekommen. Wir sehen in der Einsetzung der Wiener Kommission auch einen Erfolg der Moskauer Verhandlungen und in der Bereitschaft der großen Mächte, den Vertrag möglicherweise noch vor dem offiziellen Zusammentritt der Großen Vier abzuschließen, eine reelle Chance zur Erfüllung des heißesten Wunsches aller Österreicher nach der baldigen vollen Freiheit.

Hohes Haus! Schon vor Abschluß des Staatsvertrages sollten und könnten nach unserer Meinung auch andere Forderungen und Herzenswünsche unseres Volkes erfüllt werden. Niemand in Österreich kann es verstehen, daß unser Land nur deshalb weiterhin besetzt bleiben soll, weil es in Moskau nicht möglich war, in einigen, wenn auch bedeutsamen materiellen Fragen zu einem Abschluß zu kommen. Unser Volk hat in seiner übergroßen Mehrheit nachgewiesen, daß es reif ist, sein Schicksal selbst zu gestalten und seine künftige Ordnung selbst zu bestimmen. Wir alle haben für die Freiheit des österreichischen Volkes so viele Opfer gebracht und seit der Befreiung so viel Mühe und Verantwortung auf uns genommen, daß wir einfach nicht mehr verstehen, warum man uns noch länger in Gewahrsam halten und uns nicht endlich als freies Volk unter freien Völkern anerkennen will. Die Forderung nach dem Abzug der Besatzungstruppen entspringt keinerlei Undankbarkeit oder gar Gehässigkeit gegenüber den Befreiermächten, sondern vielmehr dem Gebot der Vernunft und der Gerechtigkeit und am Ende auch unserer Ehre.

Noch weniger aber als unser Volk verstehen kann, daß wir noch immer besetzt gehalten werden, immer noch die vier und mehr Zonen haben, immer noch nicht tun dürfen, was uns richtig und notwendig erscheint, noch weniger versteht und begreift unser Volk, daß auch nur ein einziger unserer Kriegsgefangenen noch länger ferne der Heimat, in Unfreiheit, in Gefangenschaft gehalten werden soll. Hier kann es um keinerlei Geschäft und um keinerlei Kompensation gehen, hier kann es um nichts anderes gehen als um die Frage der Menschlichkeit und des Menschenrechtes. Ich muß meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, daß es der Herr Abgeordnete Fischer allen Ernstes unternommen hat, die Lage so darzustellen, als ob unsere Kriegsgefangenen in Rußland aus politischen Gründen nicht zurückkehren würden. (Abg. Fischer: Das

ist eine Fälschung!) Ich und wir alle halten Rußland für viel zu großzügig und menschlich, als daß wir annehmen könnten, daß es tatsächlich so wäre, wie der Herr Abgeordnete Fischer deutlich zu verstehen gegeben hat. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Die Österreichische Volkspartei ist der Meinung, daß das, was für alle anderen Länder, aus denen unsere Kriegsgefangenen bereits zurückgekehrt sind, wie Frankreich — und ich möchte dabei besonders der Mitwirkung und der Verdienste des Generals Boison gedenken —, Amerika und England, durchführbar war, auch für die Staaten zutreffen muß, in denen sich zwei Jahre nach Kriegsende immer noch Österreicher in Kriegsgefangenschaft befinden.

Wir freuen uns des Beschlusses der belgischen Regierung, die ihr von anderer Seite — sagen wir — geliehenen Österreicher endlich auch heimzuschicken. Wir hatten es nie verstanden, daß eine sozialistische Regierung so lange zögerte, um zu diesem Entschluß zu kommen, und wir danken es unseren belgischen Freunden, daß sie diese für uns bittere Zurückhaltung endlich gebrochen haben.

Ich appelliere aber auch an alle die Staaten — es sind nur noch ganz wenige —, in denen noch österreichische Kriegsgefangene sind, unsere Brüder und Freunde, unseren Frauen die Söhne und Gatten und tausenden Kindern ihre Väter endlich zurückzugeben. Die allermeisten dieser kriegsgefangenen Österreicher sind völlig unfreiwillig in den Krieg gezogen, eben nur, weil sie dazu gezwungen wurden. Sie haben während des langen Krieges so viel zu ertragen gehabt, daß sie es wohl doppelt bitter empfinden müssen, auch jetzt noch, zwei Jahre nach der Befreiung, kriegsgefangen zu sein und das ertragen zu müssen, was die Kriegsgefangenschaft notwendigerweise mit sich bringt. Die Kriegsgefangenen rufen und schreien nach der Heimat, und die Heimat ruft und schreit nach den Kriegsgefangenen. Wir aber rufen in die ganze Welt: Gebt uns endlich alle unsere Kriegsgefangenen frei! (Starker Beifall.)

So sehr wir daran glauben und alles tun werden, was in unserer Macht liegt, damit der Staatsvertrag bald zustande kommt, so sehr wir in dieser Hinsicht auch weiterhin Optimisten sein und bleiben wollen, wenn auch andere darüber spötteln und lachen, ebenso klar müssen wir uns darüber sein, daß es unsere Verpflichtung und unsere große gemeinsame Aufgabe ist, auch ohne den Staatsvertrag weiterzuarbeiten, die österreichischen Volkskräfte bis zum äußersten zu mobilisieren und anzuspannen und

überhaupt alles so zu ordnen und zu lenken, als ob wir verlassen wären von aller Welt und uns niemand helfen könnte als wir uns selbst.

Es wurde heute in diesem Hause auch Klage geführt über die Not unserer Tage, über den Mangel an Nahrung, Kleidung und vor allem auch an Kohle. Es wurde auch darüber Klage geführt und daran Kritik geübt, daß vieles nicht erreicht wurde, was den eigenen Kräften möglich gewesen wäre, und daß nicht alles so geschah, wie es richtig und zweckmäßig gewesen wäre. Es wurde unter anderem auch über die mangelnde Lenkung und Planung geklagt und sogar von absichtlichen Behinderungen eines großzügigen Wiederaufbaues und auch heute wieder von Sabotage gesprochen. Das meiste davon war uns keineswegs neu, denn alles das, was der Herr Abgeordnete Fischer dazu gesagt hat, wußten wir beinahe schon buchstäblich auswendig. Es ist uns ja auch bekannt, welche Kräfte hinter diesen Forderungen stehen und welche Ziele es sind, denen sie am Ende dienen sollen. Da es zum größten Teil keine österreichischen Interessen und Ziele sind, brauchen wir uns als österreichische Partei damit nicht allzu lange auseinanderzusetzen.

Ich könnte es mir ja hier als Sprecher der Volkspartei auch sonst leicht machen und auch die anderen, sachlicheren Kritiken und Forderungen der anderen Parteien einfach damit abtun, daß ich erkläre: „Ja, meine Herren, Sie alle waren ja von allem Anfang an mit dabei, Sie gehören ja alle dieser bösen Regierung heute noch an, und wenn diese so viel versäumt hat und wenn vieles wirklich nicht so ist, wie es sein sollte, so ist es ja auch Ihre Schuld. Sie hätten rechtzeitig nach dem Rechten sehen können, Sie hätten alles tun müssen, damit es besser wird und aufwärtsgeht in diesem Land.“

Daß der kommunistische Energieminister, der mir sonst ganz liebe Kollege Altman, sehr wenig Energie in dieser Angelegenheit und auch sonst entfaltet hat (Heiterkeit), ist ja hinlänglich bekannt; mir ist es aber unbegreiflich, warum sich auch die Sozialisten immer wieder so gerieren, als ob sie nicht in dieser Regierung wären und als ob sie nicht auch jede Gelegenheit dazu benützen könnten, um ihre Meinung innerhalb der Regierung und mit der Regierung rechtzeitig durchzusetzen. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, war es auch nicht ganz so. (Vizekanzler Dr. Schärff: Was meinen Sie damit?) Der Kollege Speiser hat heute wieder so getan und hat Vorschläge vorgebracht (Vizekanzler Dr. Schärff: Konkretes!), als sollten wir erst wieder der Regierung ein

Programm geben, um das erreichen zu können, was notwendig ist. Wir haben in allen Angelegenheiten und allen Notwendigkeiten Ihr Einverständnis gesucht und waren nicht nur bereit, sondern waren auch bemüht, das jeweils Notwendige durchzusetzen. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Es ist auch nicht möglich, so zu tun, als ... (Vizekanzler Dr. Schärff: Sie selbst waren wiederholt gegen ernste Maßnahmen! Tun Sie doch nicht so als ob!) Es ist doch unmöglich, hier als Oppositionspartei aufzutreten und zum Fenster hinauszureden, wo doch jedem Österreicher bekannt ist, daß wir entweder miteinander durchkommen oder aber gegeneinander gemeinsam zugrunde gehen. Hohes Haus! Das soll heute einmal deutlich und klar ausgesprochen und festgestellt werden. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

In Wirklichkeit war es gar nicht so, als ob eine Partei versagt und eine andere es weiß Gott wie gut gemacht hätte. Die wirklichen Ursachen der Schwierigkeiten sind ja so allgemein bekannt, daß es unsinnig ist, darüber zu reden und hier so alte Dinge aufzuwärmen. In Wirklichkeit war es ganz anders. In Wirklichkeit — und das ist eine freudige Feststellung, die ich hier machen muß — können wir alle ja doch trotz allen Mängeln und dem wirklich großen Notstand mit Stolz behaupten, daß wir alle zusammen in den zwei Jahren seit der Befreiung keineswegs geschlafen haben und daß vor allem unser Volk trotz der tausendfachen Hindernisse und Schwierigkeiten außerordentlich fleißig und tüchtig war. Wir alle sollten doch wissen, wie es noch vor knapp zwei Jahren in diesem Land und vor allem in dieser Stadt Wien ausgesehen hat, und sollten anerkennen, was seither trotz allem geschehen ist. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Wir sollten vor allem die besonders großen Leistungen der Arbeiter in den Fabriken und Werkstätten anerkennen und auch die vielfach ungesehene und unbedankte Arbeit unserer Angestellten und Beamten, den Fleiß, die Tüchtigkeit und die Zähigkeit unserer Handwerker und Geschäftsleute, aller geistig Arbeitenden, nicht zuletzt aber auch die beispiellose Treue und Tapferkeit unserer Bauern und ihr musterhaftes Beispiel an Arbeitswillen, ihre Arbeitstreue und Arbeitsfreude und ihr Beispiel zähester Ausdauer. (Starker Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wir Österreicher brauchen uns auch vor Vergleichen mit anderen Ländern, ja sogar mit Siegerstaaten und wirtschaftlich weitaus besser gestellten Ländern und Völkern keineswegs zu scheuen.

Wir haben schon mit manchem aufgeräumt, haben manches vorwärts- und weitergebracht. Das alles aber, Hohes Haus, soll uns nicht davon abhalten, auch ganz offen auszusprechen, was uns noch fehlt, was wir alle zusammen und was wir eben nur gemeinsam besser machen können und besser machen sollten.

Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler heute vor dem Parlament ein großzügiges Aktionsprogramm angekündigt und seine Durchführung in nahe Aussicht gestellt hat. Es ist notwendig, daß sich die Besten des Landes dazu vereinigen, es sorgfältig auszuarbeiten und gewissenhaft durchzuführen.

Ich habe mich auch darüber gefreut, daß der Herr Bundeskanzler dem Problem der Erhaltung und Sicherung einer gesunden, arbeitsfähigen und zufriedenen Arbeiterschaft sein besonderes Augenmerk zugewendet hat. Unser ganzes Volk braucht Brot, braucht andere wichtige Nahrungsmittel, besonders dringend aber braucht dies die Arbeiterschaft in den großen Städten und in den großen Industriezentren unseres Landes. Es ist leider häufig noch immer so, daß die Schlurfs, Schleichhändler und andere Nichtstuer beiderlei Geschlechtes viel besser essen und sich viel besser kleiden als die anständigen und arbeitsamen Bevölkerungskreise unseres Landes. (Zustimmung.) Hier müßte unserer Meinung nach endlich hart und entschlossen zugepackt werden. Ich glaube, daß es dann auch weniger „Unbekannte“ und weniger Demonstranten gäbe. (Abg. Fischer: Da haben Sie völlig recht.)

Sehen Sie, Herr Abgeordneter Fischer, in diesem Zusammenhang muß ich Ihnen folgendes sagen: Sie haben hier heute ein sehr gefährliches Spiel eingeleitet. Sie haben hier den Versuch unternommen, gegen alle Wahrheit unserem Bundeskanzler eine Beschimpfung unserer Arbeiter in die Schuhe zu schieben. Sie haben hier den Versuch gemacht, die Schilderung des Herrn Bundeskanzlers entgegen der Wahrheit so zu verdrehen, als ob er die österreichische Arbeiterschaft, die Wiener Arbeiterschaft beschimpft hätte. Wir weisen diese Verdrehung, die Ihnen trotz aller Akrobatik und Kunstfertigkeit in diesem Geschäft nicht gelungen ist, mit absoluter Schärfe und Deutlichkeit zurück. (Starker Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Und, Herr Abgeordneter Fischer, weil wir schon bei diesem Kapitel sind, auch noch gleich einige andere offene und ehrliche Worte dazu. So sehr wir uns als Volksparteiler jederzeit und gerne mit allen wirklichen Arbeitern, mit allen anständigen Men-

schen unseres Landes überhaupt identifizieren, so sehr lehnen wir es ab, uns in einem Atemzug mit Leuten nennen zu lassen, die auch bei dieser Demonstration dabei waren, mit Leuten, die Revolver in der Tasche gehabt haben, mit Leuten, die in Wirklichkeit Albamer, Griechen und Bulgaren sind und eben nur das maßlose Glück gehabt haben, als sie im Bundeskanzleramt festgenommen wurden, nicht zurückgehalten zu werden. Wir lehnen es ab, uns mit Leuten gleichsetzen zu lassen und Leute zu verteidigen, die mit Brechstangen die Tore des Bundeskanzleramtes aufbrechen wollten, die arbeitende Leute wirklich blutig geschlagen haben, so daß diese Leute heute noch in Spitälern liegen müssen. Wir lehnen es ab, uns mit Leuten in einem Atemzug nennen zu lassen oder solche gar zu verteidigen, die in Sprechchören Morddrohungen ausgestoßen und Spruchbänder herumgetragen haben, auf denen auch solche Drohungen geschrieben waren, allerdings Sprechchöre und Spruchbänder, die uns sehr an große und kleine Bänder und Sprüche erinnern, die sie vor einigen Tagen bei Ihrem sogenannten Mai-aufmarsch ebenfalls mit hatten.

Sehen Sie, verehrter Herr Kollege Fischer, wenn Sie die wirklichen Arbeiter meinen und die wirklichen Arbeiter verteidigen, dann sind wir mit Ihnen einig. Wenn Sie aber den Versuch unternehmen, die österreichische Arbeiterschaft mit diesen Leuten gleichzusetzen, dann beschimpfen Sie diese Arbeiterschaft schrecklicher, als sie jemals in Österreich beschimpft wurde! (Lebhafte Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Das aber haben Sie heute versucht, und dies richtigzustellen und gegen diesen Versuch der Verwischung der Tatsachen Stellung zu nehmen, hielt ich für notwendig gerade im Interesse der Arbeiterschaft, der anständigen Arbeiterschaft Österreichs und Wiens. (Abg. Koplentig: Kläglich mißglückt!)

Die Sicherung der Ernährung des arbeitenden Volkes ist zweifellos das allerwichtigste Problem, das wir nur gemeinsam und in gemeinsamer Anstrengung und sicherlich auch nur mit Hilfe der uns befreundeten Mächte der Welt werden lösen können. Ich weiß, daß unsere Bauern in ihrer überwiegenden Mehrheit immer ihre Pflicht erfüllt haben und auch heute noch erfüllen, und ich weiß auch — und wir alle sollten es im Interesse der Arbeiterschaft in den Städten und in den Bezirken wissen —, daß die Bauernschaft auch große Sorgen hat, Sorgen, die man ihr abnehmen sollte, die wir beseitigen sollten, um ihren Eifer im Abliefern noch um einiges anzuregen und zu verstärken.

Es ist richtig, es gibt auch bei den Bauern Saboteure, genau so, wie es richtig ist, daß es bei den Arbeitern leider Gottes Leute gibt, die nicht arbeiten wollen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die einen anzuhalten, ihre Ablieferungspflicht zu erfüllen, wie es auch unsere gemeinsame Aufgabe sein sollte, alle Menschen in Österreich zur ehrlichen Arbeit zu bringen. Es ist unmöglich, zu unterscheiden: der hat Schuld und der andere ist vollkommen und in bester Ordnung. Sehen Sie, es ist klar, daß unsere Industriearbeiterschaft, daß alle unsere Städter Brot brauchen, Kartoffeln brauchen und daß sie auch Milch, Eier und Butter brauchen, denn das, was bisher hereingekommen ist, hat nicht hingereicht.

Ich möchte hier als Volksparteiler, gerade als Volksparteiler, an die Bauern appellieren, daß sie noch mehr tun mögen, als bisher getan wurde, und ich glaube, daß dann das Verständnis der städtischen Arbeiterschaft ihren Sorgen gegenüber größer sein wird, daß auch die Vertreter der Arbeiterschaft aus allen Parteien sich mehr um die Sorgen der Bauern kümmern und sich ihrer annehmen werden. Es gibt solche Sorgen. Die Bauern bekommen nichts um normales Geld zu kaufen, die Bauern beklagen sich, daß sie für ihre Erzeugnisse keinen Preis bekommen, der sie in die Lage versetzt, auch das notwendigste Gerät anzuschaffen. Die Bauern haben keine Arbeitskräfte und sind nicht in der Lage, aus dem Boden das herauszuholen, was herausgeholt werden müßte, um unser Volk etwas besser ernähren und versorgen zu können. Dafür sollten wir gerade in diesem Hause Verständnis haben und sollten mithelfen, die Sorgen der Bauern zu beseitigen, um damit auch unsere Sorgen um einiges zu erleichtern.

Es ist notwendig, daß wir den Schleichhandel bekämpfen, wo wir nur können. Wir Volksparteiler glauben freilich, daß es auch hier mit rein negativen Maßnahmen und bloßen Strafsanktionen nicht getan wäre.

Auch in diesem Zusammenhang gewinnt das Problem einer vernünftigen und gemeinsamen Lohn- und Preisregelung in Verbindung mit einer Reform unserer Währung ganz besondere und vordringliche Bedeutung. Hier müßte rasch und mutig zugegriffen und eine Lösung versucht werden. Ebenso wichtig erscheint uns die Sicherung und die Förderung unserer industriellen Erzeugung. Um sie zu erreichen, brauchen wir insbesondere Kohle. Wir können sie nur gegen gutes Geld, heute also praktisch nur über Anleihen oder gegen reelle Kompensationserzeugnisse erhalten. Schon aus diesem Grunde muß alles

dafür vorgesorgt werden, daß unser Außenhandel vernünftig gelenkt wird und daß nichts ins Ausland geht, wofür wir nicht den vollen Gegenwert an Kohle, Maschinen und anderen lebenswichtigen Artikeln, Fertigwaren und Rohstoffen zurückerhalten. Straffe Zusammenfassung, Lenkung, gerechte Einteilung und Verteilung tun zweifellos not. Wir Volksparteiler haben nichts gegen eine vernünftige Lenkung der Wirtschaft, vor allem nichts gegen eine vernünftige Lenkung unseres Außenhandels und gar nichts gegen eine gesunde und vernünftige Kooperation der einzelnen Wirtschaftszweige, der staatlich gelenkten und kommunal geführten mit den privaten Betrieben, und gar nichts gegen alle sonstigen gesunden und wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen.

Wir verwahren uns nur gegen die Ausschaltung der wertvollen persönlichen Freiheit und Initiative und gegen jede ungesunde Verbürokratisierung und Verpolitisierung der Wirtschaft. Auch wir lehnen eine kapitalistische Ausbeutewirtschaft ab, ebenso sehr aber auch jeden Staatskapitalismus und jede andere Form der Freiheitsberaubung der einzelnen und der Gesamtheit, auch in der Wirtschaft und mit den Mitteln der Wirtschaft. Wir bekennen uns gerne zu einer klugen Lenkung, vernünftigen Zusammenfassung und Koordinierung aller in unserer Volkswirtschaft und in unserem Volke vorhandenen Kräfte und Faktoren.

Wir Volksparteiler haben aus den Erschütterungen der vergangenen Jahre wirklich gelernt und wir waren und sind daher bereit, alle Irrtümer und Dummheiten früherer Zeiten zu vermeiden. Wir waren und sind daher auch weiterhin zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit allen ehrlich demokratischen Kräften dieses Hauses und des ganzen Volkes bereit und entschlossen. Die Ehrlichkeit des Willens auf allen Seiten ist aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß eine solche Zusammenarbeit auch Sinn hat und Erfolg einbringt. Wer am gleichen Tische mit uns sitzt und die gleichen Rechte für sich in Anspruch nimmt, muß auch seinen redlichen Anteil an der Verantwortung mitübernehmen und mittragen, wenn diese Verantwortung aus verschiedenen Gründen auch sehr schwer und sehr unangenehm empfunden wird. (Zustimmung bei den Parteigenossen.) So wie Herr Abgeordneter Fischer — ich muß das leider immer wieder sagen, weil mir das gerade heute so deutlich aufgefallen ist — und seine Partei sich dies offensichtlich vorstellen, kann es unserer Meinung nach unmöglich lange weitergehen. In der Regierung zu sitzen und auch sonst im Lande einen Einfluß zu haben, der weit

über die wirkliche Zahl und Bedeutung hinausreicht, und dann jeden Tag diese selbe Regierung zu beschimpfen, der Unfähigkeit, ja der Sabotage zu beschuldigen, einen „politischen Frühlingsturm“ zu inszenieren und — Sie verzeihen, wenn ich das doch sage — auch die Straße zu mobilisieren: so wird es nicht gehen.

Wir Volksparteiler sprechen nicht gerne von der Zeit unserer eigenen ernstesten Bewährung. Für uns sind auch die Märtyrer für die Freiheit Österreichs und die Blutzugehörigen für eine bessere Menschheit keine Angelegenheit der Reklame. Für uns sind sie Helden und Vorbilder. Wir Volksparteiler, Herr Abgeordneter Fischer, haben aber ein Recht, auch im Namen derer zu sprechen, die für Österreich und für die Freiheit sterben mußten. Wir sind mit ihnen beisammen gewesen, wir sind wie sie geschlagen worden, gefesselt und geschunden, und wir sind nur haarscharf dem gleichen bitteren Schicksal entgangen, das sie auf den Galgen und den Schafotten des Dritten Reiches erleiden mußten. Es waren Männer und Frauen aller Parteien von gestern und heute darunter, Menschen verschiedenster Gesinnung und Überzeugung. Sie alle aber waren einig darin, daß es von der Stunde der Befreiung an, an die sie bis zur letzten Sekunde ihres Lebens geglaubt haben, nur noch eine Aufgabe und ein Ziel geben dürfe: dem Vaterland die volle Freiheit zu erringen und das österreichische Volk glücklich und zufrieden zu machen. Und sie alle, Herr Abgeordneter Fischer, die es nicht so leicht hatten wie manche andere, die erst nach der Befreiung in dieses Österreich zurückkehrten, sie alle waren sich auch darüber einig, daß die Freiheit der Heimat und das Glück aller Österreicher nur aus einer ehrlichen, aus einer neuen Zusammenarbeit, einer neuen demokratischen Vereinigung aller Kräfte dieses Landes erstehen könne. Keiner von ihnen allen, die für Österreich gestorben sind, dachte daran, daß jemals noch ein Österreicher gegen den anderen gehetzt werden würde, daß jemals noch Österreicher gegen Österreicher demonstrieren oder gar noch Ärgeres gegeneinander unternehmen würden. Sie, Herr Abgeordneter Fischer, und Ihre Partei haben nicht erst seit einigen Tagen, sondern schon lange das Vermächtnis dieser Toten gebrochen. Der „Frühlingsturm“, von dem Sie in Ihrem Maiaufruf schrieben und der in Wahrheit zur Aufreizung und zur Aufspaltung des Volkes, zum Rückfall in alte, längst überholte Verhältnisse und Zustände führen mußte, dieser Frühlingsturm darf niemals kommen. Dafür werden wir Volksparteiler und dafür werden alle anderen

Demokraten in diesem Lande zu sorgen wissen, noch während der Besetzung und erst recht nachher, wenn wir selbst die mühsam und schwer genug befreite Heimat wieder ganz in Ordnung bringen und über die Sicherheit unseres Vaterlandes wachen können. Viel eher als Ihr Frühlingssturm könnte sich einmal ein Mailüfterl erheben, ein richtiges österreichisches Mailüfterl, und alle die hinauswehen aus unserem Lande, die scheinbar wirklich nicht gewillt sind, das Vermächtnis der Toten und den Willen aller friedensbereiten und arbeitsbereiten Menschen in Österreich zu erfüllen. (Abg. Honner: Wem wollen Sie damit drohen? Wir nehmen es zur Kenntnis! Passen Sie aber auf, sonst könnte dem Mailüfterl dann noch etwas anderes folgen! — Abg. Dengler: Wir brauchen keine Drohung! — Abg. Koplenig: Wir kennen Euch aus der Vergangenheit!) Und in diesem Zusammenhange, meine sehr verehrten Männer und Frauen von allen Parteien — und das gilt besonders von unseren Freunden von der Sozialistischen Partei —, darf ich Ihnen eine Weisung des ZK bekanntgeben. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Es ist merkwürdig. Der Herr Abgeordnete Fischer kann in der „Volksstimme“ ruhig von dem Frühlingssturm schreiben und ausführen, wie er sich den Frühlingssturm vorstellt. Wenn wir nur von einem Mailüfterl reden, dann werden die Herrschaften nervös, dann regen sie sich auf! (Heiterkeit. — Zustimmung und Beifall bei der Österreichischen Volkspartei. — Abg. Honner: Nervös werden wir deshalb nicht, wir wollen es aber zur Kenntnis nehmen! — Der Präsident, der wieder den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.) Es ist ganz eigentümlich, daß Sie gar so empfindlich sind. Sie haben das doch viel robuster getan, Herr Abgeordneter Honner! Das ist doch eine sehr sanfte Erwiderung auf die Angriffe der „Volksstimme“.

Aber wir wollen uns wieder beruhigen und zur Sachlichkeit zurückkehren. Sehen Sie, hier ist ein sehr sachliches Dokument vor mir. Es ist uns möglich geworden, vor einiger Zeit einen Bericht des ZK — Zentralkomitee der Kommunistischen Partei — zu erhalten, in dem Weisungen für die Arbeiten der Partei weitergegeben werden. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Hören Sie sich das an, wenn Sie es nicht wissen sollten! Das ist sehr interessant, vor allem auch für die Sozialistische Partei, der man sonst immer gerne um den Bart ging und sagte, sie sei die stärkste Partei in Österreich, sie brauche nur wählen, um auch tatsächlich die stärkste Partei dieses Landes zu werden.

Sie werden hier hören, was für eine Ansicht hierüber tatsächlich besteht und wie sonst die wirklichen Absichten in Österreich und darüber hinaus aussehen. Es heißt hier in Punkt III, Abs. m (liest): „Ihre Hauptschwäche — unsere Stärke. — Durch den Ausbau unserer Zellenarbeit...“ — und so weiter, auf die besonderer Wert gelegt wird — „...wird die Partei einen ungeahnten Aufschwung erleben, den morschen Bau der Sozialistischen Partei hinweglegen, die Volkspartei entscheidend schwächen und den Sieg des Kommunismus in Österreich und damit wohl in ganz Europa herbeiführen.“ (Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe bei der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Meine sehr verehrten Männer und Frauen! Hohes Haus! Wenn wir es nicht ohnedies immer schon gewußt haben sollten (neuerliche Unruhe), wenn irgend jemand hier im Hause den geringsten Zweifel darüber gehabt hätte, was wirklich gewollt wird in diesem Lande Österreich — und darüber hinaus —, so wissen es nun alle und auch solche, die es oft nur deshalb nicht glauben wollten, weil sie der Meinung waren, daß doch etwas an den Sprüchen und, sagen wir, optischen Dingen daran sei, die aus bestimmten Gründen immer wieder vom Stapel gelassen und dem Volke vorgezeigt werden.

Und eines noch, was wir alle für sehr wesentlich halten. Wenn wir aus den Schwierigkeiten, die bestehen, herauskommen wollen, müssen wir alle und alle die, die die Verantwortung tragen in Österreich, den Mut haben, es allen unseren Leuten offen und immer wieder zu sagen und überall dafür einzustehen: Wenn wir wirklich und entscheidend aus eigenen Kräften vorwärtskommen und unsere Freiheit wirklich ehrlich und zur Gänze verdienen wollen, dann müssen wir alle arbeiten, arbeiten, opfern und wieder arbeiten! Ich variiere hier ein altes sozialistisches Wort. Sie sagen: Brot ist Freiheit und Freiheit ist Brot! Ich sage: Arbeit ist Brot! Arbeit ist die Voraussetzung des Brotes! Wenn wir uns dazu bekennen, daß in diesem Lande niemand Brot bekommen darf, der nicht arbeitet, ist das Brot gesichert. Mit dem Brot ist auch die Freiheit gesichert und mit der Freiheit das Glück unseres Volkes. Arbeit ist Brot, Brot ist Freiheit! Arbeit und Zusammenarbeit verbürgen aber erst den Frieden und das dauernde Glück unseres Volkes.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind bereit und entschlossen, dem Resolutionsantrag der Sozialistischen Partei zuzu-

stimmen, schon deshalb, weil er viele Forderungen enthält, die bekannt und berechtigt sind und die wir gemeinsam mit allen anderen Parteien durchzusetzen und zu erfüllen durchaus gewillt und entschlossen sind. Wir werden also für diesen Antrag der Sozialistischen Partei stimmen.

Wir meinen, daß es in dieser heutigen ersten Stunde wichtig und richtig sei, auch an die Welt zu appellieren und an die Parlamente aller freien Völker einen feierlichen und ersten Appell zu richten, sie mögen dafür sorgen und dazu beitragen, daß endlich, endlich die Versprechungen eingelöst werden und daß am Beispiel unseres Vaterlandes und unseres Staatsvertrages nachgewiesen werde, daß die Gerechtigkeit in dieser Welt noch nicht gestorben ist, sondern lebt und lebendig ist.

Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag (liest):

„Die freigewählte demokratische Volksvertretung Österreichs wendet sich im Bewußtsein der großen Verantwortung, die sie für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Lande hat, an die Parlamente der ganzen Welt mit dem Appell mitzuhelfen, Österreich die volle Freiheit ehestens wiederzugeben.

Vom ersten Tage seiner Befreiung an ließ Österreich nichts unversucht, um seinen opferbereiten Beitrag zum Wiederaufbau eines geordneten und lebensstarken Landes zu leisten. Ernährungssorgen, Kälte und Rohstoffmangel konnten den unbeugsamen Lebensmut des arbeitenden Volkes in Österreich nicht eindämmen. Alle arbeitswilligen Bevölkerungsschichten dieses Landes haben bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit große Opfer gebracht, um der ganzen Welt zu beweisen, daß dieses arbeitsame und fleißige Volk würdig ist, nicht nur befreit, sondern auch wirklich frei zu werden.

Die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit unseres Volkes sind nun erreicht. Wir können einfach nicht mehr weiter, wenn uns nicht Brot und Arbeit gesichert wird. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist die endliche Rückgabe unserer vollen souveränen Freiheitsrechte. Daher verlangt das österreichische Parlament die Aufhebung der Besatzung, die sofortige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und die Sicherung eines normalen Wirtschaftsverkehrs mit allen Staaten zur Deckung unseres Lebensmittelbedarfes und zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft.

Das österreichische Parlament ruft heute das Weltgewissen auf. Von der Wiederkehr des Vertrauens in der Welt hängt die Sicherung des Weltfriedens ab. Es ist Sache der Großen und Starken, das Vertrauen, das die Kleinen ihnen entgegenbringen, nicht zu enttäuschen. Helft Österreich seine volle Freiheit wieder zu erlangen!“ (Lebhafter langanhaltender Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Nehmen Sie diesen Antrag an, nehmen Sie ihn einstimmig an! Rufen Sie das Gewissen der Welt! Österreich und wir alle, die wir dieses Land lieben wie nichts sonst auf der Welt, werden auch weiterhin arbeiten, und wenn es sein muß, auch kämpfen für seine Freiheit, für sein Recht und für seinen Frieden! Von allen freien Völkern der Welt aber erwarten wir nun endlich, endlich die entscheidende, die erlösende, die befreiende Tat! (Neuerlicher starker Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Präsident: Der soeben verlesene Resolutionsantrag hat die erforderliche Unterstützung und steht daher in Verhandlung.

Zum Wort gelangt nun der Herr Bundesminister für Inneres.

Bundesminister für Inneres Helmer: Hohes Haus! Um eine Legendenbildung zu vermeiden, erscheint es mir notwendig, die Behauptung des Herrn Abgeordneten **Fischer**, daß ich als Innenminister am vergangenen Montag die alliierte Militärpolizei gegen die demonstrierende Wiener Arbeiterschaft angefordert hätte, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Es ist zunächst eine maßlose Übertreibung, die montägige Demonstration als eine Demonstration der Wiener Arbeiter zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei.) Es muß festgestellt werden, daß der Großteil der Wiener Arbeiter auch am Montag nicht auf der Straße, sondern trotz allem Druck auf den Arbeitsplätzen blieb. (Neuerliche Zustimmung.) Es muß weiter festgestellt werden, daß die Wiener organisierte Arbeiterschaft, soweit sie auf der Straße war, sich diszipliniert und besonnen gezeigt hat. Gegen sie einzuschreiten bestand kein wie immer gearteter Anlaß.

Aber unter den Demonstranten befanden sich auch erwiesenermaßen Elemente, die mit der Demonstration und den Demonstranten absolut nichts zu tun haben und hatten. Erfahrungsgemäß sind diese Leute bei allen derartigen Gelegenheiten dabei. Diesmal haben sie den Resselpark mit dem Ballhausplatz verwechselt. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Dieser Teil der Demonstrationsteilnehmer

verhielt sich ab halb vier Uhr nachmittag durchaus nicht so diszipliniert, wie es der Abgeordnete Fischer dargestellt hat. Zunächst wurde die vollkommen unbewaffnete Polizei beschimpft, bespuckt und geschlagen. (Hört!-Hört!-Rufe.) Es war ein Anblick des Jammers zu sehen, wie die braven, gewerkschaftlich organisierten Polizeibeamten von diesen Menschen behandelt wurden. Die Polizisten haben das ebenso wie die Beschimpfungen (Abg. Koplenig: So hat Seipel auch gesprochen! — Gegenruf bei den Sozialisten: Das war eine ganz andere Polizei damals!) hingenommen und haben sich das gefallen lassen. (Neuerliche lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe und ersuche, den Herrn Innenminister anzuhören.

Bundesminister Helmer (fortsetzend): Es wurde dann unter Anführung dieser Elemente versucht, das Eingangstor beim Bundeskanzleramt aufzusprengen. Der Versuch mißlang, die Sicherheitswache wehrte ab. Mit eisernen Stangen und Balken hat man dann weiter versucht, die rückwärtigen Türen beim Minoritenplatz und der Metastasiogasse aufzusprengen. Zu diesem Zeitpunkt hat die unbewaffnete Sicherheitswache in einer fast einstündigen Bemühung das noch abwehren können. Zur gleichen Zeit — und das war das Entscheidende — durchbrachen Demonstranten die Absperrung in der Seitenstraße, erkletterten das Baugerüst und drangen in das Kanzlergebäude ein. Es ist polizeilich festgestellt, daß sich unter den elf verhafteten Personen sechs Ausländer befanden. (Hört!-Hört!-Rufe.) Dazu muß gesagt werden, daß der Herr Bundeskanzler die Freilassung der verhafteten Demonstranten veranlaßt hat.

In dieser Situation sah sich der Polizeipräsident von Wien, der in ständiger Verbindung mit dem Innenministerium war, gezwungen, die Zustimmung dieses Ministeriums zu erreichen, daß gemäß dem Beschluß des Wiener Alliierten Rates vom 9. Jänner 1947 über das Verhalten bei Demonstrationen für den Fall des Bedarfes alliierte Besatzungstruppen zur Wiederherstellung der Ordnung angefordert werden. Die Alliierten haben in Wien verfügt, daß sie stets in solchen Fällen nicht nur verständigt, sondern auch zur Hilfe angerufen werden sollen. Ich habe gezögert; als ich aber sah und als es feststand, daß die Situation beim Bundeskanzleramt schwierig wurde, habe ich zugestimmt. Diese Zustimmung wurde gegeben, um zu vermeiden, daß im Falle weiterer gefährlicher Ausschreitungen, denen die

Sicherheitswachebeamten ohne Reserven und ohne entsprechende Ausrüstung gegenüberstanden, seitens der Alliierten der Vorwurf erhoben werde, den früher angeführten Befehl nicht ausgeführt zu haben.

Da die Sicherheitswachebeamten die Lage schließlich meistern konnten und die Demonstranten in die Ebendorferstraße abgezogen sind, wo es allerdings auch zu einer wenig erfreulichen Situation gekommen ist, hat sich die Inanspruchnahme der alliierten Polizei erübrigt.

Die Wiener Bevölkerung und vor allem die organisierte Arbeiterschaft Wiens wird diese Maßnahme im Hinblick auf die bestehenden Gefahren voll und ganz verstehen. Sie wird es ablehnen, auf die demagogischen Zwecken dienende Aufmachung, wie sie heute hier geübt wurde, hineinzufallen.

Zum Schluß möchte ich nur noch feststellen, daß die von mir getroffenen Anordnungen — und ich betone nochmals, Anordnungen, die über Verlangen des Alliierten Kommandos erfolgen mußten — vom Ministerrat einstimmig zur Kenntnis genommen wurden. (Stürmische Rufe: Hört! Hört! — Rufe: Altman! — Starker Beifall bei den Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei. — Lebhaftes Unruhe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

*

Damit ist die Debatte geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Entschließungsantrag Fischer (Seite 1425) abgelehnt. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, bleiben wir doch bei dem Ernst des Gegenstandes.

*

Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Speiser, Seitz, Böhm, Gabriele Proft, Scharf und Genossen (S. 1430) wird ebenso wie

der Resolutionsantrag der Abgeordneten Weinberger, Ing. Raab, Dengler, Griesner und Genossen (S. 1444) angenommen.

Das Haus stimmt dem Vorschlag des Präsidenten zu, die für diese Sitzung festgesetzte Tagesordnung in der nächsten Sitzung zu behandeln, die für Freitag, den 9. Mai, 10 Uhr, einberufen wird. Ergänzungen dieser Tagesordnung bleiben vorbehalten.

1446 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 7. Mai 1947.

Nach der Haussitzung tritt der Ausschuß für Unterricht zusammen; für 16 Uhr ist der Hauptausschuß zur Beratung der Regierungsvorlage 353 der Beilagen einberufen.

Donnerstag, den 8. Mai, werden der Ausschuß für soziale Verwaltung um 10 Uhr,

der Finanz- und Budgetausschuß um 15 Uhr, der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft um 15 Uhr,

Freitag, den 9. Mai, um 8 Uhr 30 der Verfassungsausschuß zusammentreten.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr.